

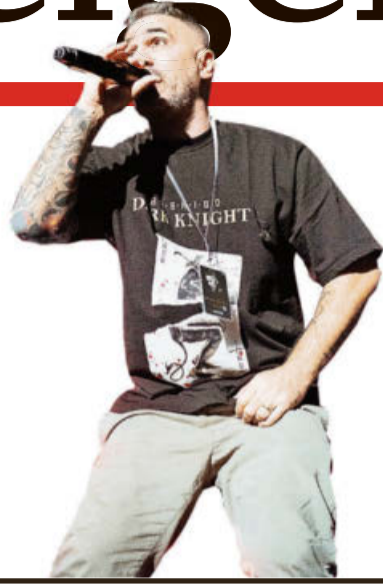
Anzeiger von Uster

ZRR
Zürcher Regionalzeitungen

Donnerstag, 11. April 2024 | Nr. 84 | CHF 4.30 | AZ 8620 Wetzikon

«König für immer» in The Hall in Dübendorf

Der deutschsprachige Rapper Bushido kommt für sein letztes Konzert nach acht Jahren wieder in die Schweiz. **Seite 5**



Ist das E-Bike nur für Faule?

Selber strampeln oder nur mitstrampeln: Was ist besser für die Gesundheit? Was die Wissenschaft dazu sagt. **Seite 21**

Der «Hörnli»-Wirt in Fischenthal hört auf

Nach 30 Jahren verlässt Pächter Hansruedi Häne das Berggasthaus Hörnli. Der Kanton sucht einen Nachfolger. **Seite 8**

Fusion statt Gemeindefwechsel: Uster will Nänikon und Werrikon halten

Uster Geht es nach dem Stadtrat, sollen die Aussenwachen die Gemeinde nicht wechseln.

Erik Hasselberg

Sechs eigenständige Dörfer umgeben das Kerngebiet der Stadt Uster. Zwei dieser Aussenwachen fühlen sich schon seit Längerem nicht mehr der Stadt und

dem Zentrum zugehörig: Nänikon und Werrikon. Die zwei Dörfer sehen sich mit Greifensee verbunden und streben deshalb einen Gemeindefwechsel an. Eine Volksinitiative, welche das Ausarbeiten der Fakten eines mög-

lichen Wechsels fordert, lehnt nun der Ustermer Stadtrat ab. Er denkt grösser und sieht deutliche Vorteile in einer möglichen Fusion der Stadt mit Greifensee. Auch wenn Gemeindepräsidentin Monika Keller (FDP) im Inter-

view sagt, dass sie aus Sicht der Stadt Uster den Entscheid nachvollziehen könne, hält sie fest: «Vielleicht müsste man zuerst die Braut fragen.» Sie sehe aktuell keinen Grund für eine Fusion, im Gegenteil. «Die Nachteile

überwiegen. Ich habe das Gefühl, man würde viele Freiheiten verlieren.» Und auch das Komitee Pro 8606 zeigt sich irritiert über den Entscheid des Stadtrats. **Berichterstattung und Kommentar. Seiten 2 und 3**

Wohin mit all den Autos?

Pfäffikon Für die bald beginnende Badesaison gibt es in der Badi Auslikon eine grosse Reduktion. Die Parkplätze wurden in der Anzahl halbiert. Statt 260 sind es jetzt nur noch 130. Das ist ein nächster Schritt in den bundesgerichtlichen Vorgaben zum Schutz von Moorlandschaften um den Pfäffikersee. Bis 2027 muss der ganze Parkplatz zurückgebaut werden – eine Voraussetzung, damit die Badi Auslikon überhaupt bestehen bleiben darf. Wo die neuen Parkplätze hinsollen, ist noch nicht konkretisiert worden. Es könnte aber eine böse Überraschung werden. (mgn) **Seite 3**

Neues Take-away in Wetzikon



Wetzikon In Oberwetzikon eröffnete Anfang März ein neues indonesisches Take-away. Die beiden Besitzer Reto Bosshard und Marissa Akbar setzen auf eine ausschliesslich indonesische Küche, und einige ihrer Saucen werden direkt aus Indonesien eingeflogen. **Seite 7** Foto: Moritz Hegglin

Schärfere Regeln für Bankmanager

Bern Gut ein Jahr ist vergangen, seit die UBS notfallmässig die Credit Suisse übernommen hat – mit Staatsgarantien. Gestern hat der Bundesrat nun einen Bericht vorgelegt. Mit 22 Massnahmen will Karin Keller-Sutter das Risiko vermindern, dass sich ein solches Debakel wiederholt. Sie blieb aber hinter den Forderungen der Finanzmarktaufsicht und der Nationalbank zurück. Diese hatten eine generelle Erhöhung der Eigenmittel für Banken gefordert. Über die Massnahmen wird das Parlament entscheiden. Dort herrscht weniger Einigkeit als unmittelbar nach dem CS-Kollaps. Der SP und der Mitte gehen die Massnahmen zu wenig weit. Die FDP will das Paket im Detail prüfen, warnt aber vor Überregulierung. Und die SVP will den angekündigten Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission abwarten, bevor sie sich festlegt. (zo) **Seiten 14 und 15**

Pläne für die Tössbrücke werden konkret

Wila Die 72-jährige Tössbrücke zwischen Wila und Turbenthal ist baufällig und muss einem Neubau weichen. Für dieses Vorhaben hat der Regierungsrat nun über 10 Millionen Franken bewilligt. Mit dem Ersatz geht unter anderem der Ausbau des bestehenden Radwegs einher. Geht es nach den Plänen des kantonalen Tiefbauamts, starten die Arbeiten im kommenden Herbst. Der Verkehr soll während der Bauzeit möglichst uneingeschränkt durchs Tal rollen können. (agy) **Seite 7**

Oberländer Musizierende vor Japan-Reise

Schüler der MZO gehen mit Konzert auf grosse Japan-Reise – so laufen die Vorbereitungen in Wetzikon.

Seite 8

66 Quadratmeter kosten plötzlich 2750 Franken

Warum in der Stadt Zürich gemeinnützige Wohnungen nicht immer günstig sein müssen.

Seite 9

5 Milliarden für Wiederaufbau in der Ukraine

Dafür wird bei der Entwicklungshilfe gespart. Hilfswerke kritisieren deswegen den Bundesrat.

Seite 16

Denguefieber in Argentinien auf dem Vormarsch

Argentiniens Präsident setzt auch im Kampf gegen das Denguefieber auf den Markt.

Seite 20

Neuer Trainer beim Grasshopper Club Zürich

Der neue Trainer Marco Schällibaum tut alles, um bei GC wieder für ein Lächeln zu sorgen.

Seite 23



Redaktion, Abos und Inserate:
Service-Desk, Telefon 044 9333333
servicedesk@zol.ch



Lesen Sie uns
auch online auf
www.zueriost.ch



Werbebeilage:
Möbel Pfister AG

Ämliche Anzeigen

6

Stadtrat Uster erteilt Abspaltungsgelüsten eine klare Absage

Uster/Greifensee Geht es nach dem Stadtrat, so sollen die Aussenwachten Nänikon und Werrikon weiterhin zu Uster gehören. Stattdessen steht er einer Fusion mit Greifensee positiv gegenüber.

Erik Hasselberg

Soll das Stadtgebiet von Uster vergrössert oder verkleinert werden? Mit dieser Frage beschäftigen sich seit vergangener Sommer gleich zwei politische Vorlagen. Jetzt hat sich der Usterer Stadtrat zu diesen geäussert.

So lehnt die Exekutive die Volksinitiative des Komitees Pro 8606 ab, mit der die Folgen eines Gemeindefusions der Usterer Aussenwachten Nänikon und Werrikon zu Greifensee geklärt werden sollen. Dem gegenüber steht ein parteiübergreifendes Postulat, das die Prüfung einer Fusion von Uster und Greifensee vorsieht. Und der Fusion steht der Stadtrat positiv gegenüber.

Das ist bisher passiert

Am 22. August 2023 wurde das Postulat «Prüfung einer Gemeindefusion zwischen der Stadt Uster und der Gemeinde Greifensee» von einer Mehrheit der parlamentarischen Fraktionen eingereicht. Einen Tag später, am 23. August, wurde die Volksinitiative «Zusammenführen, was zusammengehört» – Grenzänderung Uster-Greifensee publiziert, womit für das Pro-8606-Komitee der Weg für das Sammeln der Unterschriften frei war. Am 13. Dezember reichte das Komitee die Initiative mit 620 geprüften von ins-

gesamt 900 Unterschriften bei der Stadtkanzlei ein.

Im Parlament wurde das Postulat Mitte November behandelt und mit 24 zu 4 Stimmen dem Stadtrat überwiesen. Stadtpräsidentin Barbara Thalmann (SP) erklärte damals, dass es sich um ein starkes Signal aus dem Gemeinderat handle.

Die Fusionspläne erachteten bereits dann sowohl das Komitee Pro 8606 als auch die Greifenseer Gemeindepräsidentin Monika Keller (FDP) als «legitime, aber chancenlose Idee».

Das will der Stadtrat

Der Stadtrat spricht sich für eine Prüfung der Fusion zwischen Greifensee und Uster aus, anstatt die Aussenwachten Nänikon und Werrikon abzuspalten. Er lehnt die Initiative ab. Als nächsten Schritt wird der Stadtrat nun den Ausgang der Abstimmung über die Volksinitiative abwarten.

Die Vorlage wird voraussichtlich im nächsten Jahr vors Volk kommen. Ein genaues Abstimmungsdatum wird erst nach der Verhandlung im Gemeinderat feststehen. Diese ist aktuell auf den 10. Juni terminiert. Folgen die Stimmberechtigten der Empfehlung des Stadtrats und lehnen die Volksinitiative ab, wird der Stadtrat Uster das Gespräch mit der Gemeinde Greifensee für eine Fusion suchen.

So begründet der Stadtrat seinen Entscheid

Aus Sicht des Stadtrats würde sich die Initiative negativ auf Uster als Ganzes auswirken. Als nachteilige Gründe nennt der Stadtrat in einer Medienmitteilung unter anderem Einnahmeausfälle von bis zu 13 Millionen Franken jährlich. Als Kompensation wäre ein Abbau der städtischen Leistungen oder eine Erhöhung von Gebühren und Steuern notwendig.

Mit dem Weggang von rund 3000 Personen würde Uster als Regionalzentrum geschwächt, müsste die Infrastrukturen aber weiterhin finanzieren, wie beispielsweise die Sportanlagen. Diese seien auf die Grösse eines Regionalzentrums ausgelegt. Eine Weiterentwicklung der regionalen Strukturen wäre künftig infrage gestellt, denn der Kanton fördert die Bildung von regionalen Zentren. So profitiert die Stadt Uster als mittelgrosse Stadt seit diesem Jahr von einer Verdoppelung des kantonalen Beitrags an die Kulturausgaben. Auch als Argument vorgebracht wird der mögliche Verlust des Rangs als drittgrösster Stadt im Kanton.

Mit der Abtrennung der beiden Ortsteile gingen zudem zahlreiche Arbeitsplätze verloren. Dazu fehlte das räumliche Gestaltungspotenzial, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der wichtige Standort Bahnhof Nänikon-Greifensee entfiel. Die



Hinten die grosse Stadt Uster, vorne das kleine Dorf, die Aussenwacht Werrikon. Gemeinsam mit Nänikon wollen die

Ansiedlung neuer Arbeitsplätze für Gewerbe und Dienstleistung wäre hier nicht mehr möglich. Die Standortförderungskommission, in der der Gewerbeverband und das Wirtschaftsforum vertreten sind, schätzen den

Weggang von Nänikon in einer schriftlichen Stellungnahme als «katastrophal» ein.

Mit der Annahme der Initiative würde gemäss Stadtrat ein Prozess in die Wege geleitet, der mindestens drei Jahre dauern,

viele personelle Ressourcen binden und für die Stadt Uster Kosten in Höhe von rund einer Million Franken verursachen würde – bevor die Umsetzung überhaupt vollzogen werden könnte. Die Stadt sagt, sie

Greifenseer Gemeindepräsidentin: «Man hat die Braut nicht gefragt»

Greifensee Die Greifenseer Gemeindepräsidentin Monika Keller (FDP) sieht in einer möglichen Fusion mit Uster vor allem Nachteile für ihre Gemeinde. Kritik äussert sie am Vorpreschen der Stadt Uster.



Die Greifenseer Gemeindepräsidentin Monika Keller (FDP) hat wenig Verständnis für das Vorgehen der Stadt Uster. Archivfoto: Seraina Boner

Frau Keller, der Usterer Stadtrat will keine Abspaltung der Aussenwachten Nänikon und Werrikon, stattdessen findet er eine Fusion mit der Gemeinde Greifensee prüfungswert. Sind Sie überrascht vom Entscheid?

Monika Keller: Der Entscheid war leider zu erwarten. Es ist schade, dass man das Ansinnen der Volksinitiative nicht ernst nimmt. Es wäre gut, wenn man die Vor- und Nachteile eines Anschlusses der Aussenwachten an Greifensee prüfen und das Anliegen klären könnte.

Weshalb würde ein Anschluss der beiden Usterer Aussenwachten an Greifensee Sinn ergeben?

Der gemeinsame soziokulturelle Raum ist Realität. An der Gemeindegrenze hört die Welt nicht auf. Darum ist ein Zusammenschluss mit Nänikon und Werrikon aus unserer Sicht prüfungswert.

Hat sich die Ausgangslage für die Gemeinde Greifensee mit

dem Entscheid aus Uster nun geändert?

Für uns hat sich nichts geändert. Die Frage ist, wie wir mit der Fusionsidee umgehen. Für mich ist das ein Ablenkungsmanöver vom Anliegen der Volksinitiative. Auf den Wunsch eines grossen Teils der Bevölkerung (Anm. d. Red.: In nur drei Monaten kamen insgesamt 900 Unterschriften zusammen) will die Stadt Uster nicht eingehen.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann (SP) argumentiert unter anderem mit einem kostenintensiven Prozess, der viele Ressourcen binden würde. Wenn schon, müsse man das Geld in die Prüfung einer möglichen Fusion investieren. Können Sie diese Haltung nachvollziehen?

Ich kann den Entscheid aus Sicht der Stadt Uster verstehen, aber es ist eine einseitige Perspektive. Eine Fusion ist nur eine von verschiedenen Möglichkeiten. Und: Vielleicht müsste man zuerst die Braut fragen. Sonst kann sich das Geld sparen. Entschei-

dend ist am Schluss sowieso, was die Bevölkerung in Greifensee sagt.

In der Vergangenheit haben Sie eine Fusion mit Uster nicht per se ausgeschlossen, sprachen von «einer legitimen, aber chancenlosen Idee». Wie stehen Sie heute dazu?

Wir sind eine mittelgrosse, funktionierende Gemeinde. Ich sehe aktuell keinen Grund für eine Fusion. Die Nachteile überwiegen. Ich habe das Gefühl, man würde viele Freiheiten verlieren.

Welche Auswirkungen hätte eine mögliche Fusion konkret für Greifensee?

Uster versteht sich als Stadt. Wir sind ein Dorf. Man muss verstehen, dass ein Dorf mehr ist als eine Organisation. Es geht auch um Identität. Dieser Charakterunterschied bringt unterschiedliche Schwerpunkte mit sich. Schon jetzt stösst die Stadt Uster die Näniker immer wieder vor den Kopf, etwa bei der Zentralisierung der Bibliothek. Bevölkerungsmässig sind wir etwa dop-



Werriker zu Greifensee. Foto: Simon Grässle

müsste während dieser Zeit andere Projekte sistieren oder verzögern.

Fusion als Chance

Anders sieht der Stadtrat eine mögliche Fusion mit Greifensee.

«Eine Fusion würde die Rolle der Stadt Uster zusammen mit Greifensee als Regionalzentrum stärken», ist Barbara Thalmann überzeugt. Die bereits bestehende Zusammenarbeit mit Greifensee könnte durch die

Auflösung oder Anpassung der Verträge vereinfacht werden.

Das Ziel einer Einheitsgemeinde könnte langfristig umgesetzt werden. Raumplanerisch ergäbe sich mehr Gestaltungspotenzial. «Wenn schon

ein aufwendiger und kostenintensiver Prozess in die Wege geleitet werden soll, müsste dieser auf eine Fusion und nicht auf eine Abtrennung von Teilen von Uster gerichtet sein», wird Barbara Thalmann zitiert.

pelt so gross wie Nänikon. Für Uster wären wir gemeinsam eine grosse Aussenwacht.

Aus Ihrer Sicht mangelt es also bereits jetzt am Verständnis der Stadt für ihre ländlichen Aussenwachten. Gerade in der Zusammenarbeit argumentiert der Ustermer Stadtrat mit Vorteilen einer Fusion. Sie würde diese vereinfachen.

Dort, wo es sinnvoll ist, arbeiten wir jetzt schon mit anderen Ge-

meinden zusammen und verfügen über entsprechende Verträge. Nicht nur mit Uster, sondern auch mit Schwerzenbach und Volketswil. Das ist normal. Eine Fusion würde in diesem Bereich keine Vorteile mit sich bringen.

Werden Sie nun mit der Stadt Uster das Gespräch suchen? Es liegt an Uster, mit uns in Kontakt zu treten.

Lennart Langer

So reagiert das Komitee Pro 8606

Das Komitee Pro 8606 hat die Volksinitiative lanciert und setzt sich für einen Anschluss von Nänikon und Werriker an Greifensee ein. In einer Mitteilung am Mittwoch zeigt es sich irritiert, dass der Stadtrat schon Zahlen von vermuteten Einnahmeausfällen nennt und mit Steuererhöhungen droht. Obschon es bei der Initiative vorerst nur darum geht, dass Uster und Greifensee partnerschaftlich Fakten zusammentragen, was ein Gemeindewechsel für Folgen hätte.

«Dass der Stadtrat die Tür verschliessen will, bevor gesicherte Fakten zu den Konsequenzen auf dem Tisch liegen, ist nicht nachvollziehbar und grenzt an Gesprächsverweigerung», schreibt

das Komitee. Die 92 Prozent der Näniker und der Werriker Bevölkerung, die für einen Gemeindewechsel gestimmt hätten, müssten sich brüskiert fühlen, so die Initianten. «Indem der Stadtrat vor einer vertieften Abklärung mit Greifensee schon Einnahmeausfälle beziffert und mit unseriösen Zahlen und Szenarien hantiert, verspielt er Glaubwürdigkeit.» Zudem zeuge es nicht von regionalem Denken, dass die Argumentation sich nur auf Gemeindegrenzen abstütze. Letztlich gehe es darum, die Region als Ganzes weiterzuentwickeln. Und dann besteht gemäss dem Komitee viel Potenzial, «wenn Greifensee mit Nänikon und Werriker und Uster zwei starke Zentren bilden». (erh)

Kommentar

Die Stadt Uster will ihre Dörfer nicht verstehen

Uster, Zentrum und Metropole des Oberlands. So sieht sich die Stadt am Greifensee bisweilen. Und die Zahlen geben ihr ja recht: Über 36 000 Einwohner, Tendenz steigend, die grösste Stadt im Oberland, gar die drittgrösste des Kantons – hinter Zürich und Winterthur. Jetzt will die Stadt gar noch grösser werden – aus Angst, ihren Status zu verlieren.

Denn das würde aus Sicht der Stadt passieren, würde man das Anliegen der Näniker und der Werriker prüfen, sich Greifensee anzuschliessen. Vor einem Jahr informierte das Komitee Pro 8606, mittels einer Volksinitiative den Anschluss der Ustermer Aussenwachten an Greifensee prüfen zu lassen. Mit diesem Wechsel sollte dem gemeinsamen soziokulturellen Raum auch politisch Rechnung getragen werden. Abgestützt, mit über 900 Unterschriften, zogen die Initianten nach Uster. Offen und bereit zum Dialog – den die Stadt gar nicht erst sucht.

Statt die menschliche Seite zu sehen, geht es der rot-grün dominierten Regierung vor allem um wirtschaftliche Aspekte: Verlust von Arbeitsplätzen, Verlust von jährlichen Steuereinnahmen in Höhe von bis zu 13 Millionen Franken.

Aus Ustermer und wirtschaftlicher Sicht mag es einleuchten, grossräumig zu denken. Wer gibt denn gerne etwas ab, wenn er doch auch etwas bekommen könnte? Eine Fusion birgt womöglich wirklich mehr Optionen für eine Zentralisierung, eine Verschlan- kung von Prozessen, eine einfachere Zusammenarbeit in Organisationen. Doch Wirtschaft ist in diesem Fall nicht alles.

Es überrascht, in welcher Deutlichkeit die Ustermer Regierung dem Anliegen der Aussenwachten mit rund 3000 Einwohnern den Riegel vorschiebt. Während die Initianten stets davon sprachen, dass sie sich mit dem angestrebten Wechsel nicht gegen Uster richteten, richtet sich die Stadt jetzt gegen ihre Dörfer.

Wie wichtig aber ist es den Riedikern, den Wermatswilern, den Freudwilern oder den Sulzbachern, wie gross ihre Stadt ist? Letztlich wird das Volk an der Urne entscheiden, ob die Stadt den Gemeindewechsel prüfen muss. Denn nur darum geht es nach wie vor: eine Prüfung, keinen endgültigen Entscheid.

Und dass Uster selber nur zu gut weiss, wie Nänikon und Greifensee zusammengewachsen sind, schreibt sie sogar auf ihrer eigenen Website:

«Die Gemeinden Greifensee und Nänikon sind fast zusammengewachsen. Die Grenze schlängelt sich zwischen den Häusern durch. Kaum jemand weiss noch, wo die Grenze genau durchgeht. Auch im täglichen Leben gehören die beiden Gemeinden eng zusammen, mit einem gemeinsamen Bahnhof, gemeinsamer Postleitzahl und einem gemeinsamen Vereinsleben.»

Es ist das eine, den soziokulturellen Raum zu sehen. Ihn anzuerkennen, das andere. Ja, Uster mag gross sein. Doch das ist die Stadt nur dank ihren Aussenwachten.



Erik Hasselberg
Stellvertreter
Chefredaktor

Zahl der Parkplätze bei Badi Auslikon wird halbiert

Pfäffikon 130 statt 260 Parkplätze werden den Besuchern künftig noch zur Verfügung stehen. Die fehlenden Plätze sollen anderswo kompensiert werden. Wo, ist noch unklar.

Die bald beginnende Badesaison wird Einschränkungen für Autofahrerinnen und Autofahrer mit sich bringen. In der Badi Auslikon wurde die Anzahl der Parkplätze von 260 auf 130 reduziert. Dazu hat der Kanton bereits das Parkplatzmanagement angepasst und den Zugang umprogrammiert, wie er mitteilt. Das heisst: Auch wenn das Parkplatzareal halb leer aussehen mag, dürfen trotzdem nur 130 Plätze besetzt werden.

Dies hat einen einfachen Grund: Moorschutz. Die Badi Auslikon wie natürlich auch die zugehörigen Parkplätze liegen auf einer Moorlandschaft. Eine, die geschützt werden muss. Um die bundesrechtlichen Vorgaben für ebendieses Moorschutz zu gewährleisten, müssen Massnahmen getroffen werden.

Alternative Parkplätze werden gesucht

Den ersten Schritt haben die Verantwortlichen bereits vollzogen, als der Campingplatz aufgehoben wurde. Nun müssen die Parkplätze folgen. Die wegfallenden Plätze müssen anderswo kom-

pensiert werden. Doch wo sie platziert werden, ist noch unklar. Fakt ist: Bis 2027 muss der gesamte Parkplatz zurückgebaut werden. Das sind die Voraussetzungen des Bads, damit die Badi Auslikon überhaupt bestehen bleiben darf.

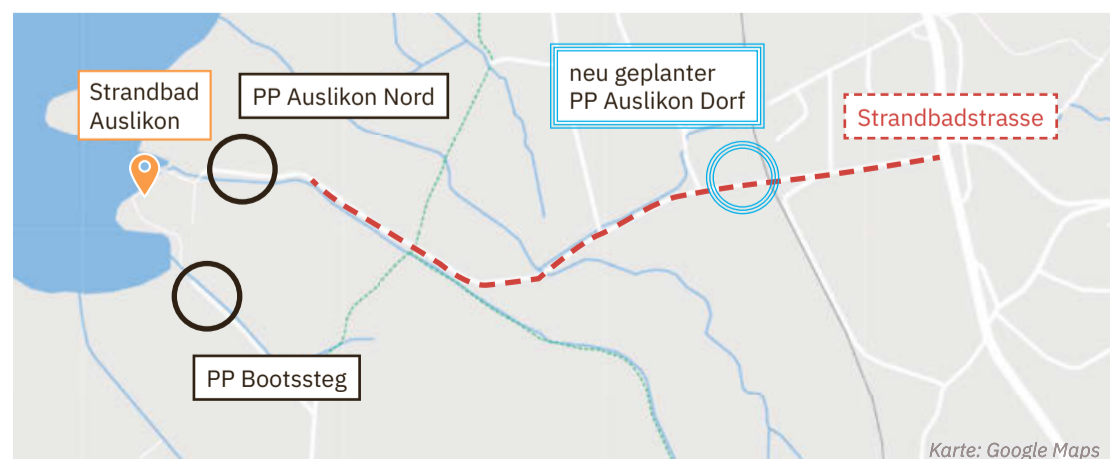
Der Regierungsrat hatte im Herbst 2019 ein Konzept zu neuen Parkplätzen präsentiert: Diese sollten zum Auslikon Dorfrand versetzt werden. Doch die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde haben sich vehement

dagegen gewehrt. Mit Erfolg, denn der Projektierungsprozess wurde unterbrochen. 800 Unterschriften wurden damals gesammelt, um den Bau zu verhindern.

Also muss ein neuer Standort her. Das Amt für Mobilität ist zurzeit an der Prüfung von Alternativen zur damals vorgeschlagenen Lage ausserhalb des Dorfs. Laut Thomas Maag, dem Mediensprecher der Baudirektion, sollte im Herbst 2024 feststehen, wohin der Kanton den Parkplatz zügeln will.

Ausgeschlossen ist der Parkplatz Auslikon Dorf aber noch nicht. Wenn es keine geeigneten Alternativen gibt, wird der Parkplatz wohl oder übel an den vorgeschlagenen Standort verlegt – trotz den vielen Stimmen aus der Bevölkerung. «Eine Petition ist kein Rechtsmittel», sagt Maag. Unter Umständen könnte es also doch zum ungewollten Parkplatz am Dorfrand kommen.

Mel Giese Pérez



800 Unterschriften stoppten den Projektierungsprozess des geplanten Parkplatzes Auslikon Dorf. Grafik: Anja Furrer

DRUCKFEHLER-TEUFEL

1 **Restaurant im SPECK**
Flugplatz Fehraltorf

«Die glatti Beiz für Alli – mit grosser Terrasse, Spielplatz und genügend Parkplätzen»

Tel. 044 954 17 12, www.im-speck.ch

6 **dormakaba**
System Partner

Türtechnik
Schliesssysteme
Systeme Zutritt und Zeit

schneider
Eisenwaren Haushalt AG
Fon 044 930 50 50 info@seh.ag 8623 Wetzikon

8 Schmuck – der Sie bezaubert ...

Bijoux Rederer
Schmuck & Uhren

Hinwil Center, 8340 Hinwil
www.bijoux-rederer.ch
bijouxrederer.hinwilzh

10 **Ruegg**
SCHUHHAUS
SEIT 1882

Dorfstrasse 60 • 8630 Rüti
Telefon 055 240 11 33
www.schuhe-rueegg.ch

2 Kochen und Geniessen.

8610 Uster | ldkuechen.ch

LD KÜCHEN
Lachpizza

WETTBEWERB

Auf dieser Seite hat der **Druckfehler-Teufel** zugestochen. Finden Sie heraus, wo.

Zu gewinnen ist **ein Gutschein** Ihres bevorzugten Geschäfts **im Wert von Fr. 300.–**

In drei auf dieser Seite platzierten Inseraten hat sich je ein Fehler eingeschlichen. Ihre Aufgabe ist es, diese Fehler ausfindig zu machen.

Und so können Sie gewinnen:

Notieren Sie die Ziffern der fehlerhaften Inserate und dazu das von Ihnen bevorzugte Geschäft für den Gutscheingewinn. Und wichtig: Ihre vollständige Adresse!

Beispiel:

TEUFEL 12 – 3 – 8 + 2

Fam. Muster, Musterstrasse 10, 8888 Musterhausen

Senden per Mail an:

druckteufel@zol.ch

Betreff: Druckteufel

Oder per Postkarte an:

Zürcher Oberland Medien AG

Druckfehler-Teufel

Rapperswilerstrasse 1

Postfach 1425

8620 Wetzikon

Achtung:

Es nehmen nur korrekte Antworten an der Verlosung teil.

Einsendeschluss:

Dienstag,

16. April 2024

Viel Spass!

Die Auflösung mit den Gewinnern erscheint am Donnerstag, 2. Mai 2024

Der nächste Druckfehler-Teufel-Wettbewerb erscheint am Mittwoch, 15. Mai 2024.



11 **HEUSSER**
TOURISTIK

Reisen – Ferien – Geniessen

www.heusser-touristik.ch

3 **VOLAND**
genuss • kreation • baumerkmale.ch

363 Tage geöffnet
Auch in Ihrer Nähe

12 **Thallegg**
Alpenländische Küche

Strausseneier suchen
Alpenländische Küche

Kemptthal
Pfäffikerstrasse 27
Telefon 052 345 11 46
www.thallegg.ch

4 **STIHL**
Frühlingsrasenpflege

- Verkauf und Beratung
- Akku- und Benzingeräte, Roboter
- Reparatur / Service (aller Marken)
- Hol- und Bringservice

Klaus-Häberlin AG
8610 Uster
www.klaus-haerberlin.ch
Tel. 043 399 20 40

13 **wirz wohnen**
persönlich • sympathisch • individuell

Wirz Wohnen AG
Brunnenstrasse 14
8604 Volketswil
Tel. 052 315 27 51
www.wirzwohnen.ch

Ihr Möbelhaus mit den Top Marken für komfortables Sitzen und gesundes Schlafen!

5 FESTINA EDOX Uhren Bijouterie Bestecke

nTheiler
Eigenes Klein- und Grossuhrenatelier

Bahnhofstrasse 16, 8610 Uster
Telefon 044 940 16 47
www.theiler-uhren.ch

7 **keller optik**
visualtraining

Kinder Brillen
vom Fachgeschäft
komplett ab CHF 200.–

Bahnhofstrasse 29 • 8307 Effretikon
Tel. 052 343 1108 • www.kelleroptik.ch

9 KI-Treff **BACHTEL-RANCH**

Feine Steaks
Jeden Sonntag
US-Frühstück
à discrétion von 9 bis 11.30 Uhr
Reservation empfohlen:
Telefon 044 937 31 87
www.bachtel-ranch.com

Zürcher Oberländer
So naheliegend.

Anzeiger von Uster
So naheliegend.

Rapper Bushido ist nach acht Jahren zurück

Dübendorf Er ist einer der erfolgreichsten deutschsprachigen Rapper des 21. Jahrhunderts. Auf seiner vermutlich letzten Tour war Bushido auch in Dübendorf – und begeisterte nicht nur mit Klassikern.

Marie Fredericq

Während Petrus an diesem Nachmittag offenbar schlechte Laune hat, ist davon vor der Konzerthalle The Hall in Dübendorf nichts zu spüren. Trotz Nieselregen ist die Stimmung positiv – bereits seit Stunden stehen Dutzende Fans vor dem Eingang und warten sehnsüchtig auf die Türöffnung der Eventlocation.

Weshalb sie sich standfest dem miesen Wetter aussetzen, wird schnell klar: Sie wollen ganz vorne sein und den Deutschrapper Anis Ferchichi, besser bekannt als Bushido, hautnah erleben, wenn er ihnen an diesem Dienstagabend die Punchlines um die Ohren haut.

Nach acht Jahren ist der gebürtige Berliner wieder auf Tour und macht dabei auch in Dübendorf halt – sein einziger Stopp in der Schweiz. Und dabei soll es vorerst auch bleiben, denn es ist vermutlich seine letzte Konzerttournee.

Happy Zuschauer, happy Bushido

Vielleicht auch deshalb ist das Konzert seit Wochen ausverkauft wie fast alle seiner aktuellen Tour «König für immer». «Wir hätten vermutlich auch das Hallenstadion vollbekommen», sagt Burghard Zahlmann, Geschäftsführer der Zahlmann GmbH und Bushidos Tourveranstalter. Aber man sei vorsichtig gewesen.

Neben dem Stopp in Dübendorf spielt Bushido in elf weiteren Städten, so unter anderem in seiner Heimatstadt Berlin in der Uber Arena mit 17 000 Plätzen oder in der Kölner Lanxess Arena mit einer Maximalkapazität von 20 000 Besuchern. Am Anfang der Tournee waren nur acht Konzerte geplant, wegen der hohen Nachfrage wurden fünf Zusatztermine geschaffen. «Die Resonanz ist durchwegs positiv, die Zuschauer gehen happy nach Hause», so Zahlmann.

Um den Deutschrapper live und in Farbe zu erleben, nehmen die Fans gerne längere Anreizeiten auf sich. «Wir sind aus Waldshut angereist. Wir freuen uns wahnsinnig auf den Auftritt», erzählen Sahid und Fatih, 21 und 23 Jahre jung. Dafür haben sie sich extra den Tag freigenommen. «Bushido ist einfach Kult, der König des Deutschrap», schwärmt die 28-jährige Melissa aus Baden.

«Ich war immer ein Fan, und die Chance muss man halt nutzen, wenn er mal wieder da ist», erzählt Rico aus Küssnacht. Die Vorfreude auf das bevorstehende Konzert ist spürbar, die Fans können es kaum erwarten, den Rapper live zu erleben und zu seinen provokanten Texten mitzusingen.

Vom Gangsterrapper zum fürsorglichen Vater

Dass Bushido polarisiert, ist nichts Neues – nicht nur wegen seiner musikalischen Karriere war der gebürtige Berliner immer wieder in der Presse. Stress mit anderen Rappern und grenzwertige Texte – Bushido liess in jungen Jahren kein Klischee aus, das seinen Ruf als skandalösen Gangsterrapper untermalte.



Zweieinhalb Stunden Deutschrap-Power: Bushido legt nach Jahren ein Schweizer Comeback auf die Dübendorfer Bühne. Fotos: Marie Fredericq



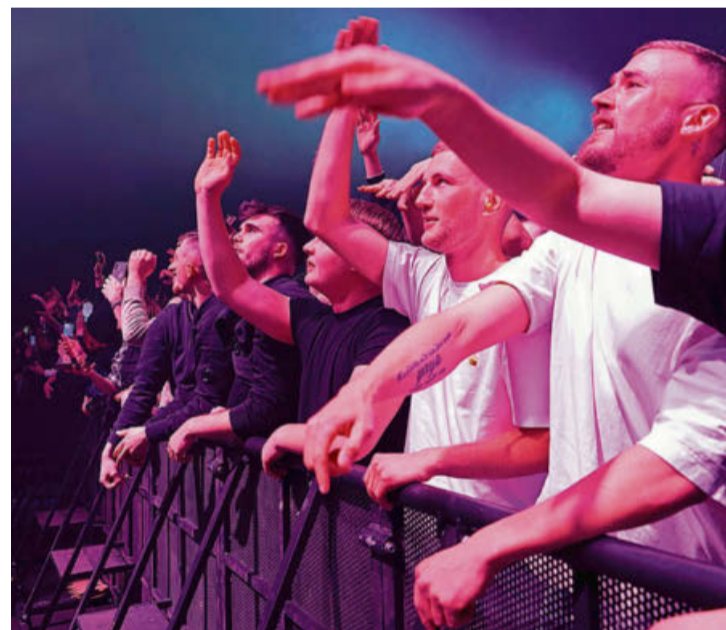
Der «König» hat gesprochen: Die Menge schwenkt begeistert mit den Händen und singt die Punchlines textsicher mit.

Gerade die letzten Jahre aber dominierte der Disput zwischen ihm und Clan-Chef Arafat Abou-Chaker die Medien. 2018 brach der Rapper mit der Grossfamilie, der kriminelle Machenschaften nachgesagt werden und die immer wieder wegen verschiedener Vergehen vor Gericht stand.

So wurde Abou-Chaker 2019 wegen Bedrohung und Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, seit 2020 lief ein weiteres Verfahren wegen Freiheitsberaubung, versuchter schwerer räuberischer Erpres-

sung und Körperverletzung zum Nachteil von Bushido. Im Februar diesen Jahrs wurden die drei angeklagten Abou-Chakers jedoch in allen Hauptanklagepunkten freigesprochen.

Während dieser Zeit rückte Bushido näher mit seiner Familie zusammen. Gemeinsam mit seiner Frau Anna-Maria hat der 45-Jährige mittlerweile acht Kinder, unter anderem Drillinge. Doch das Familienglück wird stets vom schwarzen Schleier der Vergangenheit überschattet – rund vier Jahre stand die Fami-



Gebannt hängen die Fans an den Lippen des Rappers und geniessen die zweieinhalbstündige Show in vollen Zügen.

lie unter Personenschutz, in mehreren Interviews beteuert Anna-Maria die Angst um sich und ihre Kinder.

Unter anderem deshalb zogen die Ferchichis im Sommer 2022 nach Dubai. Aus dem Skandalrapper, der Texte wie «Die Huren schrein: Er ist ja so attraktiv, und jeder weiss, seine Schwester war am Strand aktiv» schrieb, wurde ein fürsorglicher Vater, der darüber singt, was ihm heute wichtig ist. «Und wenn der Beat nicht mehr läuft und alles leise ist, zählen alle meine goldenen

Preise nicht, komme ich zu euch nach Hause, bin ich einfach ich, denn das Wichtigste im Leben ist Familie.»

Hart und herzlich

«Bushido war sowohl positiv als auch negativ in den Medien», erklärt Tourveranstalter Zahlmann. «Doch mit dieser Tournee wurde er geadelt, selbst die Medien haben äusserst positiv über die Konzerte berichtet.» Umso mehr dürfen sich die Schweizer Fans auf das Konzert freuen.

Und das beginnt an diesem Dienstagabend pünktlich um 20 Uhr. Das Publikum sollte nicht enttäuscht werden: Bushido heizt den Fans wortwörtlich ein – mit Pyroshow und Feuerregen, stets untermalt von dicken Bässen und harten Texten.

Klassiker wie «Wenn wir kommen», «Sonnenbankflavour» oder «Panamera Flow» werden von den Anwesenden begeistert mitgesungen. Bushido animiert die Menge immer wieder, mit ihm zusammen zu rappen und mit den Armen zum Takt zu schwenken.

Zwischen den Songs ist er zu Scherzen aufgelegt, verschenkt seine Wasserflasche und erzählt von seinen Kindern. Doch er wird auch sentimental – bedankt sich mehrfach beim Publikum, freut sich sichtlich, auf der Bühne zu stehen. Immer wieder redet er mit den Fans, ist begeistert von ihrer Textsicherheit.

Ein Hit jagt den anderen – und die Menge kommt gar nicht mehr aus dem Jubeln heraus. Von 8 bis 48: Bushido begeistert eingefleischte genauso wie neue Fans, egal, welchen Alters. Nach zwei Stunden ist das Schauspiel vorbei, doch der Künstler lässt sich eine Zugabe nicht entgehen – zumal die Fans lauthals danach schreien.

Nichts ist für immer

Mit «Dark Night», einem Lied mit Beleidigungen gegen seinen ehemaligen Kollegen und Deutschrapper Capital Bra, zeigt er noch einmal, wie messerscharf seine Worte schneiden können. «Wir haben seine Mutter gefickt!», schreit er in die Menge – doch ist er nicht auf Krawall aus: «Aber wisst ihr, das ist alles nur Musik. Wenn der Beat endet, dann endet auch der Beef.» Und so schlägt er einen sanfteren Ton an, spielt sein Lied «Familie», in dem er wieder auf den Punkt bringt, was er die letzten Jahre predigte – die Familie, das ist es, was zählt.

Verabschiedet wird die Menge mit einem Bushido-Klassiker, einst aufgenommen mit dem bereits verstorbenen Sänger und Komponisten Karel Gott. «Dieses Leben ist halt einfach kalt und schwer, und jedes Jahr kommen jetzt ein paar Falten mehr. Sag, wie gern würdest du jetzt frei wie ein Adler fliegen? Keinen Gedanken mehr verschwenden, irgendwann im Sarg zu liegen? Für immer jung, ein Leben lang für immer jung. Du musst dich an die schöne Zeit erinnern, denn nichts ist für immer.»

Ja, nichts ist für immer – und so findet auch die Zugabe ein Ende. «Es war der Wahnsinn!», «Geil, dass er auch die alten Tracks gespielt hat» und «Krass, wie der die Menge anheizen kann» – das sind nur einige Kommentare, die nach dem Konzert zu hören sind.

Und dann ist er auch schon vorüber, der Abend, auf den die Fans lange hingefiebert haben und der acht Jahre Wartezeit wert war. Im Nieselregen trottet die Menge in Richtung Bahnhof Stettbach, so mancher in der Hoffnung, dass es doch nicht das letzte Mal war, dass der «König» Bushido auf der Bühne stand.



Hol dir den Frühling

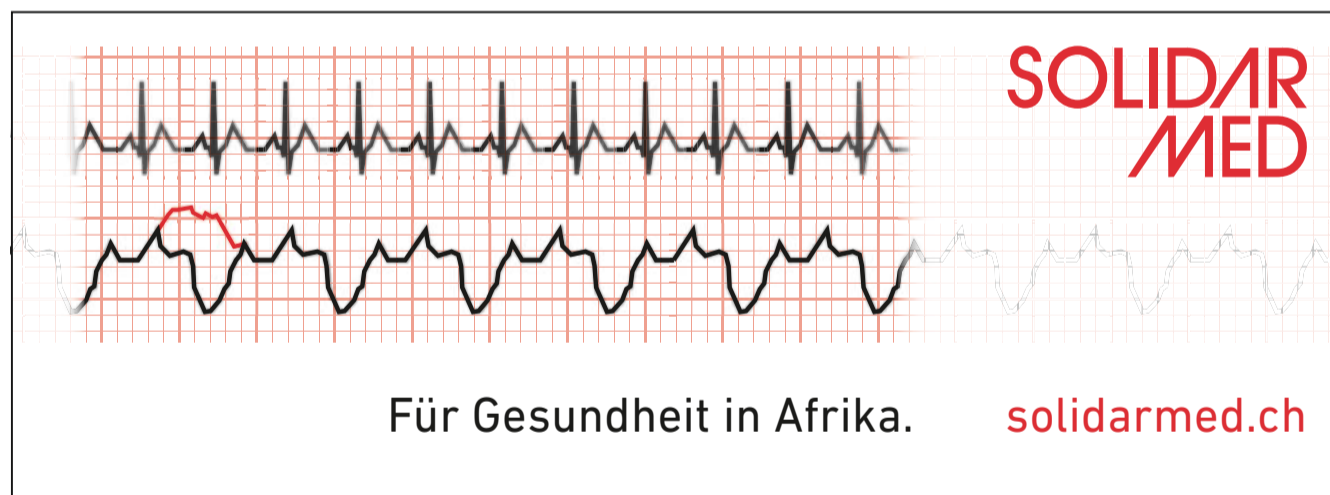
Entdecke das Frühlingsparadies mit der grössten Pflanzenauswahl in der Region und eigener Gärtnerei. Und profitiere von vielen Frühlingsaktionen auf Gartenzubehör, attraktiven Gartenkursen und Events. Für die kleine Pause zwischendurch lädt unser Café und Restaurant mit Sonnenterrasse ein. Einfach zum Wohlfühlen.



www.gartencenter-meier.ch/fruehling

Garten-Center Meier | Kreuzstrasse 2 | 8635 Dürnten
 Mo – Fr 8.30 – 18.30 Uhr | Sa 8 – 17 Uhr
 055 251 71 71 | www.gartencenter-meier.ch

Meier
 Treffpunkt für Gartengenieser





SOLIDAR MED

Für Gesundheit in Afrika. solidarmed.ch

Herzlichen Dank für Ihre Spende!

Postkonto 88-855130-6
 IBAN CH58 0900 0000 8885 5130 6
 044 388 55 00
www.krebsliga-zuerich.ch

krebsliga zürich

Bestattung

Bubikon
 Am 8. April 2024 starb in Bubikon
Hans Heinrich Huber
 geb. 16. September 1932, von Wädenswil, wohnhaft gewesen in Wolfhausen, Bühlhofstrasse 49.
 Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Zürcher Oberland Medien
 Zürcher Oberländer | Anzeiger von Uster regio | glattaler | Der Töftthaler | züriost.ch

Herausgeberin
 Zürcher Oberland Medien AG
CEO: Ralph Brechlin
Adresse: Rapperswilerstrasse 1
 Postfach 1425
 8620 Wetzikon

Medienprodukte

- Tageszeitungen «Zürcher Oberländer» und «Anzeiger von Uster» (WEMF-beglaubigt) (Normalauflage: 18'489 Exemplare; Grossauflage Mittwoch: 95'143 Exemplare)
- Abo-Zeitung «Töftthaler» (Normalauflage: 1965 Exemplare, Grossauflage: bis 12'016 Exemplare)
- Wochenzeitungen «Regio» (180'197 Exemplare)
- Wochenzeitung «Glattaler» (27'612 Exemplare)
- Online-Plattform www.zueriost.ch

Redaktion
 E-Mail Redaktion: redaktion@zol.ch
Chefredaktor: Michael Kaspar (mk)

Verbund Zürcher Regionalzeitungen
 «Zürcher Oberländer», «Der Landbote», «Zürichsee-Zeitung» und «Zürcher Unterländer» sind Partner im Medienverbund Zürcher Regionalzeitungen.

Service-Desk
 E-Mail: servicedesk@zol.ch
 Telefon 044 933 33 33;
 Informationen zur Datenanlieferung auf www.zueriost.ch/werbung

Öffnungszeiten: Mo–Do 8–12 und 13–17 Uhr
 Fr 8–16 Uhr

Abonnementspreise «Zürcher Oberländer»/«Anzeiger von Uster»
 1 Jahr Fr. 519.–, 6 Monate Fr. 285.–, 3 Monate Fr. 157.–, 1. Monat Fr. 49.–, 1. Jahr E-Paper Fr. 329.–.
 Alle Preise inkl. MWST.

Druck
 DZZ Druckzentrum Zürich

Wenn Sie nach den Ferien zu Hause wieder mitreden wollen.



züriost.ch
 Das Newsportal aus deiner Region

Spendenaufwurf:
Hilfe für Flüchtlinge aus Syrien

Solidar Suisse hilft syrischen Flüchtlingen mit Nahrungsmittelpaketen und Hygieneartikeln.

Ihre Spende zählt:
 Postkonto: **80-188-1**
 Online-Spende: www.solidar.ch/syrien





Indonesische Gerichte in Wetzikon

Wetzikon Anfang März eröffnete in Wetzikon ein neues indonesisches Take-away. Mit authentischem Essen und verziert mit selbst gemachter Kunst will es in Wetzikon durchstarten.

Moritz Hegglin

Beginnen wir mit einer kurzen Einführung in die indonesische Sprache: Rumah bedeutet Haus, und Rasa heisst Geschmack. Fügt man diese beiden Zutaten zusammen, erhält man dann Geschmackshaus oder eben «Rumarasa».

Das ist der Name des neu eröffneten indonesischen Take-aways in Oberwetzikon. Die Geschichte, wie es zum neuen Indonesier kam, beginnt mit Kaffee – italienischem Kaffee.

Vor einem halben Jahr beschlossen Marissa Akbar und ihr Mann Reto Bosshard, einen Kaffee in Wetzikon trinken zu gehen. Ihr Ziel: das Café Etnamuri. Dort angekommen, wurden sie jedoch überrascht – sie stiessen statt auf italienischen Kaffee auf ein leeres Schaufenster.

«Wir blickten gerade durch das Fenster, als plötzlich der Vermieter vorbeikam und uns fragte, was wir machen», erinnert sich Akbar. Ein halbes Jahr später gibt es im Oberwetziker Lokal noch immer keinen italienischen Kaffee – dafür authentische indonesische Küche. «Das hat sich dann alles irgendwie ergeben.»

Indonesisches Essen und Schweizer Kunst

Das Lokal ist verziert mit diversen Bildern. «Die habe ich alle selbst gemalt», erzählt Bosshard und zeigt auf seine Bilder, die im Wetziker Take-away unübersehbar sind. Sein Traum ist es, hier ein Restaurant zu führen, in dem man einen Kaffee trinken und sich vom indonesischen Essen verführen lassen kann. «Gleichzeitig können die Gäste durch einen Kunstkatalog blättern und sich vielleicht ein Bild kaufen, welches ihnen gefällt», erzählt der 43-Jährige.

Das liegt aber noch in der Zukunft. Momentan sind im «Rumarasa» nur Take-away oder Bestellungen nach Hause möglich.



Neues Take-away: In Wetzikon kann man jetzt indonesisch essen. Fotos: Moritz Hegglin

Das Essen wird von den Besitzern persönlich ausgeliefert. Aber eine Zusammenarbeit mit den Online-Lieferportalen Just Eat und Food Now steht im Raum.

Wenn man das kleine Lokal betritt, fällt einem sofort eine Dartscheibe ins Auge. «Erzielt man 180 Punkte, bekommt man das Menü geschenkt.» Ein Blick auf die Scheibe verrät, der letzte Kunde hat das verpasst, er schoss «nur» 120 Punkte. Rein vom Ambiente her würde man aufgrund der Dartscheibe und der modernen Bilder nicht auf ein indonesisches Restaurant schliessen. Nur der Duft des Essens und die schön auf Holzgestellen ausgestellten indonesischen Spezialitäten verraten es. Das Menü ist zu grossen Teilen indonesisch.

Die Basis für die Küche im «Rumarasa» bilden wenige Zutaten: Ingwer, Knoblauch, Koriander, Chili, Kurkuma (Gelbwurze) und Rendang. «Rendang ist Rindfleisch, so gekocht, dass es indonesische Fischer monatelang essen können», erklärt Bosshard.

Gekocht für das Take-away wird auch in Indonesien. Einige der Saucen bereitet Akbars Mutter zu – per Flugzeug werden diese dann in die Schweiz geliefert. Bosshard und Akbar haben sich auch bei ihren Gerichten dem Motto von Akbars Mutter verschrieben: aus wenigen Zutaten viel machen. Die indonesische Küche sei leicht, «geschmacksknospenexplodierend» und «umami». Umami bedeutet köstlich. Die Preise für die Me-

nüs im «Rumarasa» variieren zwischen 12 und 19 Franken. Am Mittag gibt es ein Schülermenü für Fr. 8.90 respektive 10 Franken, je nachdem, ob man ein Getränk dazu will.

Zuerst nur ein Onlineshop

Bevor das Paar seinen Take-away-Laden in Wetzikon eröffnete, führte es bereits seit Februar 2023 einen Onlineshop namens Rumarasa. Hier bot es indonesische Produkte wie Saucen, Gewürze oder Snacks an.

Den Onlineshop führen die beiden immer noch, mittlerweile verkaufen sie die Produkte jedoch auch in ihrem Lokal über die Theke. Die Artikel kommen direkt aus Indonesien. «Ich habe dort Verwandte, welche mir die



Das Lokal ist verziert mit selbst gemalten Bildern von Reto Bosshard.

Produkte zuschicken», erklärt die 38-Jährige.

Das andere Ende der Welt

Marissa Akbar und Reto Bosshard lernten sich in Jakarta kennen. Er arbeitete in Jakarta, sie kellnerte in seinem Lieblingsrestaurant. «Sie verdrehte den Gästen, unter anderen auch mir, die Köpfe», berichtet Bosshard. Zehn Jahre später führen sie nun selber ein indonesisches Take-away-Lokal, und ihre Kontakte nach Jakarta zahlen sich aus.

«Einige Saucen stellt Marissas Mutter in Indonesien her – wir fliegen diese dann innerhalb von fünf Tagen ein», erzählt Bosshard. «Ihre Mutter ist eine fantastische Köchin, das sagen auch viele Kollegen in Indonesien», ge-

rät er ins Schwärmen. Bosshard erhebt sich vom kleinen Holztisch in der Ecke des Lokals und holt eine der Saucen vom Tresen. Der Duft versetzt einen sofort ans andere Ende der Welt.

«Rumarasa»

Das indonesische Take-away Rumarasa befindet sich am Sunnehaldeweg 8 in Wetzikon in der Nähe der reformierten Kirche. Das Lokal ist jeweils von Dienstag bis Freitag von 11 bis 20 Uhr und am Samstag von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Die Preise liegen zwischen 12 und 19 Franken, und es gibt vegetarische und vegane Optionen. Mittags gibt es ein Schülermenü für Fr. 8.90 (ohne Getränk) oder 10 Franken (mit Getränk). (heg)

Heute im Parlament

Gegen «Schikanen» des Gewerbes

Illnau-Effretikon Für die SVP Illnau-Effretikon ist die Stadtpolizei zu wenig bürgernah. Mit einer Interpellation will sie nun vom Stadtrat wissen, wie er die Akzeptanz der Polizei bei Jugendlichen und Gewerbetreibenden erhöhen will.

Weiter diskutiert das Stadtparlament am Donnerstagabend die Bauabrechnung für

einen Vereinskiosk im Schulhaus Eselriet. Sie soll genehmigt werden. Ebenfalls zu genehmigen ist die Abrechnung über den Planungskredit für die Schulausweitung.

Weitere Vorstösse, vor allem von der Volkspartei, stehen auf der Traktandenliste. Zudem wird der Stadtrat im zweiten Teil der Fragestunde vor Publikum diverse Fragen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier beantworten. (tbu)

Korrigendum

Zürich, nicht Uster

Auf der Agenda vom Mittwoch, 10. April, stand fälschlicherweise, dass der Vortrag an der Freiestrasse 23 in Uster stattfindet. Richtig ist, dass die Veranstaltung «Albert Cinelli und der Stein» am Donnerstag, 11. April, von 18 bis 20 Uhr an der Schipfe 10 in Zürich stattfindet und ein Besuch nur mit Voranmeldung möglich ist. Eine Anmeldung ist bis zum 4. April möglich gewesen. (zo)

Korrigendum

Kanton äussert sich

Im Artikel «Muss der Kanton auch das Unispital retten?» vom 10. April hiess es fälschlicherweise, der Kanton habe sich am Dienstag nicht zum Geschäftsbericht des USZ geäussert. Richtig ist, dass die Zürcher Gesundheitsdirektion bei einer Anfrage vergangene Woche sagte, man prüfe aktuell, ob es einen finanziellen Ausgleich für das USZ brauche. (zo)

Neue Tössbrücke soll 10,4 Millionen kosten

Wila Das Projekt für die neue Tössbrücke ist einen Schritt weiter. Das Tiefbauamt will noch dieses Jahr mit den Bauarbeiten in Wila beginnen.

Die Tössbrücke am Ortsausgang von Wila hat schon 72 Jahre auf dem Buckel. Schon länger ist sie in einem schlechten Zustand und entspricht statisch nicht mehr den heutigen Anforderungen.

Vor drei Jahren waren einige bauliche Sofortmassnahmen nötig. Das kantonale Tiefbauamt entschied sich gegen eine Sanierung. Deshalb muss die Brücke einem Neubau weichen.

Das entsprechende Projekt hat der Regierungsrat nun festgesetzt und dafür rund 10,4 Millionen Franken bewilligt, wie er in einer Mitteilung schreibt. Bei der öffentlichen Auflage im vergangenen Sommer hatte das Tiefbauamt noch mit etwa 9,4 Millionen gerechnet.

Innerhalb der Auflagefrist gingen drei Einsprachen ein, die projektbezogene und teilweise auch enteignungsrechtliche Behagen enthielten. Denn für den Brückenneubau sind zusätzliche Landflächen nötig, die der Kanton erwerben muss. Laut der Mitteilung konnte er bei den Einigungsverhandlungen mit allen Einsprecherinnen und Einsprechern eine einvernehmliche Lösung finden.

Für mehr Sicherheit

Mit dem Neubau wollen die Verkehrsplaner die Situation rund um die Brücke sicherer und übersichtlicher gestalten. So sind durchgängige und direkte Velowege wie auch verschiedene



So soll die neue Tössbrücke in Wila dereinst aussehen. Visualisierung: PD

Hochwassermassnahmen vorgesehen. Letztere beinhalten etwa ein Anheben der Brücke und eine Vergrösserung des Durchflussbereichs der Töss.

Zudem nutzt das Tiefbauamt das Projekt dazu, die Unterführung Richtung Turbenthal zu verbreitern und das Trottoir auf der Wilemer Seite zu verlegen – und zwar auf die andere Seite der Tössalstrasse. Die neue und breitere Brücke soll ausserdem eine Mittelinsel erhalten. Weiter werden die Fahrbahnbeläge ersetzt

und ein lärmarmes Deckbelag eingebaut. Das Tiefbauamt plant, im kommenden September mit den Bauarbeiten zu beginnen. Diese dauern voraussichtlich bis Ende Dezember 2025. Die abschliessenden Belags- und Markierungsarbeiten sind für Frühling 2026 vorgesehen. Damit der Verkehr während der Bauzeit möglichst uneingeschränkt durchs Tal rollen kann, wird in einem ersten Schritt eine Hilfsbrücke erstellt.

Annabarbara Gysel

Region

Nach harter Arbeit wird für sie ein grosser Traum wahr

Wetzikon Junge Musizierende machen sich bereit auf die grosse Reise nach Ishigaki. Schon seit mehreren Monaten bereiten sich die Schüler auf das Projekt vor.

Jasmin Schlegel

Sanft lösen sich die Finger von den Klaviertasten. Die fokussierten Blicke gleiten von den Noten weg in den Saal. Die Streicher halten mit den Bogen inne und verharren kurz in der Position, die Bläser lassen die Spannung los und atmen wieder ruhig und lautlos ein.

Ein Lächeln zielt die Lippen der Jugendlichen und Kinder. Die letzten Klänge haben den Saal der Musikschule Zürcher Oberland (MZO) mit einer warmen Atmosphäre gefüllt. Einheitlich bahnen sich die Sonnenstrahlen ihren Weg durch die Fenster des Saals.

Start Ende April

Es war ein langer Weg, aber schon bald werden die 7- bis 16-jährigen nach Monaten harter Arbeit nach Japan reisen – auf die Insel Ishigaki. Die Gruppe der Schülerinnen und Schüler rund um die Pianistin und Klavierlehrerin Alena Cherny von der Musikschule Zürcher Oberland sowie ein Teil der Eltern treten am 21. April ihre zweiwöchige Reise in die südlichste Stadt Japans an.

An einer der letzten Proben spielte das Ensemble sein ganzes Programm durch: Die Musik führte durch neue Dimensionen. Mit dem Einsatz von Elektropianos und Keyboards konnte jeder Pianist eine eigene Toneigenschaft übernehmen.

Im Zusammenklang wurde eine orchestrale Imitation kreiert. Das gesamte Programm mit dem Namen «One Blue Sky» nimmt die Zuhörer auf eine Reise mit: Eine Stimme erzählt ihre Geschichte, von einem Weg durch weite Landschaften begleitet.

Ein Zitat des «Götterfunkens» von Beethoven verweist die Zuhörer auf den Himmel und die Hoffnung. Der Weg des Konzertprogramms führt zu einem fre-



Noch bleiben knapp zwei Wochen, bis die Schülerinnen und Schüler der Musikschule Zürcher Oberland nach Japan aufbrechen werden. Foto: Jasmin Schlegel

chen, aber herzlichen japanischen Volkslied, bis sich das letzte Stück «Albatros» wie ein leichter Schleier auf die Erdoberfläche legt.

Ein Gedicht wird zum Projekt

Die Idee trägt ihre Wurzeln im Gedicht «One Blue Sky» von Takeru Masuda, einem 10-jährigen japanischen Schuljungen. Der Erzähler liegt im grünen Gras und schaut in den weichen, blauen Himmel, währenddessen der Wind ihn leicht streichelt. Wo auch Hunger, Not oder Freude liegen, schliesslich haben alle Menschen denselben Himmel über sich. Die Geigerin Noriko Kawamura, eine Partnerin von

Alena Cherny in einem musikalischen Trio, begegnete 2014 diesem Gedicht.

Der Zürcher Walther Giger komponierte auf Basis dieses Gedichts ein Stück. 2017 wurde dieses von Alena Cherny und zwei weiteren Künstlern sowie dem Kinderchor Ishigaki in Japan uraufgeführt. «Dieser Kinderchor hat uns damals sehr beeindruckt», sagt Cherny heute.

Ihre Disziplin und Professionalität wie auch ihre wunderschönen Interpretationen seien bemerkenswert gewesen. Nach dem erfolgreichen Auftritt kehrte das Trio in die Schweiz zurück. Allen Mitgliedern wurde klar, dass sie alles versuchen würden,

um diesen Chor in die Schweiz zu bringen.

Der japanische Kinderchor kam 2019 in die Schweiz. Fünf Konzerte wurden im Vorfeld für den Chor und die Klavierschüler von Cherny organisiert. «Die Kinder haben grossartig gesungen», und das Publikum sei nach dem Auftritt fast schon erschlagen gewesen, berichtet die Klavierlehrerin. Nach dieser grossartigen Erfahrung war diskussionslos klar, dass nun die Schweizer Klavierschüler den Chor in Ishigaki besuchen werden.

Alle Pianisten ihrer Klasse sollten dabei sein, ohne deren Niveau zu berücksichtigen. Jeder sollte die Gelegenheit erhalten,

dies zu erleben. Der Komponist Walther Giger machte es wiederum möglich: Auch einen Triangel hat er für die Kleinsten in die Komposition integriert. Die gesamte Gruppe hatte sich 2020 sehr gut vorbereitet. Doch kurz vor dem Abflug kam der Schock für alle. Die Welt ging in den Lockdown.

Hilfe aus Japan

Im November 2023 wurde der Plan wieder in Angriff genommen. Es wurde eine neue Gruppe zusammengestellt, und Giger arrangierte die Stücke für eine neue Besetzung. Zwei Klaviere, zwei E-Pianos, vier Keyboards, Geige, Viola, Cello, Klarinette, Querflöte und Trompete können nun auftreten. «Das könnte ein bisschen schwierig werden», hatte Cherny gedacht.

Denn die Pianisten sind es nicht gewohnt, in einem Orchester zu spielen. Das Klavier sei in dieser Hinsicht ein «asoziales» Instrument. Aber dieses Projekt helfe, das Klavier sozial zu machen. Von Ishigaki haben Cherny und Kawamura grosse Unterstützung in der Planung und Organisation der Reise erhalten.

Der Konzertsaal und alle Instrumente, die nicht in das Flugzeug passen, wurden vom japanischen Chor organisiert und bereitgestellt. Zum 160-Jahr-Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Japan findet zudem ein Auftritt in der Schweizer Botschaft statt. Aber davor heisst es noch einmal alles geben. Denn am 12. April findet in Wetzikon im Saal der MZO der letzte Auftritt statt. Ein Konzert als Hauptprobe sozusagen.

Die Hauptprobe für die Japan-Tournee findet am 12. April um 19 Uhr im Saal der MZO an der Bahnhofstrasse 36 in Wetzikon statt. Kollekte zur Kostendeckung.

Grüne sind gegen Verschiebung von Veloweg

Russikon/Weisslingen An der Mitgliederversammlung der Grünen Russikon-Weisslingen wurde unter anderem das Strassenbauprojekt «Russikerstrasse – Im Berg – Kirchgasse» des Kantons besprochen. Die Grünen unterstützen laut einer Mitteilung die Empfehlung der Baudirektion zu Tempo 30 in der Kernzone. Im Sinn der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung von Lärmemissionen sei diese Massnahme auch auf der Hauptstrasse zielführend.

Hingegen wird die Verlagerung des bestehenden Velowegs vom Trottoir auf die Strasse von den Grünen als Rückschritt in Sachen Sicherheit wahrgenommen. Besonders bei der grossen Steigung auf der Kirchgasse sei das schwach frequentierte Trottoir für den Langsamverkehr die sicherere Verkehrsführung, findet die Partei. Sie wird sich in diesem Sinn beim Tiefbauamt einbringen.

Im gleichen Zusammenhang wurde zur Kenntnis genommen, dass es immer noch keine Verbindung der beiden Eggbrunnweg-Stumpen für Velofahrer und Fussgänger gibt. Mit dieser fehlenden etwa 100 Meter langen Verbindung müsste der Langsamverkehr nicht mehr auf die Kantonsstrasse ausweichen, und damit wäre für grössere Schulwegsicherheit der Rumliker Kinder gesorgt, heisst es in der Mitteilung weiter.

In Weisslingen steht am 15. April die Gemeindeversammlung an. Bei der Mindestabstandsinitiative für Winträder handle es sich, wie auch in Russikon, um eine Verhinderungsinitiative. Es würden erneut Ängste geschürt, um die Windkraft zu verunmöglichen. Mitglieder der Grünen besuchten den Windpark Verenafohren nördlich von Schaffhausen. Etwaige Lärmbedenken hätten ganz konkret widerlegt werden können. «Schon bei 500 Metern Abstand in Windrichtung zum drehenden Windrad war dieses kaum mehr zu hören. Die Vögel übertönten das leise Geräusch bei Weitem», schreiben die Grünen. Sie empfehlen diese Initiative zur Ablehnung. (zo)

Das Berggasthaus Hörnli braucht einen neuen Pächter

Fischenthal Drei Jahrzehnte auf dem Hörnli sind für Pächter Hansruedi Häne genug. Im Sommer schliesst er den Betrieb. Der Kanton sucht jetzt einen Nachfolger.

Das Berggasthaus Hörnli auf dem Gemeindegebiet von Fischenthal ist ein beliebtes Ausflugsziel in der Region. Seit 30 Jahren schaut Pächter Hansruedi Häne auf dem Hörnli zum Rechten und betreibt das Restaurant mit Gartenwirtschaft sowie die Unterkunft mit Massenschlag.

Nach drei Jahrzehnten zieht Häne diesen Sommer einen Schlussstrich. «30 Jahre oder mein halbes Leben war ich hier auf dem Hörnli», sagt der 60-Jährige. Das sei genug. Vor zwei Jahren hat er deshalb den Entscheid gefällt, den Pachtvertrag auslaufen zu lassen.

Auf Häne wartet aber noch eine intensive Zeit. Bis er Ende Juni schliesst, muss er den Betrieb beispielsweise ohne Koch stemmen. Im Juli steht dann der Umzug an.

Der langjährige Pächter verlässt das Hörnli mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Er freut sich noch auf den einen oder anderen «Schwatz» mit Stammgästen. «Es war eine schöne Zeit», resümiert er.

An den Ruhestand denkt er aber noch nicht. «Ich habe noch Pläne», sagt Häne, ohne ins Detail zu gehen.

Ausschreibung ist online

Das kantonale Immobilienamt sucht jetzt nach einem Nachfolger für den langjährigen Pächter. Das Ziel ist es, bis im Herbst die Nachfolge geregelt zu haben.

«Ob Trotti-Vermietung, Schlitteln oder Schneeschuhlaufen – das Hörnli ist für ideenreiche und motivierte Gastgeber eine einmalige Chance», lässt sich Roxane Widmer vom Immo-



Sein halbes Leben hat er hier verbracht, jetzt zieht «Hörnli»-Pächter Hansruedi Häne einen Schlussstrich. Foto: PD

bilienamt in einer Mitteilung zitieren. Die Ausschreibung für das «traditionelle Bergrestaurant im Zürcher Oberland» ist auf der Plattform Homegate aufgeschaltet. (bes)

Start der Bauarbeiten nächsten Montag an der Hüblistrasse in Wald

Wald Die Bauarbeiten an der Hüblistrasse in Wald im Abschnitt zwischen Tüfi und der Kantonsgrenze beginnen am Montag, 15. April, und dauern bis Ende Oktober 2024. In drei Bauetappen werden der Fahrbelag, die Randabschlüsse sowie teilweise die Fundationsschicht und Entwässerungsleitungen ersetzt.

Die Strasse wird teilweise oder vollständig gesperrt werden. Die Vollsperrung findet während einer Woche, voraussichtlich Ende Oktober 2024, statt. Wie die Gemeinde Wald in einer Mitteilung schreibt, erfolgt die Abfallentsorgung in dieser Zeit wie gewohnt. Fussgänger und Radfahrer würden die Baustelle mit gebotener Vorsicht passieren können. (alk)

In Uster soll es bald neue 30er- und 20er-Zonen geben

Uster Seitens der Bevölkerung wurde für den Perimeter Werrikerstrasse, Böschstrasse, Stäpflistrasse und Rietweg eine Petition eingereicht, welche die Einführung einer Tempo-30-Zone fordert. Die Sicherheit, das Sicherheitsgefühl und damit die Wohnqualität sollen dadurch verbessert werden.

Ausserdem soll auf der Kleinjogg-Strasse, der Chammerholz-

strasse und der Hintergasse eine Begegnungszone mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 20 km/h umgesetzt werden.

Auf Antrag der Stadt Uster hat die Kantonspolizei Zürich die Verkehrsanordnungen verfügt, gegen die innert 30 Tagen, von der Publikation an gerechnet, bei der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich Rekurs erhoben werden kann. (alk)

Bodenpreise treiben Mieten hoch

Preisvergleich Vier Beispiele zeigen, wieso gemeinnützige Wohnungen in der Stadt Zürich nicht günstig sein müssen. Der Grund: Die Berechnung der sogenannten Kostenmiete.

Patrice Siegrist

Die Unterschiede sind frappant. Zurzeit vermietet die Stadt Zürich 369 Neubauwohnungen direkt neben dem Leutschenpark in Zürich-Nord. Eine 4,5-Zimmer-Wohnung kostet inklusive Nebenkosten 1830 bis 1965 Franken im Monat.

In einigen Jahren wird die Stadt Zürich Mieterinnen und Mieter für rund 370 Wohnungen auf dem Harsplen-Areal in Witikon suchen. Die Mieten für eine 4,5-Zimmer-Wohnung dürften dort aber zwischen 2700 und 2900 Franken betragen (exklusive Nebenkosten), wie grobe Schätzungen dieser Redaktion und der Stadt Zürich zeigen. Das sind rund tausend Franken mehr. Und das, obwohl für beide Siedlungen die sogenannte Kostenmiete gilt, also eine Miete, die nur die laufenden Kosten deckt, aber keine Rendite abwerfen darf.

Wie kann das sein? Eine einfache Antwort: der Bodenpreis.

Günstig ist nur eine Wohnung

Ein wichtiger Bestandteil bei der Berechnung der Kostenmiete ist der Landpreis. Ist dieser hoch, schlägt das voll auf die Miete durch.

Der Vergleich zwischen Harsplen und Leutschenbach zeigt, wie stark der Einfluss des Bodenpreises ist. Bei beiden Projekten gibt es fast identisch viele Wohnungen, doch der Bodenpreis ist wohl um das Fünffache höher. Während er beim städtischen Areal Leutschenbach mit rund 35 Millionen zu Buche schlägt, dürfte er gemäss Schätzungen dieser Redaktion für das im März von der Stadt erworbene Areal Harsplen wahrscheinlich über 190 Millionen Franken betragen.

Was bleibt: Beide Siedlungen gelten als gemeinnützig, in beiden liegen die Mieten deutlich unter dem von Statistik Stadt Zürich erhobenen Marktmietpreis für private 4,5-Zimmer-Neubauwohnungen von 3671 Franken (inklusive Nebenkosten) – aber günstig ist nur eine.

2750 Franken für 3,5 Zimmer in Höngg

Der Harsplen-Leutschenbach-Vergleich ist kein Einzelfall. In den vergangenen Jahren sind fast alle Parameter zur Berechnung der Kostenmiete gestiegen. Das zeigen auch zwei Beispiele der gemeinnützigen Stiftung PWG: Eine 3,5-Zimmer-Wohnung liegt in Höngg, eine andere in Witikon. Die Wohnung in Höngg kam eben erst auf den Markt und kostet 2750 Franken (66 Quadratmeter, inklusive Nebenkosten). Jene in Witikon kostete beim Erstbezug im Jahr 2020 1960 Franken (80 Quadratmeter).

«Die beiden Beispiele zeigen, dass die Kostenmiete je nach Ausgangslage und Umständen eben zu sehr unterschiedlich hohe Mieten führen kann», sagt Andreas Gysi, Geschäftsführer der Stiftung PWG. So sei das Projekt in Höngg klein, baulich herausfordernd gewesen, und die Stiftung habe viel für das Land bezahlen müssen.

Das Projekt in Witikon ist grösser und weniger anspruchs-



Hohe Mieten trotz Kostenmiete: Der Neubau der gemeinnützigen Stiftung PWG in Zürich-Höngg. Foto: Urs Jaudas

voll, der Landpreis tief. Zudem: Als das Haus in Witikon 2020 bezogen werden konnte, waren fast alle Parameter zur Berechnung der Kostenmiete günstiger. Die Baukosten und die Gebäudeversicherungswerte (um 16 Prozent seit dem Jahr 2022) sind gestiegen.

Auch der Referenzzinssatz ist zurzeit 0,5 Prozentpunkte höher als 2022. Und auch dieser hat – wie der Landpreis – einen starken Effekt auf die Kostenmiete. Schätzt man die Harsplen-Wohnungspreise mit dem tieferen Referenzzinssatz von 1,25 (Stand 2020), wären die Wohnungsmie-

ten über 400 Franken günstiger, also rund ein Sechstel tiefer, wie Berechnungen dieser Redaktion zeigen.

AL will subventionierte Wohnungen

Auf viele dieser Faktoren hätten die gemeinnützigen Vermieter nur beschränkt Einfluss, sagt Gysi von der Stiftung PWG. Die Folge: Es könne sein, dass Mieten von gemeinnützigen Wohnungen beim Erstbezug nicht wesentlich unter den Marktmieten lägen, besonders wenn das Land zu Marktpreisen erworben worden sei. Längerfristig wer-

de das aber anders sein, sagt Gysi. Gemeinnützige Bauträger würden die Wohnungen der Spekulation entziehen und verzichten auf Gewinn, das schaffen und erhalte preisgünstigen Wohnraum.

Dieses Argument wiederholt die städtische Linke – insbesondere die SP – seit Jahren. Die Logik: Was heute eine teure Miete ist, ist morgen bereits wieder relativ günstig.

Für jene, die unmittelbar eine günstige Wohnung suchten, sei das ein schwacher Trost, argumentiert die AL. Deshalb forderte die Partei bereits unmittelbar nach dem Harsplen-Kauf durch die Stadt Zürich subventionierte Wohnungen, etwa durch die städtischen Stiftungen Alters- und Familienwohnungen.

Ganz so einfach ist das aber nicht. Der Grund: wieder der Bodenpreis.

Für subventionierte Wohnungen gibt es klare Regeln. Stadt und Kanton sprechen nur zinslose Darlehen für ein Projekt, wenn der Landpreis viermal tiefer ist als die gesamten Baukosten. Auf dem Harsplen-Areal ist das Verhältnis aber nicht 1:4, sondern eher 5:4.

Für solche Fälle hat die Stadt jüngst einen 300 Millionen Franken grossen Wohnraumfonds beschlossen. Im Sommer 2023 hat ihn die Stimmböschung gutgeheissen. Mit diesem Geld könnte die Stadt auf dem Hars-

plen-Land einen Millionenabschreiber möglich machen, um die Subventionsvoraussetzungen zu erfüllen. Doch der Fonds existiert erst in der Theorie. Laut dem Finanzdepartement sollte er ab Anfang des kommenden Jahres bereitstehen.

Gemäss Schätzungen dieser Redaktion müsste das ein mittlerer zweistelliger Millionenbetrag sein, wenn ein Drittel der Wohnungen subventioniert würde, wie das die AL fordert.

Viel Geld, doch Tanja Maag Sturzenegger – Co-Fraktionspräsidentin der AL – sagt, das Geld sei vorhanden: «Allein die Grundstückgewinnsteuern, welche die Stadt mit den Harsplen-Verkäufen einnimmt, dürften ebenfalls ein zweistelliger Millionenbetrag sein.»

Kritische Fragen im Gemeinderat

Würde die AL mit ihrer Forderung durchdringen, würde eine subventionierte 2,5-Zimmer-Alterswohnung in Harsplen wohl um die 1200 Franken kosten, eine 4,5-Zimmer-Wohnung rund 1700 Franken – also fast gleich viel wie heute die Wohnung zur Kostenmiete im Leutschenbach. Die Stadt prüft zurzeit den Projektumfang im Detail. Detaillierte Miet- und Kostenschätzungen würden daher noch nicht vorliegen, sagt ein Sprecher des Finanzdepartements auf Anfrage.

Zu möglichen Abschreibungen, zukünftigen Mieten, dem hohen Landpreis und den Hintergründen des Harsplen-Kaufs haben die Bürgerlichen im Gemeinderat und im Kantonsrat kritische Fragen eingereicht. Die Antworten stehen noch aus.

Wie die Redaktion die Kostenmiete geschätzt hat

Für die Berechnung der Kostenmiete verrechnet man den Land- und den Baupreis mit dem Referenzzinssatz, dem Gebäudeversicherungswert und einer Quote, welche die Auslagen für die Betriebs-, Unterhalts- und Verwaltungskosten decken soll. Dieses Total verteilt man anteilmässig auf die Wohnungen eines Projekts. Dazu verwendet man das Punktesystem der kantonalen Wohnbauförderung, das die Gewichtung vorgibt. Eine 3,5-Zimmer-Wohnung zählt zum Beispiel 8, eine 4,5-Zimmer-Wohnung 9,5 Punkte.

Für die Harsplen-Schätzung wurde der Wohnungsmix des Swisscanto-Projekts verwendet, wie er aus dem Stadtratsbeschluss hervorgeht. Für Boden- und Projektkosten mussten aufgrund von öffentlichen Informationen und Recherchegesprächen grobe Annahmen getroffen werden. So rechneten wir verschiedene Szenarien für Land- und Projektkosten. (sip)

Bodenpreis und Referenzzins beeinflussen die Miete

Geschätzte monatliche Netto-Mietpreise für eine gemeinnützige 4,5-Zimmer-Wohnung in einer Siedlung mit 373 Wohnungen

Bodenpreis in Mio.	Zinssatz in %		
	1,25	1,50	1,75
25	1770	1888	2005
50	1854	1989	2123
75	1938	2090	2241
100	2022	2190	2359
125	2106	2291	2476
150	2190	2392	2594
175	2275	2493	2712
200	2359	2594	2830

Kostenschätzung mittels Punkten gemäss kantonalen Wohnbauförderung für den Wohnungsmix des Swisscanto-Projekts auf dem Harsplen-Areal (150 Millionen Franken Baukosten).

Grafik: sip, db / Quelle: Eigene Berechnungen

Lehrpersonen sind treu und haben tiefe Pensen

Daten zu Zürcher Schulen Oft heisst es, dass alle Lehrerinnen und Lehrer nur Teilzeit arbeiteten und früh aus dem Beruf ausstiegen. Neue Zahlen zeigen ein differenzierteres Bild.

Pascal Unternährer

Die Klagen sind alt: An den Schulen haben die Kinder und die Jugendlichen immer mehr verschiedene Lehrerinnen und Lehrer. Der Grund dafür ist, dass viele Lehrpersonen nicht mehr Vollzeit arbeiten wie früher, sondern Teilzeit. Das widerspricht der pädagogischen Leitlinie, dass die Schülerinnen und Schüler möglichst wenige, dafür klare Bezugspersonen haben sollen. Gerade mit der zunehmenden Heterogenität der Klassen wird dieser Aspekt immer wichtiger.

Die Tendenz der zunehmenden Anzahl Lehrpersonen für eine Klasse hat sich über die Jahre verstärkt. Eine Hauptursache ist, dass der Lehrberuf immer weiblicher wurde. Frauen arbeiten eher Teilzeit als Männer, vor allem in der Lebensphase, in der sie selbst Kinder haben.

Anreizsystem für höhere Pensen

Politisch gibt es Druck für eine Trendumkehr. So hat beispielsweise die FDP im Kantonsrat einen Vorstoss lanciert, der höhere Pensen finanziell belohnen und das heutige Mindestpensum von 35 Prozent erhöhen möchte. Der FDP-Erstunterzeichner Marc Bourgeois stellt fest, dass in der Bildungsdirektion drei Viertel der Angestellten Teilzeit arbeiten, während diese Quote beim übrigen Staatspersonal ein knappes Drittel beträgt. Der durchschnittliche Beschäftigungsgrad liege in der Bildung weit unter jenem der übrigen kantonalen Angestellten, bei denen der Wert 90 Prozent beträgt.

Jetzt hat die Bildungsdirektion von Silvia Steiner (Mitte) reagiert und gestern aktualisierte Zahlen publiziert, welche die Schuljahre 2016/17 bis 2023/24 beschreiben. Und tatsächlich ist der durchschnittliche Beschäftigungsgrad im Lehrberuf relativ tief. Ausserdem ist er auch leicht gesunken: In der siebenjährigen Periode hat er von 71 auf 69 Prozent abgenommen.

Die Statistik zeigt, dass das Pensum der Junglehrerinnen und -lehrer bei rund 80 Prozent liegt. Ab dem 35. Altersjahr sinkt es auf etwas über 60 Prozent, mit dem Alter steigt es wieder auf



Lehrer haben in jungen Jahren ein tieferes Arbeitspensum als Lehrerinnen. Ab dem Alter von 31 Jahren ändert sich dies. Foto: Keystone

rund 70 Prozent. Die Pensenentwicklung der Lehrerinnen ist sehr ähnlich wie das Total, da viel mehr Frauen im Beruf arbeiten als Männer.

Bemerkenswert sind dabei die Anfangsjahre: Bis zum Alter von 31 Jahren arbeiten die Frauen in höheren Pensen als die Männer. Deren Arbeitspensum pendelt

sich in der Folge bei 80 Prozent ein. «Der Lehrberuf ist für Frauen attraktiv, die während der Familienphase das Pensum reduzieren und danach wieder

stärker einsteigen», sagt Myriam Ziegler. Laut der Volksschulamtschefin ist die Bildungsdirektion generell an möglichst hohen Pensen interessiert. Das sei administrativ und pädagogisch besser.

«Die Teilzeitkultur schreitet voran»

FDP-Bildungspolitiker Bourgeois fühlt sich durch die neuen Zahlen bestätigt: «Die Teilzeitkultur schreitet voran, die Zürcher Lehrpersonen arbeiten immer weniger», sagt er. Diese könnten sich das auch leisten, weil sie um ein Viertel mehr verdienen als die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Deutschschweizer Kantonen. Vor allem die Jungen, welche noch keine Betreuungsaufgaben haben, könnten in höheren Pensen arbeiten, findet Bourgeois.

Nun gelte es, das brachliegende Potenzial besser auszuschöpfen,

denn die Ausbildung der Lehrkräfte koste die Steuerzahlenden viel. «Wenn die Lehrerinnen und Lehrer ihre Pensen um durchschnittlich 10 Prozent steigern würden, hätten wir keinen Lehrpersonenmangel», sagt Bourgeois.

Fast 80 Prozent bleiben im Job

Erfreulich sind die neu erhobenen Daten bezüglich der Treue zum Beruf. 79 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer, die 2016/17 an der Zürcher Volksschule arbeiteten, sind nach sieben Jahren immer noch im Amt. Fast die Hälfte arbeitet sogar noch im selben Schulhaus, während ein Drittel die Gemeinde oder das Schulhaus gewechselt hat. «Der Mythos, dass nach fünf Jahren alle Lehrpersonen wieder weg sind, ist damit widerlegt», sagt Myriam Ziegler. Zumal gemäss Bundesamt für Statistik weniger als die Hälfte jener Personen, die eine Berufslehre gemacht haben, nach fünf Jahren noch im erlernten Beruf ist.

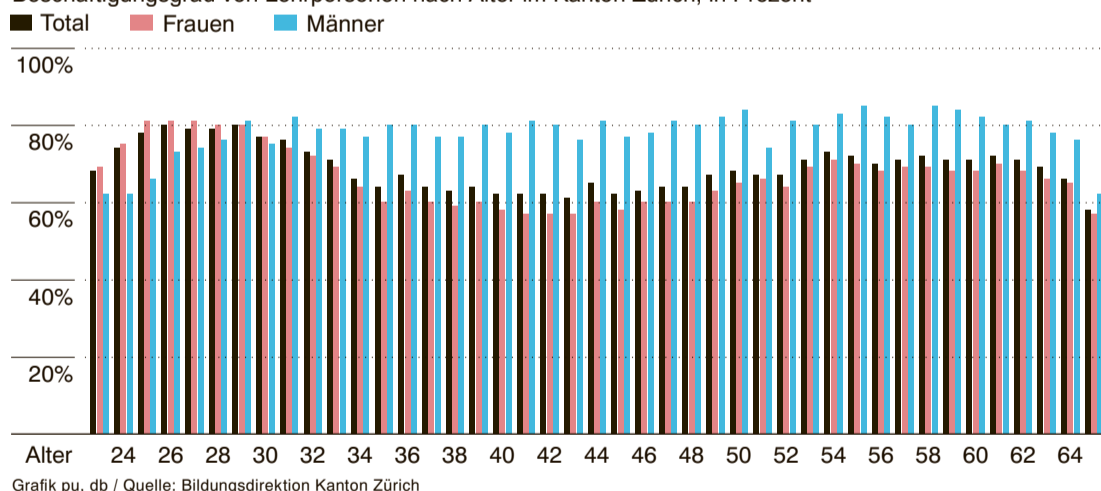
Trotzdem ist der Verlust von rund einem Fünftel der Lehrpersonen an andere Branchen im Schweizer Vergleich recht hoch. Für die anderen Kantone gibt es nur Zahlen für die fünfjährige Periode von 2015/16 bis 2020/21. In dieser Statistik liegt die Treuquote bei 90 Prozent und in der Romandie sogar bei 93 Prozent, während sie in Zürich bloss 83 Prozent beträgt.

Die Volksschulamtschefin Myriam Ziegler erklärt diesen Umstand mit dem urbanen und vielfältigen Kanton Zürich, der viele andere Möglichkeiten biete. Auch der Fachkräftemangel in zahlreichen Branchen habe Auswirkungen auf das Schulumfeld. Für Myriam Ziegler zeigten die Zahlen allerdings vor allem eins: «Der Lehrberuf ist im Kanton Zürich attraktiv.»

Dass über 3000 von insgesamt 18'500 Lehrerinnen und Lehrern ein Pensum von 35 Prozent oder weniger haben, obwohl der Beschäftigungsgrad laut Gesetz «in der Regel mindestens 35 Prozent» betragen soll, begründet Myriam Ziegler mit dem Lehrpersonenmangel. In der Not verteilen die Schulgemeinden auch Kleinpensen.

In jungen Jahren und nach der Familienphase arbeiten die Lehrerinnen mehr

Beschäftigungsgrad von Lehrpersonen nach Alter im Kanton Zürich, in Prozent



Grafik pu, db / Quelle: Bildungsdirektion Kanton Zürich

Die Renovierung des Unispitals wird deutlich teurer als geplant

Zukunftspläne des USZ Das Spital will den finanziellen Zusatzaufwand allein stemmen – mithilfe der Digitalisierung.

Die erste schlechte Nachricht: Das Universitätsspital Zürich schrieb im Jahr 2023 ein Defizit von 49 Millionen Franken, dies bei einem Umsatz von rund 1,6 Milliarden Franken. Das Minus ist wie bei vielen anderen Schweizer Spitälern dadurch entstanden, dass die Teuerung und der Fachkräftemangel mehr Kosten verursacht haben, als mit den Tarifen gedeckt wurden. Diese Zahlen publizierte das USZ am Dienstag.

An der Medienkonferenz einen Tag später kam noch eine weitere schlechte Nachricht: Die erste Renovationsetappe des Generationenprojekts Gesamtrenovierung USZ ist mit 950 Mil-

lionen Franken um 150 Millionen Franken teurer als ursprünglich geplant. Vor allem die Teuerung, welche sich auf die Arbeit und Baumaterialien niedergeschlagen habe, habe die Kosten in die Höhe getrieben, sagte Spitalratspräsident André Zemp. Was dem Spital ausserdem jährlich Löcher ins Budget frisst, ist, die aktuellen USZ-Gebäude in Schuss zu halten. Diese stehen zum Teil unter Denkmalschutz, was die Sanierung aufwendiger, komplexer und teurer macht. Zemp nannte ein Beispiel: «Als wir die Fenster an der Rämistrasse renoviert haben, mussten wir laut Vorschriften des Denkmalschutzes dafür Holz von einer bestimmten Fich-

te nehmen, die auf mindestens 1000 Metern über Meer wächst.» Letztes Jahr investierte das USZ 52 Millionen Franken in solche Sanierungen, im Jahr davor waren es 63 Millionen Franken.

«Das gehört fast schon in den Schwankungsbereich»

Beide schlechten Nachrichten versuchte die Spitalleitung im Verlauf der Medienkonferenz zu relativieren. Die 49 Millionen Franken Defizit entsprächen nur 3 Prozent des 1,6-Milliarden-Umsatzes. «Das gehört schon fast in den Schwankungsbereich», sagte Finanzchef Remo Inglin. Er plant, in den nächsten fünf bis sechs Jahren wieder in eine Ge-

winnzone zu kommen, insbesondere nachdem das Spital in die Digitalisierung investiert und ein neues digitales Zentralspitalsystem (KIS) beschafft habe. Bis Ende Jahr läuft die Ausschreibung für ein solches System. Mit Beispielen erklärte CEO Monika Jänicke, wie es dem USZ wieder zu schwarzen Zahlen verhelfen soll. Einerseits soll unnötige Bürokratie wegfallen. Anstatt dass Ärztinnen und Ärzte lange Berichte verfassen müssten, sollten das die Computer übernehmen, sodass der Arzt oder die Ärztin nur noch kontrollieren müsse, sagte sie. Ein gutes System könne auch Ineffizienzen beseitigen. «Patientinnen und Patienten sol-

len online Termine vereinbaren können und nicht mehr einen Brief mit Vorschlägen nach Hause bekommen.»

Ein dritter und entscheidender Punkt: Die Digitalisierung soll helfen, den Fachkräftemangel abzufedern. Wie viel Personal ein gutes KIS aber ersetzen könne, habe das Spital noch nicht berechnet. «Das ist die Millionen-Dollar-Frage», sagte Jänicke. Was das Spital auch noch nicht weiss, ist, wie viel ein neues KIS kosten wird.

Kann das die Digitalisierung leisten? Das USZ möchte in Zukunft eine sogenannte Ebitdamarge von zehn Prozent erreichen. Diese Marge zeigt die ope-

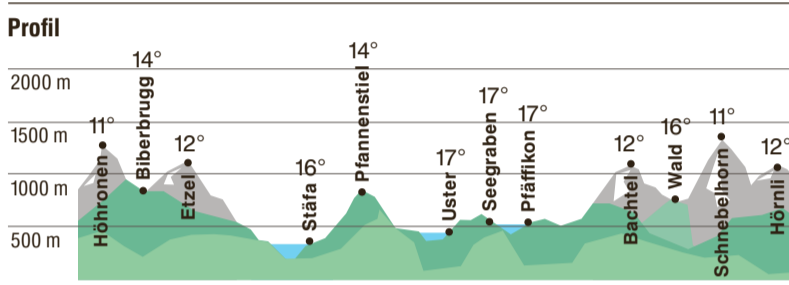
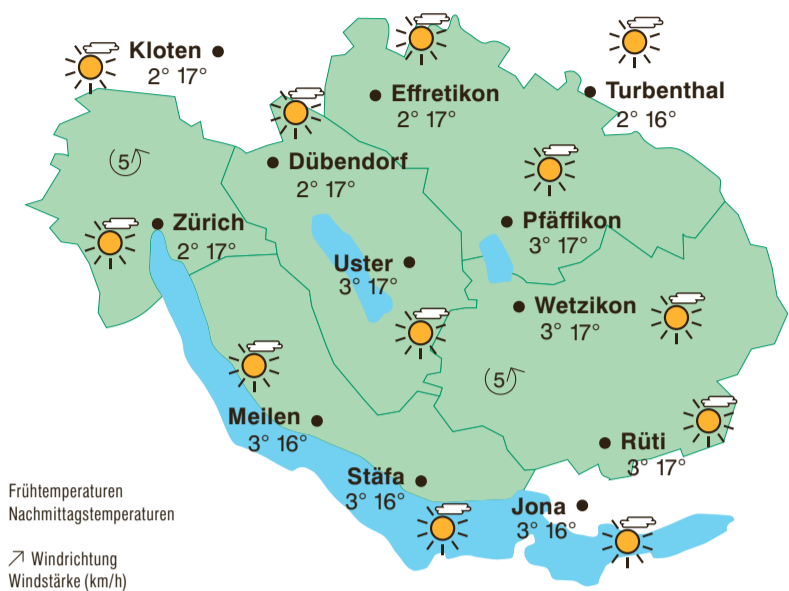
rative Leistungsfähigkeit eines Spitals. Nach der Bekanntgabe des Defizits am Dienstag sagte der Gesundheitsökonom Matthias Maurer gegenüber dieser Redaktion, dass dies ein sehr sportliches Ziel sei. Im letzten Jahr habe keines der Spitälern eine solche Marge erreicht.

CEO Jänicke sagte gestern: «Wir wollen die 10 Prozent erreichen und erwarten nicht, dass der Kanton uns Geld gibt.» Ihr sei bewusst, dass die Marge nicht heute oder morgen erreicht werde, aber es sei die Aufgabe der Spitalleitung, mittelfristig das Ziel zu erreichen.

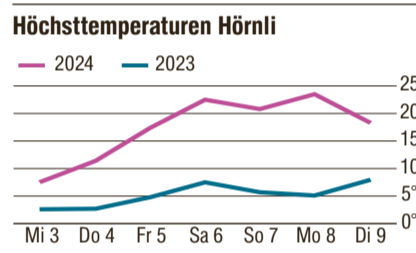
Sabrina Bundi

Service

Zürcher Oberland heute



Biowetter/Schadstoffe	gering	mässig	gering
Herz/KL	gering		
Migräne	gering		
Rheuma	mässig		
Nerven	gering		
Feinstaub	gering		
Stickoxide	gering		
Ozon	mässig		



Sonnig und am Nachmittag sehr mild

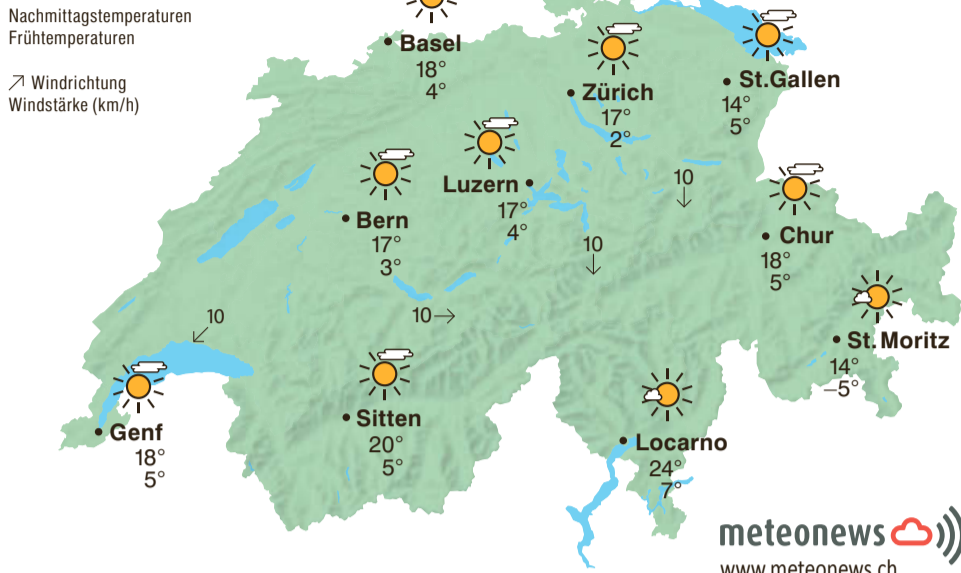
Allgemeine Lage: Bis am Sonntag wird unser Wetter von einem Hochdruckgebiet bestimmt, welches sich in den folgenden Tagen zum Alpenraum verlagert. Die Luftmassen sind dabei recht trocken und bis zum Wochenende zunehmend warm.

Region heute: Der heutige Tag steht ganz im Zeichen von viel Sonnenschein. Abgesehen von ein paar hohen Wolken und kleinen Quellwolken ist der Himmel vielfach strahlend blau. Nach einem frischen Start wird es am Nachmittag angenehm mild.

Aussichten: Auch morgen und am Wochenende bleibt uns das ruhige Hochdruckwetter erhalten. Abgesehen von gelegentlichen Schleier- und Quellwolken dominiert die Sonne. Die Höchstwerte steigen weiter an.

Messwerte Hörnli	Regen/24h	06:00	12:00	18:00
04.04.	1.9	6.5°	11.0°	9.6°
05.04.	0.0	11.2°	16.5°	15.1°
06.04.	0.0	13.1°	18.7°	21.4°
07.04.	0.0	14.9°	17.8°	18.1°
08.04.	0.0	16.5°	21.2°	17.4°
09.04.	2.8	11.3°	3.0°	0.5°
10.04.	-	0.9°	-	-

Heute in der Schweiz



Aussichten	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch
Alpen Nordseite	20° 5°	25° 7°	25° 10°	15° 10°	12° 6°	12° 5°
Alpen 1500 m. ü. M.	16° 1°	18° 2°	18° 3°	9° 4°	6° 2°	6° 2°
Alpen Südseite	24° 8°	27° 9°	27° 10°	22° 11°	20° 10°	20° 8°
Wahrscheinlichkeit	90%	85%	80%	75%	70%	65%

Wintersportbericht

Skigebiet	Pistenzustand	Schneehöhen (Tal/Berg)	Anlagen (offen/gesamt)
Atzmännig	-	-	-
Hoch-Ybrig	pulver	30/60	4/13
Flumserberg	keine Meldung	0	0/17
Pizol	Saisonschluss	0	0/12
Davos	hart	4/239	10/46
Braunwald	keine Meldung	20/250	1/11
Elm	nass	0/150	1/6

Warnkarte heute



Zinsen und Hypotheken

Neu lancierte Frankenemissionen

Valor, Emittent, Federführer, Rating	Betrag in Mio. Fr.	Laufzeit Jahre	Zins in %	Aufn. Börsenhandel	Liberalisierung	Briefkurs	Rendite in %
130 611 711 Pfandbriefzentrale Serie 583 (SKB) AAA/---1	187	7,8	1,4	12.04.	15.04.	101,13	1,34
131 996 861 Pfandbriefzentrale Serie 590 (SKB) AAA/---1	437	10,6	1,4	12.04.	15.04.	100,61	1,42
131 996 862 Pfandbriefzentrale Serie 591 (SKB) AAA/---1	364	13,9	1,4	12.04.	15.04.	10,82	1,41
133 724 897 Kanton Bern (LUKB/RAIFF/ZKB) ---/---	200	15	1,2	18.04.	22.04.	100,46	1,25
134 255 104 Valiant Bank (ZKB/VAL) Aaa/---	400	8	1,55	22.04.	23.04.	100,56	1,55
131 996 864 Schaffhauser Kantonalbank (ZKB/SHKB) ---/---	200	12	1,5	24.04.	25.04.	101,03	1,46
14 714 436 Pfandbriefbank Serie 562 (RAIFF/UBS) Aaa/---1	305	3,7	1,5	24.04.	26.04.	101,08	1,25

Stand der Börsenwerte am 10.4., ohne Gewähr.



Variable Hypothek	2,75
Festhypothek 2 Jahre	2,38
Festhypothek 5 Jahre	2,41
Festhypothek 10 Jahre	2,42

SIX-Immobilienfonds (Auswahl)

	Volumen in Stk.	Kurs 10.4.	±% 10.4.	±% 2024
Bonhote Immo.	9591	151,5	-1,0	+9,8
CS REF Interswiss	12 176	178,5	-0,8	+9,5
CS REF LivingPlus	23 276	149	-1,0	+3,8
SIAT Immo.-Anteile	21 288	222	-1,8	+4,7
FIR	4055	225	-0,4	+6,1
Immo Helvetic	6934	215	-1,4	+5,9
Immofonds	1526	562	-2,1	+8,2
Patrimonium Swiss REF	8774	172,5	-2,0	+4,2
Procimmo	5950	147,5	-0,7	+1,7
Realstone	10 645	128,5	-1,2	+3,6
Rothschild SICAV	28 477	145	-2,4	+6,2
Schroder Immo+	13 941	159,5	-1,5	+5,6
Solvalor G1	3690	293	-2,0	+1,7
Swisscan IFCA	5742	171,5	-1,4	+8,5
Swissinvest	2161	196	-0,8	+6,5
UBS Direct Res.	50 692	19,25	-1,5	+9,4
UBS Anfos	19 188	87,8	-1,3	+7,6
UBS Foncipars	10 422	136,5	-0,7	+9,2
UBS Sima	53 221	142	-2,1	+5,6
UBS Swissreal	9464	67,2	-0,9	+8,7

Obligationen (Auswahl)

Zins	Titel	Verfall	Rend. in %	Kurs 10.4.
Inland				
2	Eidg.	06.2064	0,6	150,35
1,25	Eidg.	06.2037	0,7	107,14
1,5	Eidg.	04.2042	0,7	114,04
0,5	Eidg.	05.2058	0,6	95,87
1,63	Engadiner KW	04.2024	1,6	100,00
0,02	KB ZH	08.2027	1,3	95,85
2,63	OC Oerlikon	06.2024	2,4	100,04
0,25	Pfandbriefzentr. S495	05.2026	1,3	97,83
0,5	CH Eidgenossenschaft	06.2045	0,7	96,52
Ausland (Verrechnungssteuerfrei)				
0,75	Apple	02.2030	1,1	98,10
1,75	BNP Paribas	06.2025	1,6	100,19
0,1	Can. Imp. Bk of Com.	04.2025	1,3	98,74
0,45	De Bahn Fin. GmbH	11.2030	1,2	95,30
1,13	EBN	07.2024	1,7	99,88
0,65	EDF	10.2028	1,5	96,15
1,63	EIB	04.2026	1,0	101,15
0,63	LGT Bank	11.2025	1,3	98,90
0,88	Shell Int Fin	08.2028	1,2	98,65



Aktuelle Kurse jetzt auf www.fuw.ch/boerse

Rabenaus wundersame Erlebnisse



Leserbriefe

Finanzen der Schweiz

«Gewalt spielt sich innerhalb eines Milieus ab», Ausgabe vom 27. März

Drei Journalisten ermittelten, wo sich hauptsächlich die Kriminalität der schweren Gewalt ergibt, und kamen zum Schluss, dass Asylbewerberinnen fast viermal so häufig vergewaltigt werden wie Schweizerinnen. Leider fehlt im erwähnten Bericht, was die Folgen für die 1820 Opfer der schweren Gewalttaten sind. Je nach Fall dürfte ein grosser medizinischer Aufwand folgen.

Dass sich Journalisten erlauben, nach Bevölkerungsgruppen aufzuteilen, empfinde ich als Frechheit. Grundsätzlich haben wir in der Schweiz allen Verletzten zu helfen. Aber nun haben wir ein grosses Problem. Die 1,8-Millionen-Zuwanderung in den letzten 20 Jahren bringt die Schweiz bei allem an den Anschlag, und leider sind die Türen zur Schweiz immer noch offen. 110 Millionen Men-

schen möchten weltweit ihren Wohnsitz verändern.

Einige Zahlen zum Nachdenken: Die Welt hat 8,1 Milliarden Bewohner, wir belasten sie mit einem Schadstoffanteil von einem Prozent. Europa hat 746,6 Millionen Einwohner, davon die EU 443 Millionen mit 27 Mitgliedstaaten, davon nur 5 Nettowähler, die Schweiz wäre der 6., und der Lebensstandard würde sich dem tieferen EU-Standard anpassen. Wir sind das beliebteste Einwanderungsland Europas und werden künftig enorme Sozialhilfen zu bezahlen haben, wovon ein Teil nach Afrika und Asien fliessen wird. Gegenwärtig sind die Kosten 4,1 Milliarden, doch sollen sie mit den Gemeinden um 11 Milliarden betragen.

Die Finanzen der Schweiz wackeln, da es vermehrt Parlamentarier und Bundesräte gibt, die das Geld ohne Gegenwert zum Fenster hinauswerfen, ohne dass die Einnahmen vorhanden sind. **Adolf Meier, Wermatswil**

Wir hören gar keine Krähen

«Der Lärm ist auf Dauer kaum auszuhalten», Ausgabe vom 30. März

Leserbrief «Krähenplage», Ausgabe vom 5. April

Der Aussage von Roger Gillard in seinem Leserbrief können wir nur beipflichten. Wir erleben in Bauma ebenfalls an jedem schönen Tag den gleichen Terror wie Herr Gillard in Egg.

Bei schönem Wetter wird jeden Abend und an den Wochenenden den ganzen Tag durch unser Dorf gebrettert, um zur Sternbergstrasse oder zur Hultfegg zu gelangen. Vorher wird aber noch mit aufheulenden Motoren die Tankstelle angefahren, um zu tanken und die lärmenden Autos in der Waschanlage auf Hochglanz zu bringen (auch am Sonntag). Die Motorradgruppen, welche auf der Rückfahrt sind, treffen sich dann an der Tankstelle, um lauthals über ihre doch so tolle Fahrt zu diskutieren. Dabei

wird auch kräftig Standgas gegeben, um zu hören, welches der Bikes denn nun lauter tönt.

Fazit: Wir können gar keine Krähen hören und auch keine Elstern oder andere Vögel, denn offene Fenster oder Aufenthalte auf dem Balkon sind unmöglich oder nur für ganz kurze Momente erträglich. Wir möchten aber nicht unerwähnt lassen, dass es auch Motorradfahrer gibt, die wissen, wie man sich benimmt, und auf keinen Fall mit der lärmenden Horde in Verbindung gebracht werden dürfen.

Maja Hodel und Raymond Krüttli, Bauma

Artikelbezug angeben

Viele Leserbriefe beziehen sich auf einen Artikel, der im ZO/AvU erschienen ist. Der Redaktion wird die Arbeit erleichtert, wenn der exakte Titel dieses Artikels sowie das Erscheinungsdatum genannt werden. (zo)

Politik & Wirtschaft



Hoch über dem Vierwaldstättersee und mit allem erdenklichen Komfort ausgestattet: Das Bürgenstock-Resort. Hier soll am 15. und 16. Juni eine Friedenskonferenz zur Ukraine stattfinden. Foto: PD

«Dann wäre das ein grosser Sprung»

Schweizer Friedensforscher Über hundert Staatschefs wollen Ignazio Cassis und Viola Amherd in die Schweiz holen, um über Frieden zu debattieren. Kann das funktionieren? Laurent Goetschel ordnet ein.

Cyrill Pinto

Seit Wochen war über die Ukraine-Friedenskonferenz in der Schweiz spekuliert worden, jetzt ist klar: In wenigen Wochen steht die Schweiz im Fokus der internationalen Diplomatie. Am 15. und 16. Juni wird auf dem Bürgenstock, hoch über dem Vierwaldstättersee, über einen Frieden in der Ukraine gesprochen – so zumindest lauten die Pläne von Bundespräsidentin Viola Amherd und Aussenminister Ignazio Cassis, die den Friedensgipfel gestern der Öffentlichkeit vorstellten. Über hundert Staaten will das Duo in die Inner- und Aussenministerien einladen.

Laurent Goetschel ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung (Swisspeace), er hat die Ankündigung des Bundesrats zur Friedenskonferenz verfolgt. Goetschel sieht es sehr positiv, dass die Schweiz «dieses Wagnis eingetht und nach ersten Abklärungen diese Konferenz nun definitiv organisieren will».

Hoffentlich werde die Schweiz nicht nur Standort für die Konferenz sein, sondern sich auch inhaltlich einbringen. Das diplomatische Engagement sei sehr wichtig für die Schweiz und ihre Stellung international, so Goetschel. Doch die Konferenz bringe auch Risiken inhaltlicher Natur: «Für die Konferenz und die Schweiz als Organisatorin wäre es sehr schlecht, wenn sie einfach als Plattform für ukrainische Positionen agieren würde», so Goetschel.

Wichtig und erfreulich sei, dass auch Länder wie China, Indien oder Südafrika ihre Teilnahme an der Konferenz signalisiert hätten, sagt Goetschel. Sie würden Positionen einbringen, die sich von denen des Westens unterscheiden und die auch eine Annäherung an einen Frieden ermöglichen. «Wenn sich hundert Länder über wichtige Eckpunkte einigen könnten, dann wäre

das ein grosser Sprung», so Goetschel. Das mache noch keinen Frieden, aber sei doch «eine wichtige Standortbestimmung».

«Die territoriale Integrität des Landes»

Goetschel erinnert an das Ministertreffen der OSZE zur Ukraine und Terrorismus, das die Schweiz 2014 in Basel organisiert hat. Aussenminister von über fünfzig Ländern nahmen daran teil, das EDA war bei der Organisation federführend, und der Schweizer Aussenminister hatte den Vorsitz. Auch dort nahm die Schweiz inhaltlich Einfluss und war nicht einfach nur Austragungsort.

Es gebe zur Ukraine zwei Nenner für alle Länder, die auch mehrfach von der UNO festgehalten worden seien, sagt Goet-

schel: «Das Verbot des Angriffskriegs, das von Russland gebrochen wurde, und die territoriale Integrität des Landes.» Der Krieg werde selbst von Russland nicht mehr bestritten. «Doch über welches Territorium der Ukraine spricht man? Über die Grenzen von 2014? Oder die vom Februar 2022?», fragt Goetschel.

Man sei sich bewusst, dass es noch einige Unbekannte gebe, gab auch der Bundesrat vor den Medien zu bedenken. Doch habe man während der Erkundungsphase viele ermutigende Rückmeldungen erhalten. «Aufgrund dessen und der langen diplomatischen Tradition der Schweiz sieht der Bundesrat den Gipfel als seine Verantwortung zum Friedensprozess», sagte Cassis.

Selenski begrüsst Gipfel, Russland kritisiert

Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski meldete sich gestern über die Social-Media-Plattform X: Er werde auf der Arbeit von früheren Treffen aufbauen, unter anderem von jenem in Davos. Und: «Es ist wichtig, dass so viele Länder wie möglich am Gipfel teilnehmen, damit wir eine gemeinsame Vision für einen andauernden und umfassenden Frieden für die Ukraine erreichen können.»

Die russische Botschaft in Bern äusserte sich gestern auf ihrer Website zur Konferenz. Dort hiess es: «Das Treffen auf dem Bürgenstock in Abwesenheit Russlands wird nur eine weitere Runde fruchtloser Konsultationen bedeuten, die zu keinem konkreten Ergebnis führen werden.»

Cassis sagte gestern, er habe Russland bei einem «langen Gespräch» mit Aussenminister Sergei Lawrow in New York eingeladen. Aber bereits im Februar habe Russland die Teilnahme abgelehnt. Cassis und Amherd wollen nun aber einen Weg finden, dass auch Russland am Dialog zum Frieden teilnimmt – wenn nicht auf dem Bürgenstock, dann zu einem späteren Zeitpunkt.

Abgeschottet und luxuriös – perfekt für den Ukraine-Gipfel

Bürgenstock Die Hotelanlage auf dem Bürgenstock, 450 steile Höhenmeter über dem Vierwaldstättersee, war ein Geniestreich zweier Bauernsöhne. Franz Josef Bucher-Durrer und Josef Durrer hatten sich das Projekt Ende des 19. Jahrhunderts in den Kopf gesetzt: exklusiver Luxus mit unverbaubarer Aussicht für hochgestellte Gäste.

Davon profitieren jetzt Bundespräsidentin Viola Amherd und Aussenminister Ignazio Cassis bei der Ausrichtung der Ukraine-Friedenskonferenz im Juni. Der Chef der Konferenz-Taskforce, Gabriel Lüchinger, sagte gestern an einer Pressekonferenz, der Standort sei auf der Hand gelegen: «Es gibt nicht viele Orte in der Schweiz, an denen man ein so hochrangiges Treffen durchführen kann.»

Die Hotelanlage liegt unweit von Zürich mit dem interkontinentalen Flughafen und ist mit dem Helikopter einfach zu erreichen. Aber neben einer Standseilbahn führt nur eine Zufahrtsstrasse hinauf, und diese kann einfach abgesperrt werden.

Zudem ist die gebirgige Landschaft nur dünn besiedelt und liegt in der Nähe des ehemaligen Militärflugplatzes Buochs, was die Logistik für internationale Delegationen vereinfacht.

Besser geeignet als Genf

Laut Lüchinger wäre zwar Genf als Austragungsort für die Konferenz infrage gekommen. «Aber so viele völkerrechtlich geschützte Personen sicher unterzubringen, wäre dort schwieriger gewesen.»

Als Nachteil nannte Lüchinger, dass die zuständigen kantonalen Polizeikräfte von Luzern und Nidwalden mit der Durchführung internationaler Konferenzen weniger Erfahrung hätten als die Polizeikräfte in Genf und in Graubünden, wo jährlich das World Economic Forum stattfindet.

«Es gibt nicht viele Orte in der Schweiz, an denen man ein so hochrangiges Treffen durchführen kann.»

Gabriel Lüchinger

Chef der Konferenz-Taskforce

det. «Sie sind aber schon seit Wochen mit der Vorbereitung beschäftigt und hoch motiviert.»

Zum Einsatz wird zudem die Armee kommen. Die Kosten für die Ukraine-Konferenz liegen laut Bundesrat Ignazio Cassis auf der Höhe eines Staatsbesuchs «zwischen fünf und zehn Millionen Franken».

Nach der Eröffnung Ende des 19. Jahrhunderts lockten Bürgenstock-Hotels schnell eine internationale Klientel an, darunter Aristokraten und Hollywoodstars. Audrey Hepburn und Mel Ferrer heirateten hier 1954. Sophia Loren lebte hier sogar mehrere Jahre. 1964 wählte die Crew des James-Bond-Films «Goldfinger» das Resort als Unterkunft für die Dreharbeiten in der Schweiz.

Die geografische Lage des Bürgenstocks macht diesen aber auch schon lange zu einem bevorzugten Ort für mehr oder weniger geheime Beratungen, auch auf höchster politischer Ebene. «Es ist ein perfekter Ort, um geschlossene Konferenzen mit hohen Sicherheitsanforderungen durchzuführen», sagte die Hotel-Historikerin Evelyne Lüthi-Graf zur NZZ.

1950 versammelte der damalige deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer seine neu gebildete Regierung auf dem Bürgenstock. Danach verbrachte Adenauer dort auch noch zweimal seine Ferien.

Dreimal fanden auf dem Bürgenstock die sagenumwobenen Bilderberg-Konferenzen statt. 1960, 1981 und 1995 trafen sich Exponenten aus Politik und Wirtschaft auf dem Berg. Der spätere US-Präsident Jimmy Carter nahm 1960 daran teil.

1981 reiste Carters Vizepräsident Walter Mondale mit drei Helikoptern ab Zürich zur Bilderberg-Konferenz an. «Natürlich durfte man nicht wissen, in welchem er sass», erinnerte sich der damalige Hoteldirektor.

Heute im Besitz Katars

Im Januar 2002 unterzeichneten auf dem Bürgenstock die sudanesischen Bürgerkriegsparteien ein Waffenstillstandsabkommen. Das war ein Erfolg der Schweizer Diplomatie, der dann auch in einen Friedensvertrag mündete.

Der letzte grosse politische Akt fand 2004 auf dem Bürgenstock statt. Der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan versuchte, die Wiedervereinigung Zyperns zu verhandeln – allerdings erfolglos.

2008 kaufte Katara Hospitality die mittlerweile in die Jahre gekommenen und vernachlässigten Anlagen. Die Hotelkette gehört der Qatar Investment Authority, dem Staatsfonds des Scheichtums Katar am Persischen Golf. Die Katarer investierten über eine halbe Milliarde Franken in die Renovierung und den Neubau der Hotelanlage auf dem Bürgenstock. 2017 wurde das Resort neu eröffnet.

Cassis sagte an der Pressekonferenz, dass der Staat Katar bei der Auswahl des Konferenzortes keine Rolle gespielt habe. «Wir haben nur mit dem Management vor Ort verhandelt.» Jetzt läutet die Ukraine-Konferenz die Renaissance des Bürgenstocks als internationaler Konferenzort ein.

Edgar Schuler



Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

«Doch über welches Territorium der Ukraine spricht man? Die Grenzen von 2014? Oder die vom Februar 2022?»

Laurent Goetschel

Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel

Kommentar

Keller-Sutter gelingt kein grosser Wurf

Ein Jahr ist es mittlerweile her, dass die Credit Suisse unter grosser öffentlicher Anteilnahme kollabiert ist. Die Empörung und das Unverständnis ob des Missmanagements bei der Bank waren damals gross. «Wissen Sie», sagte Finanzministerin Karin Keller-Sutter am 19. März 2023 vor den Medien, «Sie können Anstand nicht regulieren.» Nun versucht sie es trotzdem.

Ein grosser Wurf ist der sogenannte «Too big to Fail»-Bericht, der Vorschläge zur künftigen Regulierung systemrelevanter Banken umfasst, aber nicht geworden. Richtig hart fasst der Bundesrat die einzig verbliebene Grossbank, die UBS, auf den 339 Seiten nicht an. So ist er etwa davor zurückgeschreckt, eine generelle Erhöhung der Eigenmittel für Banken zu fordern, obwohl das Staatssekretariat für Wirtschaft, die Nationalbank und die Finanzmarktaufsicht (Finma) eigentlich höhere Auflagen für die UBS wollten. Auch fehlt eine Forderung nach der Begrenzung von Boni.

Stattdessen schlägt der Bundesrat 22 Massnahmen vor, die das Risiko für die Steuerzahlenden nach «bestem Wissen und Gewissen» vermindern sollen, wie Keller-Sutter gestern sagte. So soll etwa die Finma wie erwartet zusätzliche Kompetenzen erhalten. Auch muss die UBS höhere Eigenmittelunterlegungen für ausländische Beteiligungen vorhalten. Doch

Richtig hart fasst der Bundesrat die UBS auf den 339 Seiten nicht an.

müssen die im Bericht skizzierten Vorschläge erst noch durch den politischen Prozess. Das dauert. So tritt etwa das Gesetz für das sogenannte Senior Managers Regime, eine Art Pflichtenheft für Manager, frühestens 2027 in Kraft. Zudem fehlt mit dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission, der erst Ende 2024 veröffentlicht wird, ein entscheidendes Puzzlestück, das insbesondere die Zusammenarbeit der beteiligten Behörden in der Krise untersucht.

Auch ist fraglich, was von den jetzt vorgeschlagenen Massnahmen übrig bleibt, wenn die Interessenvertretung der Banken und das Parlament damit fertig sind. Die Kompetenzen der Finma wurden in der Vergangenheit vom Parlament bereits empfindlich geschwächt. Die Gefahr ist daher gross, dass von den 339 Seiten statt einer griffigen, zukunftsgerichteten Bankenregulierung eine regulatorische Fingerübung übrig bleibt.



Beatrice Bösiger

Neue Regeln für die Grossbank –

Ringens um Bankenregulierung Die Finanzministerin, der Bankchef, die Parteien und die Finanzmarktaufsicht: Alle haben ihre Interessen. Die wichtigsten Akteure und ihre Positionen.

Beatrice Bösiger
und **Charlotte Walser**

Im März 2023 herrscht grosse Einigkeit: So etwas wie mit der Credit Suisse darf nie wieder passieren, heisst es von links bis rechts. Rasch liegen konkrete Forderungen auf dem Tisch – bis hin zur Zerschlagung der UBS. Gestern, ein Jahr später, hat der Bundesrat seine Vorschläge für eine neue Bankenregulierung präsentiert. Wer Gehör fand, wer nicht – und wer von früheren Forderungen Abstand nimmt.



Foto: Keystone

— **Karin Keller-Sutter: 22 Massnahmen**

«This is no bail-out!» – das ist keine staatliche Rettung! So lautete Karin Keller-Sutters Botschaft, als sie am 19. März 2023 die Übernahme der CS durch die UBS bekannt gab. Aber der Staat hing mit drin: Der Bund musste mit Milliardenkrediten bürgen. Dass ihm daraus am Ende kein Schaden entstanden ist, ändert nichts am grundsätzlichen Problem: Die Pläne, die für einen solchen Fall eigentlich vorgesehen sind, wurden bei der CS nicht angewendet – weil das eine internationale Finanzkrise hätte auslösen können. Keller-Sutter versprach, das Problem anzugehen. Gestern hat sie nun dargelegt, was sie tun will. 22 Massnahmen schlägt der Bundesrat vor. Aus Sicht von Finanzexperten fehlt eine klare Priorisierung. Wichtige Akteure würden sich zudem schärfere Regeln wünschen: Gemäss einem internen Dokument aus dem Finanzdepartement forderten die Finanzmarktaufsicht (Finma), die Nationalbank und das Staatssekretariat für Wirtschaft höhere Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen. Keller-Sutter sagte, sie interpretiere das nicht als Differenzen. Zudem gebe es keine sinnvolle Regulierung, die jedes Risiko ausschalten würde – «ausser man würde dieses Geschäft verbieten».



Foto: PD

— **Sergio Ermotti: «Tour de Charme»**

Für Sergio Ermotti ist die UBS nicht «too big to fail». Die UBS sei eine der sichersten Grossbanken weltweit, wird der UBS-Chef nicht müde zu betonen. Für den Krisenfall seien fast alle Voraussetzungen für eine Abwicklung vorhanden. Ermotti hat das «Too

big to fail»-Regelwerk seit der Notübernahme der CS vor einem Jahr immer verteidigt. Seit Monaten legt er sich beim Thema Bankenregulierung ins Zeug und hat sich etwa klar gegen höhere Anforderungen beim Kapital ausgesprochen.

Mit seiner Tour de Charme war der UBS-Chef aber nur zum Teil erfolgreich – von der scharfen Kritik an seinem 14,4-Millionen-Salär ganz abgesehen. Von einer generellen Erhöhung der Eigenmittel sieht der Bundesrat zwar ab. Einführen will er jedoch höhere Kapitalanforderungen auf der Stufe des Stammhauses für ausländische Beteiligungen. Je nachdem, wie diese ausgestaltet sind, könnten sie die UBS empfindlich treffen. Die Bank selbst kommentiert den Bericht nicht.



Foto: Keystone

— **Marlene Amstad: Kampf um den Ruf und neue Mittel**

Die Finanzmarktaufsicht ist an der CS gescheitert. Man habe bei aufsichtsrechtlichen Verstössen der CS intensiv eingegriffen, sagte Marlene Amstad, die Präsidentin der Finma, kurz nach dem verhängnisvollen Wochenende im März 2023. Doch «die Bank brauchte jeweils sehr lange, um die Verfügungen umzusetzen, und setzte die Vorgaben oftmals nur knapp um».

Bei der Bewältigung der CS-Krise kämpft Amstad um ihren Ruf. Für ihr Handeln wurde die Finma-Präsidentin scharf kritisiert, unter anderem, weil sie die schlingende Grossbank zu lange gewähren liess und zu wenig gegen fehlbare Bankmanager vorgegangen ist. Bereits kurz nach der Notübernahme der CS ging sie deshalb in die Offensive und forderte neue Instrumente für die Aufsichtsbehörde. Dazu zählten unter anderem die Kompetenz, fehlbare Manager mit Bussen zu bestrafen, und das sogenannte Senior Managers Regime, ein Pflichtenheft für Manager, das Verantwortlichkeiten klarer festlegt.

Der Bundesrat ist den Wünschen der Finma nur zum Teil gefolgt. So will er das Senior Managers Regime zwar einführen. Eine Bussenkompetenz will der Bund jedoch nur prüfen, nicht einführen. Auch fehlen zusätzliche Ressourcen für die Finma. Für die Finanzministerin ist dies Sache der Finma selbst, da sie durch Gebühren der Banken finanziert werde. Kein Gehör fand die Aufsichtsbehörde auch mit ihrer Forderung nach höheren Anforderungen beim Eigenkapital, wie ein internes Dokument aus dem Finanzdepartement zeigt.

— **Thoms Aeschi: Abwarten bei der SVP**

Als die CS kollabierte, waren die Parteien im Wahlkampfmodus.



UBS

JA, WIR PRÜFEN EIN NEUES LOGO...



Wer beim Bundesrat Gehör fand, wer nicht – und wer von früheren Forderungen Abstand nimmt.

Die SVP griff die FDP an, distanzierte sich von den Banken – und rief nach sofortigen Massnahmen. Nationalrat und Banker Thomas Matter sagte: «Jetzt ist ein für alle Mal dafür zu sorgen, dass es keine einzige Schweizer Bank mehr gibt, die so system-



Foto: Keystone

relevant ist, dass sie durch den Steuerzahler gerettet werden muss.» Zu grosse Banken wollte die SVP verpflichten, Teile zu veräussern oder stillzulegen – und zwar schnell: Die Partei verlangte, dass das Parlament umgehend über einen entsprechenden Vorstoss entscheiden solle. Als der Nationalrat jüngst dann tatsächlich darüber entscheiden wollte, trat die SVP allerdings auf die Bremse. Fraktionschef Thomas Aeschi argumentierte, man wolle den Bankenbericht des Bundesrats und den Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) abwarten.

Und nun? Im Massnahmenpaket des Bundesrats gebe es «gute Elemente», sagt Aeschi. Ob die Vorschläge des Bundesrats ausreichen, will die SVP erst im Dezember beurteilen, wenn der PUK-Bericht vorliegt. Abwarten statt zubeissen, lautet also die Devise.

— **Thierry Burkart: FDP warnt vor Überregulierung**
«Wir sind keine Bankenpartei.» Nach diesem Motto verlief Thierry Burkarts Abwehrschlacht nach

dem CS-Untergang. Die traditionelle Nähe der Freisinnigen zum Bankensektor schlachtete die politische Konkurrenz im Wahlkampf sofort aus. Burkart zeigte auf die «verantwortungslosen Manager», die er als «Totengräber der freien Marktwirtschaft» bezeichnete. «Es sind die überbezahlten Bankmanager, die dieses Debakel verursacht haben», sagte er.

Zuletzt schoss Burkart gegen die Top-Saläre von Ermotti und Co. Eine Lohn- und Boni-Obergrenze will er aber nicht, dafür soll das Topmanagement bei Fehlverhalten stärker in die Pflicht genommen werden. Die FDP begrüsst den entsprechenden Vorschlag ihrer Finanzministerin. Darüber hinaus reagiert sie vorsichtig: Das Paket des Bundes-



Foto: Keystone

wer will was?



IMMERHIN SCHÜTZT
SIE UNS!

SCHMID

rats müsse nun im Detail geprüft werden. Auch sei der Bericht der PUK abzuwarten. Die FDP versichert, sie setze sich weiterhin für eine neue Finanzplatzstrategie ein. «Die Erfahrung zeigt aber, dass nach Krisen eine Tendenz zur Überregulierung besteht.»



Foto: Keystone

— **Cédric Wermuth: SP-Kritik an «Lobbyistin» Keller-Sutter**
SP-Co-Präsident Cédric Wermuth war der Erste, der eine parlamentarische Untersuchungskommission forderte – noch am Tag des CS-Untergangs. Ebenfalls schon früh äusserte er die Befürchtung, die Entschlossenheit im bürgerlichen Lager könnte abnehmen, wenn es konkret werden sollte. Im Parlament lehnten SP und Grüne gemein-

sam mit der SVP die Kredite im Umfang von 109 Milliarden ab. Sie hatten ihre Zustimmung von verbindlichen Zusagen für eine strenge Regulierung abhängig gemacht. «Diesen Irrsinn müssen wir beenden», sagte Wermuth damals.

Schon vor der CS-Krise hatte die SP Massnahmen verlangt: ein Bonusverbot für systemrelevante Banken, wirksame Sanktionen durch die Finma und höhere Eigenkapitalanforderungen. Daran hält sie fest. Was der Bundesrat nun vorschlägt, geht ihr zu wenig weit. Insbesondere den Verzicht auf höhere Eigenkapitalanforderungen kritisiert die Partei. «Es scheint, als habe die neue Megabank UBS mit Karin Keller-Sutter eine Lobbyistin im Bundesrat», sagt Wermuth. Nun müsse das Parlament korrigieren. Der Nationalrat hat einer Motion der SP zum Eigenkapital bereits zugestimmt. Die Linke ist also weiter im Angriffsmodus.

— **Philipp Matthias Bregy: Für die Mitte zu zaghaft**
Auch die Mitte hatte nach dem CS-Kollaps klare Vorstellungen.

Präsident Gerhard Pfister sagte im März 2023 in einem Interview: «Es braucht eine Eigenkapitalquote von 20 Prozent.» Und: «Wenn es der politische Wille ist, dass so was nicht mehr passiert, muss man Gesetze machen, die das verhindern.»

Von den Vorschlägen des Bundesrats ist die Mitte nun noch nicht gänzlich überzeugt. Fraktionschef Philipp Matthias Bregy sagt, diese gingen zwar in die richtige Richtung. Aber: «Es wird sicher noch Verschärfungen brauchen» – beim Eigenkapital, aber auch bei den Boni. Klar sei ausserdem, dass die Finma eine Busenkompetenz brauche. Das wolle er sei «zaghaft unterwegs» – obwohl der Bericht zeige, dass Massnahmen nötig seien.



Foto: Keystone

So will der Bundesrat die UBS zähmen

Pflichtenheft für die Verantwortlichen Mit 22 Massnahmen versucht die Regierung, den Finanzplatz sicherer zu machen.

Die «Too big to fail»-Regeln (kurz TBTF) des Bundesrats sollen dafür sorgen, dass eine systemrelevante Grossbank in Schieflage geraten kann, ohne die Schweizer Wirtschaft in Mitleidenschaft zu ziehen oder Verwerfungen auf den Finanzmärkten auszulösen. Seit 2012 sind diese im Bankengesetz verankert, als Reaktion auf die Finanzkrise von 2008.

Gestern zeigte der Bundesrat nun auf, wie die Regeln angepasst werden sollen, damit die Schweiz bei einer erneuten Bankenkrise besser aufgestellt ist. Er ist zu einer regelmässigen Überprüfung des Regelpakets und zur Veröffentlichung entsprechender Berichte gesetzlich verpflichtet. Mit dem Ende der Credit Suisse ist nun der aktuelle Bericht zu den systemrelevanten Banken aber um ein Vielfaches umfangreicher ausgefallen als die vorherigen Ausgaben. Nun sollen also diese neuen Regeln helfen.

— Was plant der Bundesrat genau?

Insgesamt 22 Massnahmen sollen den Finanzplatz sicherer machen. Die meisten davon betreffen nur die UBS, sie ist die einzige global systemrelevante Grossbank in der Schweiz. Einige betreffen auch die anderen systemrelevanten Banken Postfinance, die Zürcher Kantonalbank und die Raiffeisen-Gruppe. Der Bundesrat will unter anderem der Finanzmarktaufsicht (Finma) mehr Instrumente in die Hand geben. Und er will dafür sorgen, dass die UBS für den Krisenfall mehr flüssige Mittel vorhält. Ausserdem soll die Schweizerische Nationalbank im Notfall zusätzliche Sicherheiten von den Banken annehmen können.

— Welches sind die wichtigsten Massnahmen, und was bedeuten sie?

Die Finma bekommt zusätzliche Instrumente. Dazu gehört das sogenannte Senior Managers Regime. Das ist ein Pflichtenheft für die obersten Verantwortlichen einer Bank, in dem klar festgelegt wird, wofür sie genau verantwortlich sind. Halten sie sich nicht daran, haben sie ein Problem und müssen dafür geradestehen. «Wir sehen darin eine starke präventive Wirkung», sagt Thomas Hirschi, bei der Finma zuständig für die UBS.

Neu kommen die Clawbacks ins Gesetz. Das bedeutet, dass Managerboni bei Fehlverhalten zurückgefordert werden können. Die Regel soll für systemrelevante Banken gelten. Der Bund will aber prüfen, ob andere Banken ebenfalls darunter fallen sollen.

Bezogen auf die Eigenmittel der Banken sieht der Bundesrat von einer grundsätzlichen Erhöhung ab, schlägt aber höhere Eigenmittel für das Stammhaus, also den Schweizer Konzernsitz der UBS, vor. Der muss gemäss heutigen Regeln eine Beteiligung an einer ausländischen Tochtergesellschaft mit rund 60 Prozent mit Eigenmitteln unterlegen. Hier sollen es laut dem Bundesrat deutlich mehr werden.

Damit die Banken für einen plötzlichen Kundenansturm gerüstet sind, sollen sie mehr flüssige Mittel vorhalten, sogenannte Liquiditätspuffer. Systemrelevante Banken müssen seit Beginn des Jahres grössere Reserven aufbauen. Die Zuschläge wurden von der Finma festgelegt. Es ist nicht öffentlich, wie hoch diese bei den einzelnen Banken ausfallen. Die Erhöhung der Liquiditätsanforderungen ist laut dem Bundesrat «substanziell».

Bei Fehlverhalten können Managerboni zurückgefordert werden.

Weiter vorgesehen ist ein Public Liquidity Backstop. Das ist eine Ausfallgarantie des Bundes zuhanden der Nationalbank. Diese Garantie wird im Krisenfall angewendet, wenn eine Bank durch die Finma saniert oder abgewickelt werden müsste. Das Instrument gibt es in anderen Ländern schon länger, in der Schweiz aber noch nicht. Beim Untergang der CS wurde es per Notrecht in Kraft gesetzt, nun wird es ordentlich eingeführt.

— Welche Massnahmen fehlen?

Die Eigenkapitalquote wird nicht weiter angepasst. Die Bank muss damit aufgrund der heute beschlossenen Massnahmen grundsätzlich keine grösseren Sicherheitspolster vorhalten. Wobei die UBS bis 2030 aufgrund des Zusammenschlusses mit der CS ohnehin ein grösseres Eigenkapitalpolster aufbauen muss. Einen weiteren Ausbau will der Bundesrat nicht, weil sonst die UBS gegenüber der Konkurrenz im Ausland einen Nachteil hätte.

Der Ausbau der Sicherheiten über den internationalen Standard hinaus ist bei Bankern unbeliebt. Ihr Argument: Nicht das

Kapital war das Problem beim Untergang der Credit Suisse, sondern der Vertrauensverlust der Kunden. Die Frage ist: Woher soll das Geld für die zusätzlichen Sicherheitspolster kommen?

Bei den Boni will der Bundesrat zwar Clawbacks einführen, von einer Obergrenze sieht er jedoch ab. Der Bundesrat glaubt, dass eine Grenze für variable Vergütungen einfach dazu führen würde, dass die Fixlöhne entsprechend ansteigen würden.

Die Finma kann weiterhin keine Bussen aussprechen. Dies, da sie bei Untersuchungen auf die Mitarbeit von einzelnen Bankern und Bankern angewiesen ist. Die Sorge besteht nun, dass diese bei den Verfahren nicht mithelfen, wenn sie sich selbst belasten und später eine Busse befürchten müssen.

Eine Massnahme, die bei vielen Experten auch viel Kredit genoss, fehlt ebenfalls: die Rückzugsbeschränkungen für Bankeinlagen. Sie wurde als Mittel gegen Bankruns diskutiert, also wenn sehr viele Kundinnen und Kunden ihr Geld abziehen und die Bank dadurch in Schieflage gerät. Der Bundesrat hält nichts davon. Er schreibt: «Dies wäre ein zu starker Eingriff in die Bezugsmöglichkeiten der Bankkundschaft sowie ins Geschäftsmodell der Banken.»

— Was sagt die UBS zum Massnahmenpaket?

Zum Bericht hat sich die Bank noch nicht geäussert. Schon im Vorfeld hat UBS-Chef Sergio Ermotti gesagt, dass der Public Liquidity Backstop für die Schweiz ein wertvolles Instrument sein könnte, und er hat mehr Mittel für die Finma gefordert. An einer Veranstaltung sagte er im letzten Herbst: «Es sollte für die Bank oder die Aufsichtsbehörde einfacher sein, gegen Personen vorzugehen, die ihre Pflichten grob vernachlässigt haben.» Doch gegen strengere Kapitalanforderungen wehrt sich die Bank. Dies, da sie für sie teuer sind und sie bestreitet, dass sie notwendig sind.

— Wie geht es jetzt weiter?

Was der Bundesrat in dem TBTF-Bericht vorschlägt, muss erst noch durch das Parlament. Ziel ist es, in der ersten Hälfte 2025 gleichzeitig zwei Pakete für die Umsetzung zu präsentieren. Eines mit Änderungen auf Verordnungsstufe, die vom Bundesrat verabschiedet werden können, und eines mit den Eckwerten für die Änderungen auf Gesetzesstufe, welche dem Parlament unterbreitet werden.

Der Prozess ist beim Public Liquidity Backstop angelaufen; im September 2023 hat der Bundesrat die Botschaft ans Parlament verabschiedet, mit der der Public Liquidity Backstop ins ordentliche Recht überführt werden soll. Für die Einführung eines Senior Managers Regime etwa braucht es ein Gesetz. In Kraft tritt es frühestens 2027.

Der Bericht der Wettbewerbskommission zur Übernahme der Credit Suisse durch die UBS wird voraussichtlich im Sommer 2024 veröffentlicht. Er werde zurzeit von der Finma analysiert, schreibt der Bundesrat.

Jorgos Brouzos
und **Beatrice Bösiger**



Finanzministerin Karin Keller-Sutter stellt die Regeln vor. Foto: Keystone

Politik & Wirtschaft

Streit um Schweizer Ukraine-Gelder spitzt sich zu

Kritik am Bundesrat Die Regierung will die erste Tranche der Wiederaufbau-Milliarden überraschend ganz in der Entwicklungshilfe streichen. Hilfswerke warnen, Ignazio Cassis nennt den Entscheid «pragmatisch».

Christian Zürcher
und Alexandra Aregger

Wenn in Bundesbern Geld im grossen Stil ausgegeben wird, dann ist das häufig begleitet von einer Frage und einem Aufschrei.

Die Frage lautet: Auf wessen Kosten geht es? Und mit der Antwort ertönen sogleich allerorten laute Seufzer, in den Bauernstuben, in den Universitäten, in den Kommandoposten der Armee: Nicht bei uns.

Am meisten aber fürchten sich in solchen Momenten die Befürworter der Entwicklungshilfe. Sie wissen aus Erfahrung: Häufig trifft es sie. Wie auch jetzt.

Der Bundesrat hat beschlossen, dass die Ukraine bis 2036 für ihren Wiederaufbau mit 5 Milliarden Franken unterstützt werden soll. Die Weltbank schätzt die Kosten dafür insgesamt auf rund 440 Milliarden Franken.

Der Bundesrat spricht das Geld in einer angespannten Finanzlage. Laut gut informierten Quellen wollte Aussenminister Ignazio Cassis ursprünglich 6 Milliarden sprechen und diese zu zwei Dritteln über das IZA-Budget finanzieren – das sind die Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit.

Das war für Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) und Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP) zu wenig: Sie forderten dem Vernehmen nach, dass 90 Prozent auf Kosten der Entwicklungshilfe gehen.

Der Bundesrat hat nun Cassis' Vorschlag auf 5 Milliarden runterkorrigiert und auch die Aufteilung angepasst. Die erste Tranche von 1,5 Milliarden läuft bis 2028 – und soll nun vollumfänglich über das IZA-Budget finanziert werden.

«Absolute Katastrophe»

Für die Phase 2029 bis 2036 und die restlichen 3,5 Milliarden will der Bundesrat «weitere Finanzierungswege» prüfen. Übersetzt heisst das: Der Bundesrat weiss noch nicht, wie er das finanzieren soll.

Jährlich gibt die Schweiz rund 4 Milliarden für die Entwicklungshilfe aus. Durch das Ukraine-Paket verliert diese bis 2028 knapp 400 Millionen pro Jahr.

«Das ist eine absolute Katastrophe», sagt Andreas Missbach. Der Geschäftsführer von Alliance



Die Zerstörungen in der Ukraine durch die russischen Angriffe sind immens: Feuerwehrleute bei Löscharbeiten in Kiew am 2. Januar 2024. Foto: Efremlukatsky (AP)

Sud, dem Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik, ist harsche Worte gewohnt. Er nutzte sie schon, als erste Kürzungspläne des Bundesrats letzten Dezember publik wurden.

Was der Bundesrat nun vorschlägt, sei für die internationale Zusammenarbeit noch dramatischer. «Jetzt will er den ganzen Wiederaufbau bis 2028 aus dem IZA-Budget finanzieren, ohne dass dieses wächst, das kann doch nicht sein?» Missbach sorgt sich, dass es auch nach 2029 wieder die Entwicklungszusammenarbeit treffen werde.

Der NGO-Vertreter bekommt Unterstützung von der SP, die von einem «desaströsen Entscheid» spricht. Die Partei wolle

Die SP spricht von einem «desaströsen Entscheid».

sich im Parlament «mit aller Kraft» dafür einsetzen, den Entscheid zu korrigieren und andere Finanzierungswege zu finden.

Noch sei offen, wo die Entwicklungszusammenarbeit zugunsten des Ukraine-Wiederaufbaus gekürzt werden würde. «Der Bund konnte uns hierzu noch keine Antwort liefern.» Missbach geht davon aus, dass in allen Bereichen Einsparungen gemacht würden, «am wenigsten wohl im humanitären Bereich, wegen der zahlreichen humanitären Notlagen».

Aussenminister Ignazio Cassis sprach am Dienstag vor den Medien von einem «pragmatischen Entscheid». Die internationale Kooperation basiere auf drei Säulen: der humanitären

Hilfe, der Entwicklungshilfe und der Friedensförderung. Da der Bedarf bei der ersten und der dritten Säule steige, müsse das Geld für den Ukraine-Wiederaufbau aus dem Geldtopf für die Entwicklungshilfe finanziert werden. Konkreter wurde der Aussenminister aber nicht.

Geld für Schweizer Firmen?

Der Berner SVP-Nationalrat Lars Guggisberg ist angesichts der Finanzlage des Bundes gegen diesen finanzpolitisch weitreichenden Entscheid. «Sollte der Vorschlag dennoch angenommen werden, ist zwingend, dass solche Ausgaben nicht ausserordentlich finanziert werden.» Im Raum stand die Variante eines Fonds, der ebendieses verlangt hätte.

te. Der Nationalrat lehnte einen solchen im März aber ab.

Falls das Parlament die 5 Milliarden an die Ukraine bestätige, sollten diese Gelder unbedingt auch der Schweizer Volkswirtschaft zugutekommen, sagt Guggisberg und meint Aufträge an Schweizer Firmen. Darauf deutet hin, dass im Länderprogramm Ukraine neben dem Aussen- auch das Wirtschaftsdepartement beteiligt ist.

Missbach von Alliance Sud hingegen ist skeptisch gegenüber der neuen Organisationsstruktur. «Wenn das Wirtschaftsdepartement involviert ist, geht die Entwicklungshilfe plötzlich mehr Richtung Schweizer Wirtschaftsförderung.» Für Missbach ein weiterer Affront.

Bundesrat beschliesst Beitritt zu «Sky Shield»

Europäische Luftverteidigung Die Regierung will die Schweiz unter einen internationalen Raketenschirm führen.

Die Schweiz soll am Luftabwehrsystem European Sky Shield Initiative (Essi) teilnehmen. Der Bundesrat genehmigte gestern die Beitrittserklärung zum Essi Cooperative Procurement Framework Memorandum of Understanding (MoU). Die «Sky Shield»-Initiative war im August 2022 von Deutschland lanciert worden, ein halbes Jahr nach den ersten russischen Angriffen in der Ukraine. Sie soll vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine helfen, Lücken im derzeitigen Schutzschild für Europa zu schliessen. Vorbild dabei

ist der israelische Iron Dome. Bisher hätten elf Staaten die Beitrittserklärung zum MoU unterzeichnet, schreibt der Bundesrat.

Zweck von «Sky Shield» ist es, Beschaffungsvorhaben zur Luftverteidigung besser zu koordinieren und allenfalls zu bündeln. Das soll die Interoperabilität verbessern und es ermöglichen, bei der Beschaffung von Systemen Skaleneffekte zu nutzen.

Für die Schweiz stehen nach Angaben des Bundesrates eine bessere Koordination bei Beschaffungsvorhaben und der Ausbildung sowie logistische As-

pekte im Bereich der bodengestützten Luftverteidigung im Vordergrund. Für einzelne Projekte und Programme können gemäss MoU separate Programmvereinbarungen abgeschlossen werden.

Die Schweiz kann weiterhin frei entscheiden, wo und in welchem Ausmass sie sich an «Sky Shield» beteiligt und welche Systeme für die bodengestützte Luftverteidigung sie beschafft. Einen Vorentscheid für ein bestimmtes System stelle die Teilnahme nicht dar, hält der Bundesrat fest. Und neue Verpflichtungen

entstünden durch die Unterzeichnung der Beitrittserklärung zum MoU nicht.

Kommissionen können sich nun dazu äussern

Dieses MoU vollzieht eine im Sommer 2023 von der Schweiz unterzeichnete Absichtserklärung zur Teilnahme an «Sky Shield». In einer Zusatzserklärung hielten die Schweiz und Österreich auch neutralitätsrechtliche Vorbehalte fest.

Die SVP und die Organisation Pro Schweiz kritisierten im Sommer 2023 das geplante Bekennt-

nis zu «Sky Shield» scharf. Das Volk müsse dazu das letzte Wort haben. Verteidigungsministerin Viola Amherd sagte damals dazu, dass die Entscheidkompetenz beim Gesamtbundesrat liege.

Äussern können sich nun aber die zuständigen Parlamentskommissionen. Haben sie wesentliche Vorbehalte, wird das Verteidigungsdepartement dem Bundesrat einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreiten. Stützen sie hingegen die Pläne des Bundesrates, wird die Beitrittserklärung zum MoU definitiv verabschiedet. (SDA)

Bundesrat lehnt Pelzinitiative ab

Tierschutz Der Bundesrat lehnt zwei Volksinitiativen zum Tierschutz ab. Diese wollen den Import von Stopfleber und von tierquälerisch erzeugten Pelzprodukten verbieten. Er will aber beiden Anliegen auf anderem Weg Rechnung tragen. Das teilte der Bundesrat gestern im Anschluss an seine Sitzung mit.

Der Pelzinitiative will er einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberstellen. Und für Produkte aus Stopfmast sieht er eine Deklarationspflicht vor. Die Unterschriften für die beiden Initiativen waren im vergangenen Dezember bei der Bundeskanzlei eingereicht worden. (SDA)

«Fremde Richter» – Klimarüge kratzt am Schweizer Selbstverständnis

Urteil aus Strassburg Der Richterspruch sorgt für Unmut im Land – auch, weil Kritik an der Klimapolitik das Stimmvolk treffe, erklärt Politologe Michael Hermann. Die SVP stellt derweil eine provokante Forderung.



Die Klimaseniorinnen triumphierten in Strassburg – die Schockwellen des Entscheids dürften sich auch in der Europapolitik zeigen. Foto: Jean-Christophe Bott (Keystone)

Iwan Städler und
Jacqueline Büchi

Die Schweiz schützt Seniorinnen zu wenig vor dem Klimawandel: Nach der Rüge des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) rumpelt es im Land. Gestritten wird jedoch weniger über die künftige Klimapolitik als über die Rolle der Richter in Strassburg.

SRF stellt auf seiner Dialog-Plattform die Frage, ob es gut sei, «wenn sich Gerichte in die Klimapolitik einmischen». Grosse Medien bewerten das Signal aus Strassburg kritisch. Und auf dem sozialen Netzwerk X ätzt der Generalsekretär der Energiedirektorenkonferenz: «Lustig, wie sich Links-Grün über ein Urteil des EGMR freut, von dem absehbar nur jemand profitiert: die SVP.»

Auch Philipp Matthias Bregy befürchtet, das Urteil werde «weder dem Klima noch den Menschenrechten helfen». Der Walliser Nationalrat und Mitte-Fraktionschef erhielt überdurchschnittlich viele Reaktionen von Bürgerinnen und Bürgern – vom einfachen Arbeiter bis zur Akademikerin. «Sie nehmen das Urteil als Entscheid gegen den Volkswillen in der Schweiz wahr», so Bregy. Das sei «Wasser auf die Mühlen der SVP».

Meinungsforscher Michael Hermann ist nicht überrascht, dass die Reaktionen so heftig ausfallen. Zu den Werten, die die Schweizer Bevölkerung am stärksten verbänden, gehöre der Stolz auf die demokratische Kultur – dies zeigten Umfragen. Offensichtlich nage das Urteil an diesem Selbstverständnis. «Es

war ja tatsächlich die Stimmbevölkerung, die das CO₂-Gesetz abgelehnt und damit eine ambitioniertere Klimapolitik verhindert hat.»

Dazu kommt, dass die Schweiz kein Verfassungsgericht kennt. «Anders als Deutschland oder die USA haben wir nicht die Tradition, dass Grundsatzurteile durch Gerichte gefällt werden.» Generell stehe man hierzulande supranationalen Institutionen kritischer gegenüber als im restlichen Europa, sagt Hermann.

SVP will über Austritt aus dem Europarat diskutieren

Der Politikanalyst geht zwar durchaus davon aus, dass das Urteil aus Strassburg die Dynamik der europäischen Klimapolitik verändern wird. Er glaubt jedoch auch, dass sich die Schockwellen in der Schweiz kurzfristig vor allem europapolitisch bemerkbar machen. «Das Urteil passt perfekt in das SVP-Narrativ der «fremden Richter», so Hermann. Die Partei werde die Steilvorlage zu nutzen wissen.

Die Schweiz verhandelt derzeit mit der Europäischen Union über die Bilateralen III, die einen Einbezug des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg vorsehen. Die SVP wehrt sich gegen diese Verträge. Dass der EGMR kein Gericht der Europäischen Union sei, sondern ein Gericht des Europarats, dem die Schweiz seit 1963 angehöre, sei auf der rhetorischen Ebene nebensächlich, sagt Hermann.

Bereits erklingen die ersten Forderungen aus der SVP. Fraktionschef Thomas Aeschi will im Parlament darüber abstimmen

lassen, ob die Schweiz den Europarat verlassen und damit die Europäische Menschenrechtskonvention kündigen soll. Zu diesem Zweck will er im September eine ausserordentliche Session einberufen. Aeschi spricht von einem Warnruf: «Das EGMR-Urteil zeigt, wohin sich internationale Gerichte entwickeln können.» Eine ausserordentliche Session kann die SVP im Alleingang verlangen. Dafür braucht es nach Parlamentsgesetz die Unterschriften eines Viertels der Ratsmitglieder. Im Nationalrat wären folglich 50 Stimmen gefragt, die SVP-Fraktion allein zählt 67 Mitglieder. Das heisst freilich noch lange nicht, dass sich die SVP auch in der Sache im Parlament durchsetzen wird.

Alfred Heer ist Präsident der Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat und Zürcher

SVP-Nationalrat. Er findet die Forderung von Parteikollege Aeschi «verständlich». Die Schweiz könne die Menschenrechte für sich selbst auch ohne Menschenrechtskonvention schützen. Sie stünden ja in der Verfassung. Für den Europarat sei es dagegen «wichtig, dass demokratische Staaten mitwirken».

«Ein breiterer Menschenrechtsbegriff»

Heer relativiert, der EGMR habe in seinem Urteil gegen die Schweiz keine konkreten Massnahmen gefordert. Vielmehr hätten die Richter ein politisches Signal senden wollen. Doch die Menschenrechtskonvention sei nach dem Zweiten Weltkrieg nicht erlassen worden, um Senioren vor dem Klimawandel zu schützen, sondern unterdrückte Bürger vor Gräueltaten.

Michael Hermann sagt, Grundsatzurteile der höchsten Gerichte hätten häufig auch eine Wertedimension. Nicht von der Hand zu weisen sei, dass das Urteil zu den Klimaseniorinnen eine etwas andere Qualität habe als andere Entscheide aus Strassburg, die die Schweiz betroffen hätten. «Der EGMR wendet hier einen breiteren Menschenrechtsbegriff an.»

In früheren Urteilen, etwa zu den Witwerrenten oder dem Frauenstimmrecht, sei der Fall klar gewesen. Der EGMR habe verlangt, dass die Ungleichbehandlung zwischen den Geschlechtern beseitigt werde – und die Schweiz habe dies getan. Jetzt könne die Schweiz «nicht einfach ein, zwei Gesetze ändern und dadurch die Sommer wieder kühler machen».

«Das EGMR-Urteil zeigt, wohin sich internationale Gerichte entwickeln können.»

Thomas Aeschi
SVP-Fraktionschef

650 Millionen Franken für Horizon-Paket

EU-Forschungsprogramm Der Bundesrat stellt 650 Millionen Franken für die Teilnahme der Schweiz am EU-Forschungsprogramm Horizon zur Verfügung. Die Gelder dienen als Übergangsmassnahme für die Ausschreibungen 2024 des Horizon-Pakets 2021-2027. Die finanziellen Mittel wurden bereits Ende 2020 vom Parlament genehmigt, wie der Bundesrat gestern mitteilte.

Die Schweiz gilt beim EU-Programm weiterhin als nicht assoziiertes Drittland. Forschende in der Schweiz könnten mit diesem Status an ungefähr zwei Dritteln des Programms teilnehmen, schrieb das Bundesamt für Wirtschaft, Bildung und Forschung.

Wenn die EU-Kommission Projekte aus der Schweiz positiv evaluiere, würden diese im Anschluss direkt durch das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation finanziert. Dafür sieht der Bundesrat 600 Millionen Franken vor. (SDA)

Über 4 Milliarden Franken Umsatz mit Bio-Produkten

Jahresbilanz Der Umsatz mit Bio-Produkten ist im letzten Jahr in der Schweiz angestiegen und liegt neu bei 4,075 Milliarden Franken. Die Produkte von biologisch produzierenden Bäuerinnen und Bauern erreichten im Detailhandel einen Marktanteil von 11,6 Prozent.

2022 lag der Umsatz noch bei 3,873 Milliarden Franken, teilte der Dachverband Bio Suisse gestern mit. Der Bio-Umsatz setzt sich unter anderem aus Fachhandel und Direktvermarktung zusammen. Auch der Marktanteil stieg 2023 an und liegt neu 0,4 Prozentpunkte höher als noch im Vorjahr.

Ende des letzten Jahres waren 7362 Landwirtschaftsbetriebe mit dem Bio-Label ausgestattet. Die Anzahl der Betriebe habe sich im Vergleich zum Vorjahr mit 21 Neuzugängen kaum verändert, hiess es weiter. (SDA)

Robotaxi-Firma Cruise kehrt auf die Strasse zurück

Nach Unfall In den USA kehren Fahrzeuge der Robotaxi-Firma Cruise rund ein halbes Jahr nach einem folgenschweren Unfall auf die Strasse zurück. Die Wagen sollen aber zunächst nur von Menschen gesteuert unterwegs sein.

Bei den Fahrten sollen zunächst Kartendaten aktualisiert und frische Informationen über die Umgebung gesammelt werden, kündigte die Tochterfirma des US-Autoriesen General Motors am Dienstag an. Erste Stadt sei Phoenix im Bundesstaat Arizona, weitere sollen folgen.

Als zweiter Schritt seien dann autonome Testfahrten mit Sicherheitsfahrer am Steuer geplant. Auf dieser Basis soll anschliessend entschieden werden, in welcher Stadt die Fahrzeuge wieder ohne Menschen am Steuer unterwegs sein werden.

Cruise war ein Vorreiter bei Robotaxi-Diensten – doch dann schleifte ein fahrerloses Auto von Cruise Anfang Oktober 2023 eine Frau mehrere Meter mit. (SDA)

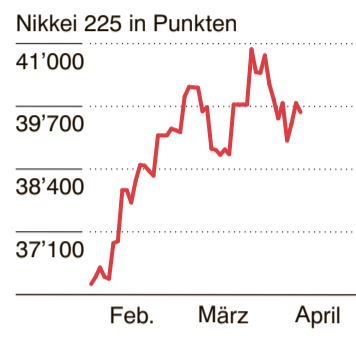
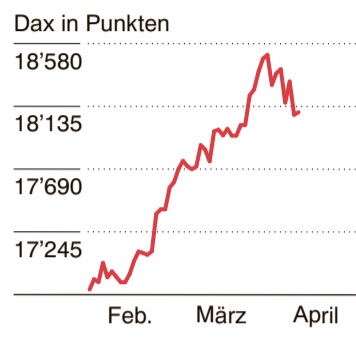
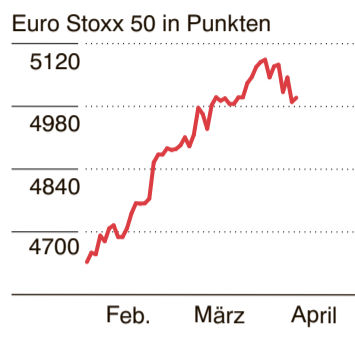
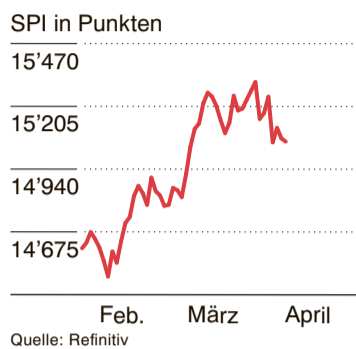
Börse

SPI 15 158.81 -0.1%	Euro Stoxx 50 5000.25 +0.2%	1 Euro in Fr. 0.9801 -0.1%	1 US-Dollar in Fr. 0.9122 +0.92%	Bundesleihe 10 J. 0.72%	US-Treasury 10 J. 4.5% +13 Bp	1 Unze Gold 2356.7 \$ +0.1%
Dax 18 097.3 +0.1%	Nikkei 225 39 581.81 -0.5%	1 Euro in US-Dollar 1.0744 -1.02%	1 GB-Pfund in Fr. 1.1448 -0.03%	Saron 1.4576%	Bund Future 0 Bp 131.93% -64 Bp	1 Fass Öl (Brent) 89.4 \$ -0.4%

Indizes Schweiz

	Kurs 10.4.	±%	±%
	10.4.	10.4.	2024
SPI	15 158.81	-0.1	+4.0
SMI	11 495.21	-0.1	+3.2
SMIM	2589.17	-0.2	+0.9
SLI	1885.09	-0.2	+6.1
SPI Extra	5121.61	-0.1	+3.2
Banken	833.49	+0.2	+4.4
Bauindustrie	5363.39	-0.6	+4.7
Chemie	6665.61	+1.0	+14.2
Detailhandel	1345.32	-1.5	+7.3
Finanzdienstleistung	3378.99	-1.7	+3.9
Gesundheit	3359.71	0.0	+4.4
Industriegüter	3263.72	+0.4	+8.6
Konsumgüter	5842.04	-0.3	+12.0
Medien	785.87	-1.0	+26.2
Nahrung/Getränke	6043.66	+0.2	-3.5
Reisen/Freizeit	2018.44	-1.0	+7.4
Rohstoffe	272.5	-1.7	+4.6
Technologie	1113.97	-0.1	-8.7
Telekommunikation	2725.25	-0.1	+6.9
Versorger	6238.24	-1.4	-7.6

Indizes im Überblick



Quelle: Refinitiv

Übrige Schweizer Aktien (Auswahl)

	Volumen in Stk.	Kurs 10.4.	±%	±%
	10.4.	10.4.	10.4.	2024
Accelleron N	290 658	34.98	+0.1	+33.2
Adax N	5 256 504	0.2	-0.5	+343.5
Adecco N	681 298	34.28	-0.1	-16.9
Adval Tech N	0	946	-	-9.6
Aevis N	770	15.1	-0.7	-10.7
Airesis N	0	0.476	-	-26.6
Allreal N	21 501	153.4	-0.6	+2.0
Alpine Select N	5125	7.75	+0.6	-1.3
Also N	13 334	236	+1.9	-6.0
Aluflexpack N	101 563	15.1	+0.3	+68.7
AMS Osram I	7 127 852	1.04	-2.9	-50.8
APG SGAN	735	2.22	0.0	+21.3
Arbonia N	138 447	11.66	-1.2	+21.1
Arundel N	0	0.146	-	-5.3
Arzta N	1890 752	1.73	-1.3	+11.3
Ascom N	42 016	8.25	+0.4	+0.4
Asmaltworld N	0	1.56	-	-9.1
Autoneum N	10 315	162.6	+1.8	+19.2
Avolta N	265 231	37.32	-0.4	+12.8
Bachem N	47 888	83.7	-1.0	+28.8
Baloise N	68 519	139.5	-0.1	+5.8
BC de Genève I	1456	310	+0.6	+37.8
BC du Jura N	5	60.5	+2.5	+12.0
Barry Callebaut N	56 966	1365	+11.0	-3.8
Baselland.KB	373	838	-0.2	-2.1
Basilea Pharma N	23 987	40.9	-0.4	+15.9
Basler KB PS	3247	63.8	0.0	+0.9
BB Biotech N	75 537	43.1	-0.8	+8.9
BC Vaudoise N	59 627	100.1	+0.5	-7.7
BEK; BCBE N	1885	248	-0.4	+5.1
Belimo N	15 250	432.6	+0.5	-6.7
Bell Food Group N	2665	276	+0.7	+8.7
BelleVue N	6339	20.1	-2.0	-18.0
BKW N	57 763	136.5	-1.4	-8.7
Bossard N	17 457	209.5	0.0	-5.2
Bucher N	13 272	395.5	+0.3	+12.0
Burkhardt Compr. N	6555	596	-0.3	+17.6
Burkhalter N	7222	98.8	+0.3	+6.6
BVZ N	15	995	+2.6	+8.2
Bystronic N	941	466.5	+0.2	-2.1
Calida N	8820	28	-2.8	-4.8
Castle Priv. Equity	0	4.346	-	-1.4
Cembra Money Bank N	88 989	73.5	+0.6	+12.7
CI Com I	0	1.336	-	-13.6
Ciocor Tech. N	1964	52	+2.0	+4.4
Cie Fin. Tradition I	2084	141	+0.7	+19.5
Clariant N	1306 098	12.75	-0.9	+2.7
Coltene N	3483	55.4	-1.1	-22.6
Comet N	17 347	304	+0.2	+14.6
Cosmo N	12 945	70.3	-1.4	+38.1
CPH N	1811	85	-2.1	0.0
Crealogix N	0	40.46	-	-30.9
Datacolor N	0	7506	-	+2.0
Dätwyler I	7898	176.2	-1.8	-9.7
DKSH N	72 799	61.7	-0.8	+5.7
DocMorris N	450 294	85.2	-8.3	+15.5
Dormakaba N	5067	487.5	+0.2	+7.4
Dottikon ES N	1257	231.5	+1.3	+1.1
Edison N	583	102	0.0	-7.3
Edisun N	504 014	11.26	+1.3	+4.3
EFG N	0	1000G	-	-1.0
Elma Electronic N	2598	873	+1.0	-4.2
Emmi N	18 749	714	0.0	+4.8
Ems-Chemie N	867	39.2	+0.5	+5.7
ENR Invest	0	4.5C	-	0.0
Epic Suisse N	2177	70.8	-1.7	+7.9
Evolva N	1645	0.97	0.0	+34.7
Feintool N	10 290	17.8	-1.1	-1.9

	Volumen in Stk.	Kurs 10.4.	±%	±%
	10.4.	10.4.	10.4.	2024
Flughafen Zürich N	50 831	200.6	-0.3	+14.2
Forbo N	955	1084	-2.2	+2.8
Fundamenta N	12 479	16.3	0.0	-3.0
Galderma N	190 432	62.99	+0.3	-
Galenica N	52 022	72.8	-0.3	+0.1
GAM N	25 532	0.26	+4.0	-33.6
Gavazzi N	276	316	-0.6	-1.3
Georg Fischer N	209 496	65.35	-0.5	+7.0
Glarner KB N	6348	22.4	-0.9	-2.2
Graub. KB PS	28	1780	+0.3	+4.7
Grip Minorities N	391	262	-0.8	-6.4
Gurit N	2932	63.6	-0.9	-22.1
HBM Healthcare	3610	189	-0.7	+3.5
Helvetica N	66 415	121.7	-0.7	+5.0
Hiag Immo N	5271	76.4	-2.3	-4.3
Highlight E&E I	0	9.4G	-	-27.1
Hochdorf N	7353	4.76	-4.4	-69.3
Huber+Suhner N	23 021	73.9	+0.8	+8.7
Hypo Lenzburg N	21	4180	-0.9	+2.0
Idorsia N	525 359	2.53	-3.1	+19.5
Implenia N	25 885	34.7	-0.4	+13.8
Ina Invest N	2094	17.4	+1.8	-0.3
Infricon N	1756	1244	+0.3	+3.2
Interoil N	901	2940	+0.7	+10.1
Intershop N	4164	123.8	-0.3	+0.7
Investis N	2143	99	-0.8	+1.4
IVF Hartmann N	241	135	+1.5	+20.5
Julius Bär N	731 777	51.68	-1.9	+9.6
Jungfraubahnen N	2093	181.8	-1.2	+13.6
Kardex N	9914	247	+1.4	+13.3
Kinarus N	696 879	0.0	0.0	+900.0
Klingelberg N	1174	16.4	-1.2	0.0
Komax N	8372	181.4	-1.0	-9.5
Kudelski I	16 592	1.59	+1.0	+31.0
Kuros Biosc. N	852 205	7.21	+15.2	+106.6
Lalique N	419	30.6	+1.3	-13.6
Landis+Gyr N	61 147	68.7	+1.5	-9.6
Lastminute.com I	19 515	20.1	+1.5	-13.7
Leclanché N	744	0.63	0.0	+28.6
Lem N	678	1688	+0.1	-18.7
Leonteq N	66 260	25.5	-0.8	-25.8
LLB N	9637	73.9	-0.5	+11.8
Lindt & Sprüngli N	61	104200	+0.4	+2.2
Lindt & Sprüngli PS	1937	10450	+0.9	+3.6
Luzerner KB N	8362	70.7	+0.3	-1.8
MCH Group N	37 947	5.14	+2.0	+23.0
Medacta N	8179	119.2	-0.3	-5.1
Medartis N	5235	82.2	+1.5	-2.1
Medmix N	42 082	15.66	-2.2	-17.6
Meier Tobler N	8179	34.5	+1.2	-6.6
Metal Zug N	237	1335	+0.7	+0.0
Meyer Burger N	120 096 861	0.01	-4.3	-82.0
Mikron N	25 838	18.9	-0.5	+23.5
Mobilezone N	279 807	13.44	-8.3	-2.0
Mobimo N	13 766	255.5	-0.8	-2.1
Molecular Partners N	8404	3.58	+4.2	+4.1
Montana Aerospace N	46 169	17.7	+0.9	+0.2
Newron Pharma N	64 304	7.58	-1.0	+53.1
Novavest N	1469	34.3	0.0	-5.8
ObsEva N	530 065	0.01	0.0	-82.6
OC Oerlikon N	528 732	3.99	+0.9	+5.1
Orascom N	228	4.35	+1.4	-9.4
Orell Füssli N	5520	79	+2.3	+5.1
Oriol N	8723	62.9	-0.2	-12.8
Peach N	44 182	9.53	-4.4	-17.0
Phoenix M. N	1244	458	+0.2	+5.5
Pierer Mob. I	11 488	42.7	-2.5	-6.8
Plazza N	242	303	+0.7	+1.0
PolyPeptide N	37 114	29.85	+0.7	+70.4
Private Equity N	0	68.8G	-	-6.5
PSP N	95 482	112	-1.3	-4.8
R&S Group N	12 098	10.65	0.0	+0.5
Relief Therap N	19 695	1.29	-3.4	-35.4
Rieter N	6647	131.2	+0.5	+45.6
Roche I	33 946	240.4	+1.2	-8.0
Romande Energie N	1739	54.4	-1.8	-1.1
Sandoz N	1 855 920	25.48	-2.0	-5.8
Santhera N	11 566	9.71	-0.9	-1.0
Schaffner N	0	493G	-	+1.6
Schindler N	24 067	217	-0.5	+8.8
Schindler PS	113 778	224.2	-0.4	+6.6
Schlatter N	651	25.8	+2.4	+17.3
Schweiter N	950	485.5	-0.9	-6.5
Sensirion N	10 406	63.9	+0.2	-23.4
SF Urban Properties N	0	98B	-	+5.4
SFS N	19 039	116.8	0.0	+12.1
SGS N	385 620	83.2	0.0	+14.7
SHL Telemed. N	8955	5.2	-1.9	-25.2
Siegfried N	3710	895	+0.1	+4.1
SIG Group N	917 338	19.91	-0.1	+2.9

	Volumen in Stk.	Kurs 10.4.	±%	±%
	10.4.	10.4.	10.4.	2024
Skane N	23 665	81.5	-0.4	+0.9
SNB N	5	4100	-0.2	-4.7
SoftwareOne N	160 451	16.94	+3.8	+3.3
Stadler Rail N	130 059	28.4	-0.5	-6.2
Spexis N	217 694	0.06	+8.3	+45.9
St. Galler KB N	2946	480.5	-0.1	-2.2
GAM N	130 059	28.4	-0.5	-6.2
StarragTornos N	1103	53	-1.9	+6.9
Straumann N	222 776	141.1	-1.6	+4.1
Sulzer N	123 091	113	+3.7	+31.5
Swatch Group I	140 796	208.2	-0.6	-8.9
Swatch Group N	80 327	40.65	-0.6	-7.7
Swiss Prime Site N	172 134	84.05	-1.5	-6.5
Swiss Steel N	1153 182	0.09	+0.2	+4.2
Swissquote N	21 939	249.4	+0.9	+21.9
Tecan N	27 069	353.6	-2.3	+3.0
Temenos N	148 564	61.4	-1.1	-21.5

Israelische Zeitung druckt Anzeige, die zum Völkermord an den Palästinensern aufruft

Kriegshetze In der «Jerusalem Post» ist ein Aufruf zur Vernichtung erschienen. Ist das ein Indiz für den wachsenden Einfluss einer Minderheit, die zum Äussersten bereit ist?

Tomas Avenarius, Tel Aviv

Ende März erschien in der «Jerusalem Post» eine bemerkenswerte Anzeige. Eine halbe Seite, kein Foto, nur Text. Die Überschrift: «Nur Israel zählt!!! Lieber eine hässliche Wahrheit als eine erträgliche Lüge.» Es folgte der Aufruf zur Vernichtung und Vertreibung der Gaza-Palästinenser.

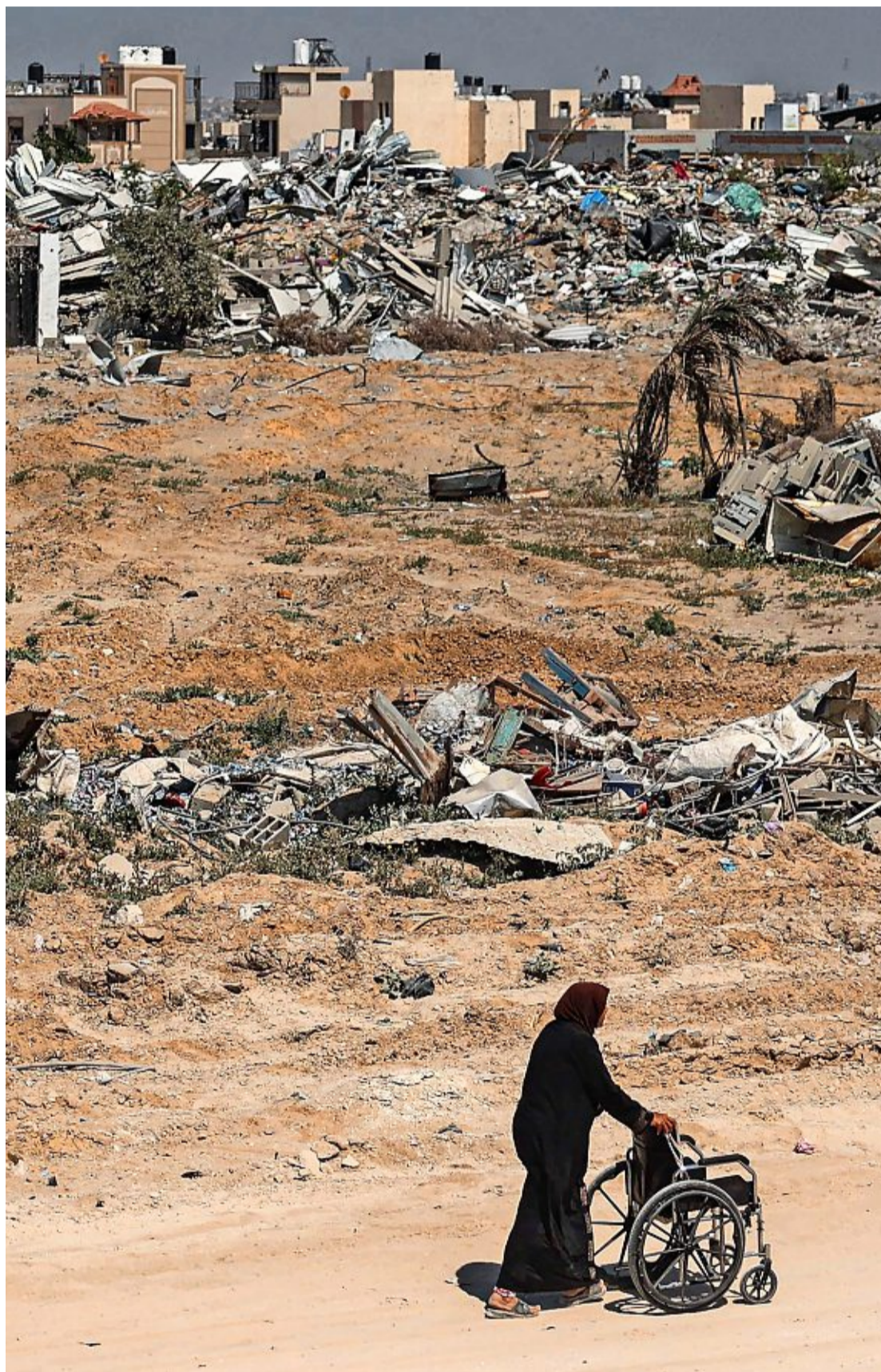
Die Leitfrage des anonymen Pamphlets war, warum der am 7. Oktober durch den Terrorüberfall der Hamas ausgelöste Gazakrieg nach fast sechs Monaten noch nicht gewonnen sei und wie man die Zukunft des jüdischen Volkes garantiere. Fazit: Der Krieg müsse ohne jede Rücksicht geführt werden. «Die Bewahrung Israels als eines sicheren Hafens für Juden ist der einzige Grund.»

Israel solle Gaza grossflächig bombardieren

Israel hat es zu seinem Ziel erklärt, die Hamas nach dem Terror vom 7. Oktober zu zerschlagen. Aber die Forderungen in der Anzeige, die von einem Grossisrael ohne Araber und Muslime ausgeht, ignorieren alle völkerrechtlichen Regeln der Kriegsführung: «Ein Flächenbombardement von Gaza. Dazu ein 24-stündiges Dauerbombardement mit Artillerie.» Danach müssten die Panzer rollen, «um zu zerstören, was übrig geblieben ist».

Das Tunnelsystem, in dem sich Hamas-Kämpfer versteckten, müsse «zum Massenfriedhof» werden. Wer überlebe, müsse vertrieben werden: «Alle Gazaner, die fliehen wollen, sollen unverstellten Zugang zum Sinai haben oder nach Jordanien geflogen werden, das ist ohnehin ihre angestammte arabische Heimat.»

Der Sinai gehört zu Ägypten, mit dem Israel einen Friedensvertrag geschlossen hat; Kairo lehnt die Aufnahme palästinensischer Flüchtlinge ab. Jordanien ist ebenfalls ein souveräner Staat, der mit Israel ein Friedensabkommen hat und nur mit militärischer Gewalt gezwungen werden könnte, palästinensische



In Trümmer gelegt: Blick auf die Stadt Khan Yunis im südlichen Gazastreifen. Foto: AFP

Flüchtlinge aufzunehmen. Völkerrechtlich führen diese Planspiele also ins Leere. Aber die Verfasser der Anzeige gehen trotzdem weiter. Israels Araber – die gleichberechtigte israelische Staatsbürger sind – sollten ebenfalls gehen: «Die Vertreibung aller arabischen Muslime» wird ebenso gefordert wie die völkerrechtswidrige Annexion umstrittener Gebiete in den arabischen Nachbarstaaten. Der 1979 geschlossene Camp-David-Friedensvertrag mit Ägypten müsse gebrochen werden: «Annektiert die Sinaihalbinsel.»

Eine Annäherung an Russland?

Aufgerufen wird auch zur Beendigung der Allianz mit den USA und zum Aufbau neuer Bündnisse «etwa mit Russland». Der Austritt aus den Vereinten Nationen sei zwingend. Die «dekadente» israelische Führung, Regierung, Militärführung, Sicherheitsdienste, Geschäftswelt und «die meisten Medien» müssten «weggewischt» und durch die Kräfte ersetzt werden, die sich dem Schutz Israels und der jüdischen Bevölkerung voll verschrieben. Wie, ob durch Wahlen oder anders, bleibt das Geheimnis der Autoren.

Die in der Anzeige erhobenen Forderungen sind in Israel kaum mehrheitsfähig, auch nicht nach dem 7. Oktober. Aber die Annonce zeigt, dass es eine lauter und militanter werdende Minderheit gibt, die im Umgang mit den Palästinensern zum Äussersten bereit ist: Vertreibung, Völkermord.

Vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag läuft ein Verfahren wegen des Genozidvorwurfes, der von Südafrika erhoben wird. Kann man dies als Unsinn abtun? Finanzminister Bezale Smotrich und der für die innere Sicherheit und die Polizei zuständige Itamar Ben-Gvir lehnen nicht nur die Zweistaatenlösung ab – das tut Regierungschef Benjamin Netanyahu auch. Die beiden Minister hingegen predigen darüber hinaus die Wiederbesetzung von Gaza und die An-

nexion des seit 1967 israelisch besetzten Westjordanlands.

Der Hintergrund: Für religiös orientierte Juden sind weite Teile des Westjordanlands Judäa und Samaria, die Gebiete antiker jüdischer Königreiche. Weite Teile der Judäa- und Samaria-Fraktion schwelgen in messianischen Fantasien eines Grossisrael, dessen Grenzen weit über das Staatsgebiet des jüdischen Staates hinausweisen.

Jede Existenzberechtigung der Palästinenser wird mit Verweis auf die biblischen Quellen

Es gibt eine lauter und militanter werdende Minderheit, die zum Äussersten bereit ist.

bestritten. Es gebe kein palästinensisches Volk, weshalb Araber auch kein Anrecht auf eine Existenz auf dem «Boden Israels» hätten. Gemeint ist das gesamte historische Palästina: «From the river to the sea», diesmal unter jüdisch-zionistischen Vorzeichen.

Die konservative «Jerusalem Post» richtet sich an eine überschaubare englischsprachige Leserschaft weltweit, die sich für israelische und jüdische Themen interessiert. Auf Nachfragen bei Redaktion und Verlag nach den Verfassern des Pamphlets äusserte sich bislang nur ein «offizieller Vertreter der Zeitung», der namentlich nicht genannt werden will: «Diese Anzeige gibt weder die Ansichten noch die Werte der «Jerusalem Post» wieder.»

Wer den Text verfasst, wer die Veröffentlichung bezahlt hat? «Israelischem Recht zufolge müssen wir den Urheber nicht benennen», heisst es vonseiten der Zeitung. Man werde «diesen Fall aber zum Anlass nehmen, neu zu bedenken, was wir in Zukunft als Anzeige veröffentlichen».

Das Ja zur Asylreform ist ein wichtiges Signal – und auch die Schweiz profitiert

Analyse Brüssel verabschiedet eine Reform mit einem schärferen Grenzregime und einem gegenseitigen Solidaritätsmechanismus.

Es ist ein wichtiges Signal vor der Europawahl Anfang Juni: Europa ist handlungsfähig, die EU ist nach neun Jahren der Rückschläge und Blockaden in der Lage, ihre zentrale Asylreform zu verabschieden. Es ist ein Versuch, ein kaputtes Asylsystem zu reparieren und endlich harmonisierte, europäische Regeln zu schaffen. Davon wird auch die Schweiz profitieren, als Land mittendrin. Zur Reform gehört ein strengeres Grenzregime mit Verfahren an der Aussengrenze, beschleunigten Rückführungen in Herkunftsländer und sichere Drittstaaten sowie ein Solidaritätsmechanismus, der Hauptankunftsländer entlasten soll.

Ein Grund zum Feiern ist es allerdings nicht. Ein erster Anlauf war nach der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 gescheitert. Das Ergebnis jetzt ist ein Kompromiss, ein kleiner gemeinsamer Nenner einer knappen Mehrheit von Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten. Viele haben auch hier am Ende nur widerwillig zugestimmt.

Linksradikale und grüne Abgeordnete lehnten die Reform rundweg ab, die aus Sicht der Gegner einseitig auf Abschreckung baut und mit Blick auf die Lager an den Aussengrenzen als unmenschlich kritisiert wird. Interessant, dass für

Rechtsausen umgekehrt die Reform viel zu wenig weit geht. Auch, weil Rechtspopulisten naturgemäss nicht interessiert sind, dass Brüssel liefert und dazu noch kurz vor den Wahlen. Eine EU, die ohnmächtig ist und sich zerstritten präsentiert, ist für diese Kreise die beste Wahlkampfmunition.

Nur schon deshalb ist die Einigung zu begrüssen, denn sie könnte helfen, den Ausländerfeinden und Rechtsextremen das Wasser abzugraben. Immerhin ist die unkontrollierte Zuwanderung aus Drittländern in vielen EU-Staaten ganz oben auf der Sorgenliste der Wählerinnen und Wähler. Für die

Gegner im linksgrünen Spektrum gilt die Redewendung, dass das Bessere der Feind des Guten ist. Die Asylreform, wie sie vom EU-Parlament verabschiedet wurde, ist jedenfalls besser als der Status quo.

Die grössten Fragezeichen gibt es bei der Umsetzung. Vorgesehen ist, dass die Reform nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren voll in Kraft treten soll. Bis dann müssen etwa an den Aussengrenzen die Auffanglager gebaut werden, in denen die Verfahren von Asylbewerbern mit geringen Chancen auf Anerkennung innert zwölf Wochen abgewickelt werden sollen.

Ob das in so kurzer Zeit klappt und ob Rückführungen in Zukunft einfacher funktionieren werden, ist offen. Offen ist auch, wie viele EU-Staaten in Zukunft bereit sein werden, sich solidarisch zu zeigen und Griechenland oder Italien in Krisensituationen Asylbewerber abnehmen werden. Der Mechanismus sieht nämlich vor, dass Mitgliedsstaaten sich freikaufen können. Wenn zu viele diese Möglichkeit nutzen, wird es mit der Lastenteilung wieder nicht funktionieren, eine Fortsetzung des Chaos wäre garantiert.

Der Erfolg der Reform ist auch von den Migrationsabkommen abhängig, wie sie die EU-der-

zeit mit Tunesien abzuschliessen versucht. Die Deals müssen endlich auch legale Wege der Migration aufzeigen und Visaerleichterungen beinhalten.

Wenig hilfreich ist es, dass rechte Parteien mit Blick auf den Wahlkampf bereits von der nächsten Verschärfung reden, nämlich der Auslagerung der Verfahren überhaupt in Drittstaaten. Damit signalisieren die Konservativen, dass sie an ihre Reform selber nicht glauben. Und das trübt zwei Monate vor der Europawahl das eigentlich positive Signal der Einigung nach Jahren der Asylblockaden.

Stephan Israel, Brüssel

Ausland



Mit Insektengift werden Moskitos in einem Park in Buenos Aires getötet (März 2024). Foto: Natacha Pisarenko (AP, Keystone)

Kampf gegen Denguefieber – Präsident Milei juckts nicht

Argentinien Anti-Moskito-Sprays sind ausverkauft, in den Spitälern werden Betten knapp. Und Javier Milei? Bleibt bei seinem Motto: Der Markt wirds schon richten.

Christoph Gurk, Buenos Aires

Mon Laferte war mitten in einem Lied, als sie plötzlich ihre Show unterbrechen musste. Die Sängerin ist derzeit einer der grössten Musikstars in der spanischsprachigen Welt, vier Latin Grammys, acht Alben, und nun ist die 40-jährige Chilenin auf Tour, mit Stationen in Nord- und Südamerika, Miami und Mexiko-Stadt, Boston, Bogotá und vergangene Woche auch Buenos Aires.

Die Halle im Herzen der argentinischen Hauptstadt war fast ausverkauft, die Stimmung bestens. Nur eines störte: die Mücken. Sie waren überall, im Publikumsbereich, auf der Bühne, und als Mon Laferte sogar in die Hand gestochen wurde, beim Gitarrenspiel, musste sie kurz Pause machen.

50'000 neue Fälle in einer Woche

So etwas sei ihr noch nie passiert, sagte sie ziemlich verwundert. Die Fans in Buenos Aires waren weniger überrascht: Seit Monaten schon haben sie mit Moskitos zu kämpfen, im Bus und im Büro, beim Bier mit Freunden, beim Picknick im Park, und, wenn es dumm läuft, auch im Schlafzimmer.

Dabei sind die Moskitos das geringste Problem: Ein Stich, ein paar Tage Juckreiz, es gibt Schlimmeres, erst recht in Argentinien, einem Land, in dem mehr als die Hälfte der Menschen unter der Armutsgrenze leben und viele nicht wissen, wo sie am Ende des Tages etwas zu essen bekommen können.

Einige der Moskitos aber tragen das Denguevirus in sich. Es kann bei Infizierten eine Krankheit auslösen, die auch «Kno-

chenbrecherfieber» genannt wird, was in etwa die Tragweite klarmacht: Erbrechen, dazu schwere Kopf- und Gliederschmerzen und im schlimmsten Falle sogar innere Blutungen. Die US-amerikanische Gesundheitsbehörde geht weltweit von 40'000 Toten pro Jahr aus.

Lange war Dengue vor allem in Asien verbreitet, seit ein paar Jahrzehnten aber steigen die Fallzahlen auch in Afrika und

Der Minister rät der Bevölkerung: «Seien Sie bitte vorsichtig, wenn Sie kurze Hosen tragen.»

Australien, vor allem aber in Südamerika. Argentinien erlebt derzeit sogar den schlimmsten Ausbruch in der Geschichte des Landes: 230'000 Erkrankungen seit Mitte vergangenen Jahres, 50'000 neue Fälle allein in der vergangenen Woche.

Die Lage ist besorgniserregend. Weil Spitälern die Betten ausgehen für all die Patienten, aber auch, weil viele Argentinier gleichzeitig nicht wissen, wie sie sich schützen sollen. Denn während teils dunkle Wolken mit Mücken durch die Luft wabern und man selbst tief unten in den U-Bahn-Schächten von Buenos Aires nicht mehr sicher ist vor ihnen, sind in den Supermärkten

die Regale mit Moskitoschutzmittel leer gefegt. Kopfschütteln auch in Apotheken, Tankstellen und Kiosken. «No hay repelente» kann man jetzt überall lesen: Mückenschutz – leider ausverkauft.

Ideale Bedingungen für die Insekten

Manche Argentinier bitten jetzt Freunde im Ausland, beim nächsten Besuch doch etwas Nachschub mitzubringen. Andere mischen sich selbst Anti-Moskito-Lotionen zusammen, aus Kaffee und Knoblauch, Shampoo oder Vanilleextrakt. Selbst das aber ist nicht ohne Risiken: Erst vergangenen Freitag kam es in Buenos Aires zu einem Wohnungsbrand, nachdem ein 57-Jähriger mit ätherischen Ölen experimentiert hatte.

Die Verzweiflung wächst, mit ihr aber auch die Wut. Forscher sind sich einig, dass vor allem der Klimawandel und auch das Wetterphänomen El Niño schuld sind an der Mückenplage. Die Temperaturen steigen, dazu gab es dieses Jahr im Februar und März viel Regen: ideale Bedingungen für die Insekten.

Immer mehr Argentinier kritisieren aber auch die Regierung und den neuen rechtslibertären Präsidenten Javier Milei. Er sei zwar erst seit Dezember im Amt, seitdem aber, so der Vorwurf, habe er sich um die – zugegebenermassen dreistellige – Inflation gekümmert, dabei aber den Kampf gegen die Moskitos sträflich vernachlässigt. Markt statt Mücken also.

Milei ist ein selbst ernannter Anarchokapitalist, der den Staat verachtet und fest davon überzeugt ist, dass Angebot und Nachfrage immer noch der beste Weg sind, um alltägliche Probleme zu

lösen. Wie falsch diese Theorie sei, sagen Kritiker, zeige sich nun in der Moskitoplage: Denn die Nachfrage nach Mückenschutz sei ja ohne Frage gross – nur das Angebot fehle eben.

Und wie ein von allen Fesseln befreiter Markt in der Praxis aussehe, könne man jetzt ganz gut auf «Mercado Libre» sehen, einer Art argentinischem Amazon: Verkäufer bieten dort derzeit einzelne Dosen mit Anti-Moskito-Mitteln an, ein paar Hundert Milliliter für umgerechnet 40 oder 50 Franken, das Zehnfache des normalen Kaufpreises und unerschwinglich für die allermeisten Menschen in Argentinien. Ob das jetzt die Freiheit sei, von der Milei immer rede, fragt ein Nutzer im Netz: «Dass jeder Preise verlangen kann, wie er gerade Lust hat?»

Brasilien entwickelt Impfung, Argentinien spart

Der Präsident selbst schweigt bislang: Gesundheitsnotstand – wen juckts? Während im Nachbarland Brasilien an der Entwicklung eines eigenen Impfstoffs gearbeitet wird, streicht die Regierung in Argentinien der nationalen Wissenschaftsbehörde die Mittel zusammen und zweifelt dazu öffentlich an der Wirksamkeit eines bereits zugelassenen Vakzins.

Immerhin: Vergangene Woche wurde die Einfuhr von Mückenschutzmittel vereinfacht, in der Hoffnung darauf, dass der Markt sich doch noch selbst reguliert. Und auch der Gesundheitsminister, der bisher kaum öffentlich in Erscheinung getreten war, hat sich mittlerweile an die Bevölkerung gewandt. Sein Tipp: «Seien Sie bitte vorsichtig, wenn Sie kurze Hosen tragen!»

Was ist da los in Lateinamerika?

Spannungen Ecuador liess Sicherheitskräfte in Mexikos Botschaft eindringen.

Als Gefängnismitarbeiter am Montagmorgen die Zelle von Jorge Glas aufsperrten, war dieser nicht ansprechbar. 54 Jahre alt ist der ehemalige Vizepräsident von Ecuador, der wegen Korruption verurteilt wurde und im Dezember in die mexikanische Botschaft in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito floh.

Ein bitterer Streit entbrannte daraufhin zwischen den beiden lateinamerikanischen Ländern: Ecuador forderte eine Auslieferung, Mexiko weigerte sich. Vergangenen Freitag stürmten dann ecuadorianische Einsatzkräfte das Gebäude. Glas wurde abgeführt. Das Wochenende verbrachte er im Gefängnis, bevor er Montagmorgen in ein Spital verlegt wurde.

Die Episode facht die ohnehin schon angespannte politische Lage weiterhin an. Denn Botschaften geniessen eigentlich einen besonderen völkerrechtlichen Schutz. Auch darum suchen Menschen immer wieder Zuflucht in ihnen. Der bekannteste Fall ist sicher der von Wikileaks-Gründer Julian Assange: Er lebte für mehrere Jahre in London in der ecuadorianischen Botschaft. Ausgerechnet.

Dass nun das südamerikanische Land selbst einen der ehrnen Grundsätze der Diplomatie gebrochen hat, ist bittere Ironie. Regierungen in ganz Lateinamerika haben das Vorgehen umgehend scharf verurteilt. Und längst haben auch Länder aus Europa nachgezogen, ausserdem die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen.

Klage Mexikos vor dem IGH

Mexiko selbst hat mittlerweile sein gesamtes Botschaftspersonal aus Quito abgezogen und dazu angekündigt, eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) einzureichen. Und nach tagelangem Schweigen äusserte sich am Montagnachmittag auch Ecuadors Präsident Daniel Noboa zu dem Vorfall.

Es war aber eine Rechtfertigung, keine Entschuldigung, trotz aller internationalen Kritik. Er habe, sagte der Staatschef, eine «aussergewöhnliche Entscheidung» getroffen, um die «nationale Sicherheit, die Rechtsstaatlichkeit und die Würde» der Ecuadorianer zu schützen: «Wir dulden keine Straffreiheit für Kriminelle, Gauner, Korrupte oder Narkoterroristen.»

Die rigorose Haltung der ecuadorianischen Regierung erklärt sich zum einen aus ihrer speziellen Situation. Erst seit Ende November ist Präsident Noboa im Amt. Er ist Spross einer der reichsten Familien des Landes und gerade einmal 36 Jahre alt. Noboa hat den Menschen in seiner Heimat versprochen, die katastrophale Sicherheitslage wieder in den Griff zu bekommen: Drogenbanden haben das Land als Umschlagplatz für Kokain entdeckt, die Mordrate ist sprunghaft angestiegen, und im Wahlkampf vergangenes Jahr wurde sogar einer der Kandidaten auf offener Strasse niedergeschossen.

Staatschef Noboa ist zwar immer noch sehr beliebt, doch zuletzt sind seine Zustimmungswerte gesunken, von 85 Prozent auf 74 Prozent. Weil die letzten Wah-



Mexikos Staatschef Andrés Manuel López Obrador. Foto: EPA



Ecuadors Präsident Daniel Noboa. Foto: AP, Keystone

len unplanmässig stattfanden, muss sich Noboa schon in rund einem Jahr wieder an den Urnen behaupten, und für Ende April steht dazu noch ein Referendum an: Die Wähler sollen abstimmen, ob die Befugnisse des Militärs weiter ausgeweitet werden sollen und Soldaten auch dauerhaft im Inneren und in Gefängnissen eingesetzt werden dürfen.

Die Vermutung liegt nahe, dass Noboa den Eklat mit der mexikanischen Botschaft bewusst herbeigeführt haben könnte, um sich so vor den Wählern als kompromissloser Kämpfer gegen Straflosigkeit zu profilieren.

«Club der kleinen Penisse»

Auf der anderen Seite ist die Episode aber auch ein weiteres Beispiel für einen allgemeinen und durchaus besorgniserregenden Trend: Das diplomatische Klima in Lateinamerika wird zunehmend rauer. Im Netz beschimpfen sich die Staatschefs der Region teilweise aufs Übelste: Kolumbiens Präsident Gustavo Petro teilt da zum Beispiel mit Hitler-Vergleichen gegen seinen Amtskollegen Javier Milei in Argentinien aus.

Dieser poltert zurück: Petro – der tatsächlich mal Mitglied einer linken Guerilla war – sei ein «mörderischer Terrorist», sagt Milei, nur um dann gleich selbst noch in Richtung Mexiko zu stänkern. Dessen linkspopulistischen Präsidenten, Andrés Manuel López Obrador, nannte der rechtslibertäre argentinische Staatschef einen «Ignoranten» und seine Anhänger einen «Club der kleinen Penisse». In Mexiko wollte man das nicht unbeantwortet stehen lassen: Milei sei ein «Faschist», konterte López Obrador.

So geht das ständig, und längst folgen auf die Worte auch Taten: Nachdem in Venezuela Ende März sechs Oppositionsaktivisten Zuflucht in der argentinischen Botschaft gesucht hatten, drehte das Regime in Caracas dem Gebäude kurzerhand Wasser und Strom ab. Die Regierung in Buenos Aires kündigte an, Gendarmen nach Venezuela schicken zu wollen, zum Schutz der diplomatischen Vertretung.

Der Zustand von Jorge Glas ist laut Ärzten mittlerweile stabil. Sobald er aus dem Spital entlassen ist, soll er allerdings in ein ecuadorianisches Gefängnis zurückkehren.

Christoph Gurk, Buenos Aires

Fit und gesund dank E-Bike?

Velo versus Pedelec Reicht die Belastungsintensität trotz Tretunterstützung aus, um positive Effekte für Fitness und Gesundheit zu erzielen? Und für wen sind E-Bikes besonders geeignet? Zwei Expertinnen geben Auskunft.

Joachim Laukenmann

Werde ich auch fit und gesund, wenn ich mit dem E-Bike unterwegs bin? Die Sportwissenschaftlerinnen Johanna Boyen und Hedwig Theda Boeck von der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) erforschen den Trainings- und Gesundheitseffekt der Pedelecs – das sind Velos mit Elektromotor, die nur dann Unterstützung bieten, wenn die Pedale getreten werden, und das auch nur bis zu einem Tempo von 25 Kilometern pro Stunde. Wir haben sie dazu befragt.

— Ist das E-Bike ein Transportmittel für Faule?

«Nein», sagt Hedwig Theda Boeck. «Ich hoffe, dass unsere Forschung dazu beiträgt, dieses pauschale Vorurteil beiseitezuräumen. Eine unserer Studien hat klar gezeigt, dass E-Bikes für bestimmte Nutzungsgruppen deutliche gesundheitliche Vorteile bieten.»

In der fast dreijährigen Studie haben Boeck und Boyen gemeinsam mit weiteren Forschenden der MHH die Bewegungs- und Fitnessdaten von 1250 Pedelec-Fahrerinnen und 629 Nutzern herkömmlicher Velos in Deutschland aufgezeichnet. «Insgesamt haben wir in der Studie fast 60'000 Velofahrten analysiert und jeweils die Herzfrequenzen, Geschwindigkeiten und Fahrdistanzen der Nutzer und Nutzerinnen gemessen», sagt Boeck. «In vergleichbaren Studien wurden die Probanden meist nur befragt, es wurden aber keine physischen Daten erhoben.»

Gemäss dieser Studie verbrachte die E-Bike-Gruppe im Mittel etwas weniger Zeit auf dem Sattel als die Gruppe ohne Motorunterstützung: 142 gegenüber 167 Minuten pro Woche. Bei der Nutzung des herkömmlichen Velos war die Belastung während dieser Zeit fast immer von mittlerer bis hoher Intensität. Damit übertraf die Velogruppe ohne Elektroantrieb das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlene Bewegungsziel von 150 Minuten mit moderater oder 75 Minuten mit hoher Intensität pro Woche klar. Die E-Bike-Gruppe war nicht so sportlich unterwegs: Sie trat gut halb so lang mit mittlerer bis hoher Intensität in die Pedale und erreichte somit nur rund zwei Drittel des WHO-Bewegungsziels.

Sind E-Bikende also doch fauler? Nicht so sehr, wie diese Zahlen suggerieren. Interessant ist nämlich, dass die Herzfrequenz der Pedelecfahrenden im Mittel nur acht Schläge pro Minute tiefer lag als die Herzfrequenz der Vergleichsgruppe ohne Motorunterstützung. «Das hat uns sehr überrascht», sagt Boeck. «Entgegen vieler Vorurteile zeigen die Zahlen, dass Muskeln und das Herz-Kreislauf-System beim Pedelecfahren nahezu so gefordert werden wie beim herkömmlichen Velofahren.»

— Warum zeigten sich in der Studie dennoch klare Unterschiede zwischen E-Bike- und Velogruppe?

Das lässt sich vor allem damit erklären, dass die E-Bike-Gruppe im Durchschnitt etwas älter war,



Auch beim E-Bike muss man in die Pedale treten. Aber wie gross ist der Gesundheitseffekt? Foto: Laurent Gilliéron (Keystone)

«Das E-Bike kann viele Menschen dazu bringen, sich mehr zu bewegen und etwa den Arbeitsweg aktiv zu nutzen.»

Johanna Boyen
Sportwissenschaftlerin
an der Medizinischen Hochschule
Hannover

einen höheren Body-Mass-Index hatte und häufiger an Vorerkrankungen wie Bluthochdruck, Diabetes, Asthma, Herzkrankungen oder Gelenkverschleiss litt. Das heisst: Auch die E-Bike-Gruppe ging recht nah an ihr spezifisches körperliches Limit heran. Nur lag dieses Limit wegen eines durchschnittlich höheren Alters und der Vorerkrankungen tiefer als bei der Gruppe ohne Motorunterstützung.

Die gefundenen Unterschiede zwischen der E-Bike-Gruppe und den Velofahrenden haben also mit den unterschiedlichen Charakteristika der Teilnehmenden zu tun. Das war in einer früheren, kleineren Studie mit nur 101 Probanden anders. Da hatten Forschende, darunter Johanna Boyen, bei den E-Bikes sogar eine höhere Nutzungsdauer festgestellt. Für diese Studie war jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin für zwei Wochen mit dem

E-Bike und zwei Wochen mit dem herkömmlichen Bike unterwegs. Die beiden Gruppen unterschieden sich also nicht hinsichtlich Alter und Vorerkrankungen. Und siehe da: Die jeweils gleichen Leute verbrachten mehr Zeit auf den E-Bikes als auf den «Biobikes», wenn auch mit etwas tieferem Herzschlag.

— Welche Vorteile bietet das E-Bike?

Wie die fast dreijährige Studie der MHH gezeigt hat, erleichterte die Motorunterstützung den Einstieg in eine alltägliche körperliche Aktivität. «Daher ist es auch für Ältere, Übergewichtige und weniger trainierte Menschen eine gute Möglichkeit, sich mehr zu bewegen», sagt Boyen. Denn die Hemmschwelle, selbst in hügeligem Gelände oder bei Gegenwind in die Pedale zu treten, sei mit Motorunterstützung deutlich niedriger. «Jedenfalls kann das E-Bike ganz viele Menschen dazu bringen, sich mehr zu bewegen und zum Beispiel den Arbeitsweg aktiv zu nutzen.»

Die Studie hat zudem gezeigt, dass die E-Bike-Gruppe öfter das Auto durch das E-Bike ersetzt hat als die Velofahrenden – ein klarer Mehrwert für ihre Gesundheit. Es gehe aber nicht darum, das E-Bike gegen das Velo auszuspielen, sagt Boyen. «Wir leben in einer Gesellschaft, die sich viel zu wenig bewegt. Da ist es wichtig, dass jeder und jede das richtige aktive Fortbewegungsmittel für sich findet.»

— Für wen ist das E-Bike zu empfehlen?

«Pedelecs eignen sich besonders gut für Menschen mit Vorer-

krankungen», sagt Boeck. Zum Beispiel könne eine regelmässige, moderate Ausdauerleistung für Menschen mit Herzkrankheiten einen therapeutischen Effekt haben. «Wenn auf Anraten des Kardiologen ein spezifischer Herzfrequenzbereich nicht überschritten werden soll, lässt sich das mit dem E-Bike dank variabler Unterstützung besser einhalten.»

Auch Menschen mit Lungenleiden, die sich längere Strecken auf dem Velo nicht zumuten, können laut Boeck vom E-Bike profitieren, ebenso Leute mit orthopädischen Problemen: Sie können dank Motorunterstützung ihre Gelenke entlasten.

«E-Bikes eignen sich auch für Post-Covid-Patienten und -Patientinnen, deren Belastbarkeit eingeschränkt ist», sagt Boyen.

«Sie können sich dank der Unterstützung des E-Bikes langsam wieder an höhere Intensitäten herantasten.»

Aber auch für Gesunde kann das E-Bike eine tolle Alternative sein, etwa um längere Wege zur Arbeit zu bewältigen. «Der Weg kann auf diese Weise auch deutlich schweissfreier erfolgen als mit dem normalen Fahrrad», sagt Boyen. «Damit ist das E-Bike eine tolle Alternative zum Auto oder zum öffentlichen Verkehr.»

Laut Boyen lässt sich das E-Bike zudem als Fitnessgerät einsetzen. «Man kann über den Modus sehr gut einstellen, wie viel Unterstützung man haben möchte. Gerade im bergigen Gelände kann man auch mit dem E-Bike in Herzfrequenzbereiche kommen, die als intensiv gelten.»

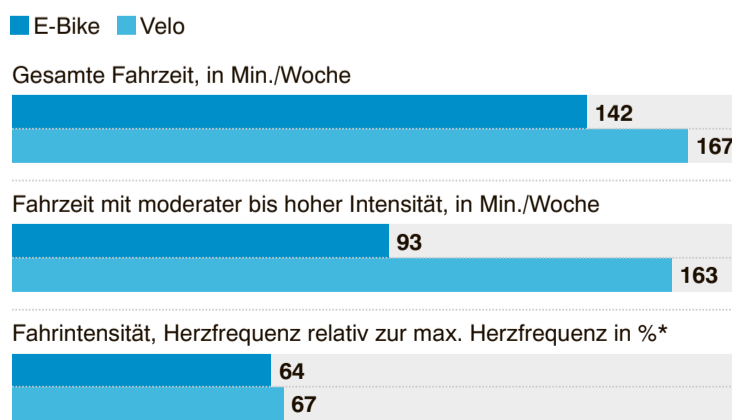
Auswirkung von Feinstaub und Anzahl Unfälle noch unerforscht

In der Schweiz nimmt die Anzahl schwer verletzter oder getöteter E-Bikerinnen und E-Biker seit 2011 stetig zu – wie auch deren Anzahl auf der Strasse. In einer ihrer Studien konnten die Forschenden von der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) jedoch keine signifikanten Unterschiede bei der Zahl der Unfälle feststellen, egal, ob die Probanden mit dem Velo oder dem Pedelec unterwegs waren. «Das stimmt vor allem, wenn man sich Teilgruppen mit gleichen Charakteristiken wie Alter, Veloerfahrung und Gesundheitszustand anschaut», sagt Johanna Boyen von der MHH. Die Forscherin geht aber davon aus, dass die Dunkelziffer bei den Unfällen sehr hoch ist. «Daher

wollen wir das in einer Folgestudie zusammen mit den Kolleginnen von der Verkehrsunfallforschung nochmals genauer anschauen.»

In einer weiteren Studie wollen die Forschenden der MHH neben den Fitnessparametern weitere Gesundheitsaspekte wie Blutdruck und Blutzuckerspiegel sowie gesundheitsschädliche Umweltfaktoren berücksichtigen, insbesondere den Feinstaub. Dazu sollen die an der Studie teilnehmenden Personen zusätzlich Glukose- und Feinstaubsensoren tragen. «So wollen wir ein umfassenderes Bild vom gesundheitlichen Nutzen des Arbeitswegs mit dem Velo oder E-Bike bekommen», sagt Hedwig Theda Boeck von der MHH. (jol)

Unterschiedliche Nutzung von E-Bike und Velo



* Die max. Herzfrequenz unter Berücksichtigung von Alter, Geschlecht, Raucherstatus, Körpergewicht und Ruheherzfrequenz berechnet.

Grafik: jol • Quelle: BMJ

Sport

PSG stichelt – Barça gibt die Antwort

Champions League Vor dem Spiel schiesst der Pariser Trainer Luis Enrique ein paar Giftpfeile ab. Beim 3:2-Sieg auf dem Rasen beweist der FC Barcelona, dass er den erwachseneren Fussball spielen kann.

Florian Raz

Was ist das für eine Reaktion. Wie cool ist diese Mannschaft. 1:0 führt der FC Barcelona zur Pause im Viertelfinal-Hinspiel bei Paris St-Germain. Dann beginnt die zweite Halbzeit – und die Katalanen sind plötzlich 1:2 im Rückstand. Ein anderes Team würde in diesem Moment in sich zusammenfallen. Barcelona tut das Gegenteil. Und gewinnt am Ende tatsächlich 3:2.

«Ohne Frage ich», hat er vor dem Spiel gesagt. Falls sich Luis Enrique damit an einem kleinen Psychospielchen versucht hat, hat es sich nicht auszubezahlt. Aber vielleicht war es dem Trainer von Paris St-Germain einfach wichtig, dass das mal festgehalten ist. Dass er sich wirklich als jenen Coach sieht, der die fussballerischen Werte des FC Barcelona weit besser vertritt als jener Mann, der aktuell noch auf der Bank von Barça sitzt.

Die Clubs sind verstrickt

Xavi heisst der. Die beiden haben mal erfolgreich im Mittelfeld der Katalanen gespielt. Das passt. Weil in diesem Duell zwischen PSG und Barcelona fast alles irgendwie miteinander zusammenhängt. 2017 haben sich die Geschichten der beiden Clubs so miteinander verwoben, dass ihr aktuelles Schicksal noch immer von jenem März bestimmt wird.

Jener 6:1-Heimsieg von Barcelona nach einem 0:4 in Paris, jene Remontada, hat beide Clubs neu ausgerichtet. PSG hat danach Neymar für 222 Millionen und Kylian Mbappé für 180 Millionen gekauft. Später noch Lionel Messi obendrauf. Es ist der absurd teure Versuch, einmal die Champions League zu gewinnen.

Barça reagiert auf den Neymar-Abgang panisch. Verpulvert



Zweifacher Torschütze: Barcelonas Raphinha feiert seinen zweiten Treffer zum 2:2. Foto: Frank Fife (AFP)

hunderte von Millionen in schlechte Transfers und lässt die Lohnsumme auf 670 Millionen Franken im Jahr anwachsen.

Die heutigen Teams sind damit die Spätfolgen von 2017. Hier Barcelona, das sich unter drückender Schuldenlast zwangsläufig wieder auf seinen

eigenen Nachwuchs besinnen muss. Das mit Lamine Yamal geben müssen. Aber im Sinne des Fussballs? Gabriel war offensichtlich verwirrt, er hatte beim Stand von 1:2 aus Londoner Sicht keinen Grund, auf Zeit zu spielen, er verschaffte sich auch sonst keinen Vorteil.

Auf der anderen Seite die Pariser, bei denen Kylian Mbappé um seine letzte Chance spielt, mit PSG die Champions League zu

gewinnen. Im Sommer verlässt er Paris. Seine Leistung im Hinspiel gegen Barça lässt die Frage aufkommen, wie schwer der Abgang wiegen wird.

Zu sehr ist das Spiel noch immer auf ihn ausgerichtet. Zu gering ist seine Lust, sich defensiv einbringen zu wollen. Es ist

bezeichnend, dass PSG das Spiel in der Offensive nicht gewinnt – und in der Defensive verliert.

Im zweiten Spiel des Abends geht Atlético Madrid schnell 2:0 in Führung. Doch Sébastien Haller hält in der 81. Minute mit seinem 1:2 die Dortmunder Hoffnungen am Leben.

Die Bayern beklagen den Penaltyklau von London

Champions League Nach dem spektakulären 2:2 bei Arsenal kannten Bayern München und Trainer Thomas Tuchel fast nur ein Thema: das glasklare, folgenlose Handspiel von Arsenal-Verteidiger Gabriel.

Den fortan berühmten Fehler, der dem Verteidiger Gabriel am Dienstagabend unterlief, hätte man im Fussball des Jahres 2024 wohl eigentlich nicht mehr für möglich gehalten. Oder hat es das zuletzt noch mal gegeben: ein Handspiel im eigenen Strafraum, das so deutlich war, dass hinterher niemand über die Flugkurve des Balls, eine Vergrößerung der Körperfläche oder eine möglicherweise unnatürliche Bewegung philosophieren musste?

Arsenals Verteidiger nahm den Ball nach einem kurz ausgeführten Abstoss von Torhüter David Raya mit beiden Händen auf, ging einen Schritt zurück, legte ihn wieder ab – und führte noch ein zweites Mal einen Abstoss aus, mit einem Pass zurück zu Raya. Oder wie Bayern-Stürmer Harry Kane, der die Szene aus der Nähe beobachtete und sofort reklamierte, es hinterher ausdrückte: «Wir hätten einen klaren Elfmeter bekommen müssen, als der Schiri pfeift, der Torwart den Ball passt und Gabriel ihn in die Hand

nimmt. Das ist der klarste Elfmeter, den ich je gesehen habe.»

Tatsächlich hätte Schiedsrichter Glenn Nyberg, um es vorsichtig auszudrücken, hervorragende Gründe gehabt, den Bayern in der 67. Minute einen Penalty zuzusprechen. Die Partie war für eine Auswechslung unterbrochen gewesen, er musste sie also vor dem Abstoss laut Regelwerk «zwingend» wieder anpfeifen. Möglicherweise war es Nybergs beim Zuspiel von Raya gerade verklingender Pfiff, der Gabriel irritiert hatte. Jedenfalls lief das Spiel ganz regulär – und der Verteidiger nahm den Ball in die Hand, als würde er ihn vom Bolzplatz mit nach Hause nehmen wollen.

Er wollte keinen Anfängerfehler ahnden

Doch so kurios das auch aussah, und so klar die Regeln Gabriels Aktion verbieten: Es gab durchaus auch einen Grund für Nyberg, keinen Elfmeter zu pfeifen. «Der Schiedsrichter», heisst es in den Fussball-Regeln, «entscheidet nach bestem Wissen und

Gewissen im Sinne der Spielregeln und des Fussballs.» Im Sinne der Regeln hätte es Penalty geben müssen. Aber im Sinne des Fussballs? Gabriel war offensichtlich verwirrt, er hatte beim Stand von 1:2 aus Londoner Sicht keinen Grund, auf Zeit zu spielen, er verschaffte sich auch sonst keinen Vorteil.

Der grösste Fehler des Schweden Nyberg, 35, der erst das siebte Champions-League-Spiel seiner Karriere pfiff, war sicherlich seine mindestens unglückliche Kommunikation auf dem Platz, die er nach dem Spiel – wie bei der Uefa üblich – auch um keine Erklärungen bereicherte. Der Schiedsrichter habe den Spielern



Der schwedische Schiedsrichter Glenn Nyberg umringt von einigen Bayern-Spielern. Foto: Adrian Dennis (AFP)

gesagt, es habe sich um ein «kid's mistake» gehandelt, einen Anfängerfehler Gabriels – und das pfeife er nicht in einem Viertelfinal der Champions League, berichtete der aufgebrachte Bayern-Trainer Thomas Tuchel.

Nyberg hätte den Abstoss vielleicht wiederholen lassen können, mit der Begründung auf die womöglich auch durch seinen (korrekten) Wiederanpfiff etwas verwirrende Situation – so schlägt es im «Kicker» Lutz Wagner vor, der ehemalige Schiedsrichter und Regel-Experte beim Deutschen Fussball-Bund.

Durchaus plausibel wäre es wohl auch gewesen, hätte Nyberg argumentiert, dass er den Pass von Raya als Aufforderung an Gabriel interpretiert habe, den Abstoss auszuführen. Ganz so, als hätte der Torwart den Ball dem Verteidiger zugeworfen und nicht zugepasst. Davon, keine Anfängerfehler in wichtigen Spielen zu pfeifen, steht jedoch sicher nichts in den Regeln.

Sebastian Fischer

Lausanne folgt dem ZSC in den Final

Eishockey Die ZSC Lions, die sich mit 8:0-Siegen für den Playoff-Final qualifiziert haben, treffen in diesem auf Lausanne. Die Waadtländer setzen sich in Spiel 5 in Fribourg 4:2 durch und gewinnen die Halbfinalserie 4:1. Lausanne, das die Qualifikation auf dem dritten Rang abgeschlossen hat, steht erstmals in der Clubgeschichte im Final. Spiel 1 in der Serie um den Meistertitel findet nächsten Dienstag in der Swiss-Life-Arena statt. (red)

Playoff-Halbfinals (Best of 7) Gestern
Fribourg (2.) - Lausanne (3.) 2:4 (1:0, 0:2, 1:2)
Endstand: 1:4

Bereits beendet
ZSC Lions (1.) - Zug (4.) Endstand: 4:0
Die Finalserie beginnt am 16.4.

Nachrichten

Portner unter Verdacht

Handball Der SC Magdeburg muss voraussichtlich im Final-4-Turnier um den DHB-Pokal auf den Schweizer Torhüter Nikola Portner verzichten. Der 30-Jährige steht unter Dopingverdacht, nach einer positiven Wettkampfkontrolle wurde gegen Portner ein Verfahren eingeleitet. (pka)

Premiere auf Profistufe

Rad Jan Christen gewinnt sein erstes Rennen auf Profistufe. Der 19-jährige Aargauer triumphiert bei der zweiten Etappe am Giro d'Abruzzo solo. Nach zwei von vier Etappen führt Christen das Gesamtklassament an. (pka)

Eishockey

WM der Frauen in den USA. Gruppe A:
Tschechien - Schweiz 6:1. – **Schlussrangliste:**
1. USA 4/11. 2. Kanada 4/10. 4. Tschechien 4/6.
4. Finnland 4/3. 5. Schweiz 4/0. – **Viertelfinal:**
Die Schweiz trifft heute (16 Uhr MEZ) auf Finnland.

Fussball

Champions League

Viertelfinals, Hinspiele
Gestern Atlético Madrid - Dortmund 2:1 (2:0)
PSG - Barcelona 2:3 (0:1)
Dienstag Arsenal - Bayern 2:2 (1:2)
Real Madrid - Man City 3:3 (2:1)

Rückspiele am 16./17. April.

Europa League

Viertelfinals, Hinspiele Heute
Benfica - Marseille 21.00
Leverkusen - West Ham 21.00
Liverpool - Atalanta 21.00
Milan - Roma 21.00

Rückspiele am 18. April.

Conference League

Viertelfinals, Hinspiele Heute
Olympiakos Piräus - Fenerbahçe 18.45
Viktoria Pilsen - Fiorentina 18.45
Aston Villa - Lille 21.00
Brügge - Paok Saloniki 21.00

Rückspiele am 18. April.

Sport am TV

13.50 **Rad** live Eurosport
Giro d'Arizza: 3. Etappe
15.55 **Eishockey** live SRF 2
WM der Frauen in Utica (USA),
Viertelfinal: Finnland - Schweiz
16.20 **Eishockey** live SRF Info
Länderspiel Männer: Slowakei - Schweiz
18.40 **Fussball** live ORF 1
Conference League, Viertelfinal,
Hinspiel: Piräus - Fenerbahçe
20.00 **Sportflash** SRF 2
20.55 **Fussball** live 3+ / RTL
Europa League, Viertelfinal,
Hinspiel: Leverkusen - West Ham
23.35 **Sportflash** SRF 2
23.50 **Fussball** SRF 2
Europa League: Highlights



Zwei Sterne, eine Hoffnung: Marco Schällibaum tut alles, um bei GC wieder für ein Lächeln zu sorgen. Foto: Ennio Leanza (Keystone)

«Oh, jetzt bin ich bei GC!»

Marco Schällibaum ist neuer GC-Trainer Im Schweizer Fussball gehört der 62-Jährige zum Inventar – bei den Grasshoppers ist er ab sofort der Hoffnungsträger, der die Mannschaft mit seinem Feuer aus der Krise führen soll.

Thomas Schifferle

Um 5 Uhr steht Marco Schällibaum gestern in seinem Hotelzimmer auf. Er hat einen langen Tag vor sich, vor allem einen besonderen Tag. Als er zum Campus fährt, draussen in Niederhasli, bekommt er Hühnerhaut. «Oh», realisiert er, «jetzt bin ich bei GC!»

GC hat über die letzten zwanzig Jahre viel verloren, vor allem an Ansehen und Glaubwürdigkeit. Für Schällibaum ändert das nichts daran, was ihm diese zwei Buchstaben bedeuten: tiefe Verbundenheit mit seiner Herkunft als Spieler. Dass er jetzt, bald 39 Jahre nach seinem Abschied, als Trainer zurück ist, das nennt er «Herzensangelegenheit».

Das mag pathetisch tönen, passt aber zu einem Menschen, der das, was er macht, immer mit Leidenschaft füllt. «Wenn du etwas liebst, musst du auch Leidenschaft haben», sagt er, «und das vermittele ich. Ich bringe dieses Feuer mit.» GC kann im Moment ganz viel davon gebrauchen.

«Dä Schälli» in der Schublade

Schällibaum ist seit gestern eben nicht bloss der Nachfolger von Bruno Berner. Er ist mehr. Er ist der Nothelfer in einer Situation, die zusehends ausser Kontrolle geraten ist. Nach zuletzt vierzehn Spielen mit nur zwei Siegen droht GC der Gang in die Barrage. Schällibaum zählt die Realität auf: 30 Punkte nach 31 Spielen, 6 Punkte Rückstand auf einen Nicht-Abstiegsplatz. Wenigstens eines will er in

diesem Moment versprechen: «Dass wir mit Herz spielen.»

62 ist er am vergangenen Samstag geworden, alt genug, um zum Inventar des Schweizer Fussballs zu gehören. Er ist «dä Schälli», der sich leicht in eine Schublade stecken lässt, weil er ist, wie er ist: ungekünstelt und unverstellt. Auch er redet gerne, aber nie mit der Absicht, sich selbst gerne reden zu hören. Natürlich ist er der Trainer, der an der Seitenlinie reizbar ist, wenn ihm etwas nicht passt, ob vom Schiedsrichter oder von der eigenen Mannschaft. Er hat den Ruf, ein Vulkan zu sein.

In Yverdon war er im letzten Oktober einmal zu wild, gegen Winterthur sah er die Rote Karte, und die amerikanische Führung hatte den Grund gefunden, ihn freizustellen, obschon er glänzende Arbeit geleistet hatte. Vier Spiele wurde er dafür von der Liga gesperrt. Die Sperre ist abgesehen, weil er von Yverdon weiter bezahlt wurde.

«Ich bin kein Sonnyboy mit Krawatte», hat er dieser Redaktion auch schon gesagt, «ich bin halt ein Wilder, ein transparenter Mensch und Trainer – mit Ecken und Kanten.» In Seebach aufgewachsen, als Zehnjähriger zu GC gekommen, 1982, 1983 und 1984 Meister mit den Grasshoppers, an der Seite von Berbig, Egli, Koller, Jara, Ponte, Hermann oder Sulser. Grosse Zeiten waren das, als ein Hennes Weisweiler noch im Hardturm das Sagen hatte. 1985 startete Schällibaum seine Wanderschaft, die fast etwas Rastloses an sich hat. Das liegt daran, dass er heute bei seiner 16. Station als Trainer ist.

Er hat ein Leben gelebt für den Fussball, geprägt von Erfolgen und Brüchen, von Enttäuschungen und Begeisterung. Im Januar 1995 begann er seine Arbeit als Trainer in Nyon. Das ist auch schon 29 Jahre her. Er ist mit YB, Servette und Bellinzona aufgestiegen; hat mit Montreal den Cup gewonnen, mit Servette einen Konkurs erlebt und in Basel die Enttäuschung, dass er ohne Erklärung des Vereins als U-21-Coach entlassen wurde; und immer wieder ist er arbeitslos gewesen, einmal ein ganzes Jahr lang.

In all dieser Zeit hat ihn immer ausgemacht, dass er sich für nichts zu schade ist. Nach dem Rauswurf in Genf ging er acht Monate später zu Concordia Basel. Nach Sion machte er in Schaffhausen weiter, nach Montreal in Chiasso, nach Aarau im Basler Nachwuchs. Er hat eben nie am Morgen aufstehen können, ohne ein Ziel zu haben. Mit dem E-Bike fährt er zwar gerne Hügel hoch. Aber auf Dauer ist das kein Ersatz für die Arbeit im Fussball.

Leben voller «Challenges»

Als er Ende letzten Jahres Bilanz zieht, sieht er seine Lage mit Respekt. «Wer nimmt schon einen alten Sack wie mich?», fragt er sich. Er weiss, der nächste Sommer und der letzte Lohn von Yverdon sind schnell da. Kaum gesagt, macht er sich allerdings selbst wieder stark: «Ein Verein, der aufsteigen will, sollte mich anrufen.» Es ist dann GC geworden, das ihn am vergangenen Freitag angerufen hat. Aus der Dauer des Vertrags wird bei GC

ein kleines Staatsgeheimnis gemacht. Er läuft vermutlich bis 2025.

Herausforderungen hat Schällibaum viele gehabt in seinem Leben, die grösste 1996, als sein Sohn im Alter von zehn Monaten starb. Ein Jahr stand er komplett neben sich. Der Schmerz des Verlusts wirkt bis heute nach, aber Schällibaum hat gelernt, damit umzugehen. Dabei hat ihm der Fussball geholfen.

Es gehört zu seiner Art, «Challenges», wie er das selbst nennt, nicht zu scheuen. Die Young Boys dümpelten im September 1999 am Tabellenende der Nationalliga B und zahlten über Monate keine Gehälter, als er sie übernahm. Auch in Aarau war die Lage kritisch oder in Chiasso. Aber gerade in Bern hatte er eine «Mammutaufgabe» zu bewältigen. Die Geschichte bekam ihre positive Note mit dem Aufstieg 2001.

Man muss mutig sein, ist ein Satz von Schällibaum an diesem Mittwoch. Mutig sein, «das gehört zum Leben». Und es gehört zu ihm als Trainer. «Mit zehn Mann» das eigene Tor zu verteidigen, entspricht nicht seiner Philosophie. Er will «nach vorne gehen», auf und neben dem Platz. «Sonst gewinnt man nicht.» Mit dem Aussenseiter-Fussball von Berner hat GC jedenfalls nicht viel gewonnen.

Die neuen Verantwortlichen Harald Gärtner und Stephan Schwarz haben zumindest ihre Hausaufgaben so gut gemacht, dass sie einen Trainer verpflichtet haben, der den Schweizer Fussball in- und auswendig kennt. Alles andere wäre auch fahrlässig gewesen.

Am Mittwoch sieht der Neue erstmals seine Spieler im Training. Er schaut ihnen in die Augen und will dabei erkennen, dass ihnen die Situation nicht egal ist, dass sie wissen, in der Bringschuld gegenüber dem Verein und den Anhängern zu sein. Die Zeit bis zum ersten Spiel am Samstag ist zu knapp, um gleich mit jedem eine Stunde zu reden. Er will sich vorerst auf den Kontakt mit den Wortführern um Amir Abrashi konzentrieren, auf diesen Abrashi «mit einem Herz, so gross wie der Campus», sagt Schällibaum.

Spieler sollen Helden werden

Um solche Sachen geht es ihm viel an diesem Tag, um Herz und Leidenschaft, um Demut und Charakter, um Werte also, die er in seiner Jugend bei GC mit auf den Weg bekommen und bis heute nicht vergessen hat. Und noch etwas hat er damals gelernt: erfolgsorientiert zu sein. Erfolg braucht der Club, um die Identität zurückzugewinnen, die er längst verloren hat – ein Club, der nicht einmal mehr Mittelmasse ist, sondern an einen Sonderfall erinnert.

Lugano und Servette heissen die letzten Gegner, bevor die fünf Spiele in der Abstiegsrunde folgen. «Alles Finalspleine», stellt Schällibaum klar. Ob am Ende der Weg zum Ligaerhalt über die Barrage führt, interessiert ihn nicht. Das sind für ihn Zukunftsfragen. Wichtiger ist ihm die Botschaft, die er an die Spieler hat: «Wenn ihr aus dieser Situation herauskommt, könnt ihr Helden werden.» Es ist alles immer eine Frage der Perspektive.

Olympiasiege werden belohnt

Geld für Gold In Paris wird der Leichtathletik-Weltverband erstmals Prämien für Olympiagold zahlen.

Diese Mitteilung des Leichtathletik-Weltverbands und seines Präsidenten Sebastian Coe ist der Anfang einer neuen olympischen Zeitrechnung – und ein kleiner Affront gegen das Internationale Olympische Komitee. Mit der Ankündigung, jede Goldmedaille bei den Sommerspielen in Paris mit jeweils 50'000 US-Dollar zu belohnen, geht der vom einstigen Weltklasseläufer angeführte Verband voran.

Internationale Fachverbände zahlten bisher nichts aus für Erfolge bei Olympischen Spielen, die lange Zeit nur reinen Amateuren offenstanden. Und der Schritt, den World Athletics dem IOK mit dem deutschen Präsidenten Thomas Bach gestern fast beiläufig und nicht durch Coe selbst angekündigte, könnte bei vielen Sportlerinnen und Sportlern anderer Verbände Begehrlichkeiten wecken.

Geld zu verdienen gibt es für die Sportlerinnen und Sportler jenseits millionenschwerer grosser Profi-Sportarten auch jetzt schon, bei Olympia allerdings je nach Land in sehr unterschiedlicher Höhe. Auch bei grossen, internationalen Meisterschaften werden Preisgelder ausgeschüttet, der Amateurstatus als zentrales olympisches Element ist faktisch längst Geschichte.

Das IOK teilte mit, es verteile 90 Prozent seiner Einnahmen – insbesondere an die Nationalen Olympischen Komitees und die Fachverbände. Die Entscheidung, wie sie dieses Geld verwendeten, obliege ihnen. Täglich würden so 4,2 Millionen US-Dollar zur Unterstützung von Athletinnen und Athleten sowie Sportorganisationen in aller Welt fliessen.

Schlüsselmoment für die Leichtathletik

Der Leichtathletik-Weltverband wird bei insgesamt 48 Entscheidungen im August in Paris 2,4 Millionen US-Dollar auszahlen. Bei Staffelentscheidungen teilen sich die Mitglieder die 50'000 Dollar. 2028 in Los Angeles soll es dann auch Preisgeld für Silber und Bronze geben. Bei den Weltmeisterschaften in Budapest im vergangenen August war jeder Einzeltitel mit 70'000 US-Dollar dotiert, für Rang acht gab es noch 5000 Dollar.

Coe sprach dennoch von einem Schlüsselmoment für den Verband und die Leichtathletik. «Damit unterstreichen wir unser Engagement für die Stärkung der Athleten und die entscheidende Rolle, die sie beim Erfolg aller Olympischen Spiele spielen», erklärte der 67-jährige Brit, der 1980 und 1984 Olympiasieger über 1500 Meter war. «Die Athleten sind die Stars der Show», betonte er in einer Runde mit internationalen Medien und erinnerte daran, wie er selbst als Amateur noch Essensgutscheine erhielt und Eisenbahn zweiter Klasse fuhr. «Das war eine ganz andere Welt», sagte er.

Nun werde die 2015 begonnene Reise fortgesetzt, auf deren Weg das Geld, das der Verband vom IOK erhalte, direkt in den Sport zurückfliesse. Coe wollte gestern ausdrücklich nicht darüber sprechen, ob andere Sportarten nun dem Schritt der Leichtathletik folgen könnten. Doch Diskussionen darüber dürfte es geben. (DPA)

Die Letzte

Ihre Ramadan-Radioshow ist einzigartig

Religion Der Fastenmonat, der gestern endete, beschert Muslimen Aufmerksamkeit – und Fragen wie: «Darf man wirklich kein Wasser trinken?» In den Niederlanden räumt eine Moderatorin mit ein paar Klischees auf.

Dunja Ramadan

Nora Akachar feiert in diesen Tagen: ihre erfolgreiche Radiosendung und das dreitägige Fest des Fastenbrechens, das gestern begonnen hat. Um ihr bei «Suhoor Stories» zu lauschen, musste man allerdings schon früh aufstehen, aber offenbar taten das nicht wenige. Jeden Morgen schalteten im Durchschnitt 160'000 Niederländerinnen und Niederländer ein, um sich Europas einzige tägliche Ramadan-Radiosendung anzuhören. Ausgestrahlt von NTR, dem niederländischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

«Ziel ist die Normalisierung des Ramadan»

Sieben muslimische Moderatorinnen luden im Morgengrauen (Suhoor), wenn Muslime für den Fastentag frühstücken, Gäste ein, um den Ramadan für die breite Öffentlichkeit zu «entmystifizieren», wie die Moderatorin Nora Akachar im Gespräch mit dieser Zeitung sagt.



In Feierlaune: Nora Akachar, Radiomoderatorin in den Niederlanden. Foto: Julie Nazki

«Mein Ziel ist die Normalisierung des Ramadan, aber auch die Normalisierung von Muslimen im Fernsehen und Radio. Wir wollen unsere Geschichten aus unserer Perspektive erzählen»,

sagt die 39-Jährige, die auch als Schauspielerin und TV-Moderatorin arbeitet.

Im vergangenen Jahr moderierte sie die Sendung «Rara Ramadan», ein Quiz über den Ramadan, ebenfalls ausgestrahlt im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Jahrelang habe es ausschliesslich negative Geschichten über Muslime gegeben, der Muslim sei beängstigend und verursache nichts als Probleme. «Nach und nach zeigen wir, dass wir Weltbürger sind, dass kein Muslim gleich ist und dass wir Liebe, Positivität und Geselligkeit mitbringen», sagt Akachar.

Europas erste Ramadan-Sendung erschien in politisch aufgeladenen Zeiten: In den Niederlanden hat im vergangenen Jahr die islamfeindliche rechtsextreme Partei für die Freiheit (PVV) unter der Führung von Geert Wilders gewonnen. Für sie als marokkanischstämmige Niederländerin sei das ein echter

Schock gewesen, sagt Akachar. «Es hat mich verletzt. Zwei Millionen Menschen haben ihn gewählt. Ich dachte: Sehen mich diese Menschen wirklich als Bedrohung?» Mittlerweile glaube sie, dass viele ihn aus Protest wählten, aber der Rassismus sei auch noch nie so offen gewesen. Akachar glaubt, dass eine Sendung wie «Suhoor Stories» deshalb gerade richtig kam, um mit Vorurteilen aufzuräumen.

Halal-Würstchen, Wasser – und Lacher

Die Produktionsfirma Rose Stories, für die Akachar als Creative Producer arbeitet, hat nicht lange nach einem Sender suchen müssen. Mittlerweile gibt es die Folgen auch als Podcast. Da spricht zum Beispiel ein Unternehmer namens Kadir über sein erfolgreiches Business mit Halal-Würstchen oder ein Spoken-Word-Künstler, der als Lehrer arbeitet. Ihre letzten Gäste waren

ein muslimisches Paar, das als Businesscoach erfolgreich ist. «Wir sprechen über das aktuelle Zeitgeschehen, über das Leben in den Niederlanden und ja, es gibt auch gute Rezepte», sagt Akachar.

In der Show wurde auch viel gelacht, etwa über die ewigen Fragen der nicht muslimischen Niederländer, die Muslime im Ramadan Jahr für Jahr zu hören bekommen. Ganz weit vorn mit dabei: «Nicht einmal Wasser? Es ist immer noch eine Frage!», sagt Akachar und klingt überrascht. Eine Frage findet sie besonders lustig: «Manche Leute fragen mich allen Ernstes, ob wir während des Ramadan duschen, weil man da ja auch Wasser aufnehmen könnte.»

Sie hofft jedenfalls, dass im nächsten Jahr neue Fragen dazukommen. Denn die Resonanz sei so gut, dass sie sich nicht vorstellen könne, dass Europas erste Ramadan-Morningshow eine Eintagsfliege gewesen sei.

Scheinwerfer

Schauspielerin **Sophie Marceau** (57) trägt wieder ihre Jugendfrisur. 44 Jahre nach dem Erfolg von «La Boum – Die Fete», in der die Französin die 13-jährige Vic mimte, posiert sie für die April-Ausgabe der französischen «Vogue» im Look von damals: mit Kult-Bob und Pony. Dieser Haarschnitt sei mehr als nur eine Frisur, er sei



Foto: «Vogue France»

«das Symbol einer ganzen Generation», schreibt die Zeitschrift auf Instagram. Marceau gelang mit dem Kinohit in den 80er-Jahren der Durchbruch als internationale Schauspielerin.

Lift fahren kann jeder



Paris Die französische Athletin Anouk Garnier ist gestern an einem frei hängenden Seil bis zur zweiten Etage des Eiffelturms hochgeklettert. Ausschliesslich mit der Kraft ihrer Arme und Beine arbeitete sie sich bis auf eine Höhe von 110 Metern hoch. «Ein Traum wurde wahr, das ist herrlich», sagte die 34-Jährige, die mit ihrer Aktion Spenden für die Krebsliga sammelte. Foto: Laurent Cipriani (AP, Keystone)

US-Schauspielerin **Zendaya** (27) ist froh, endlich mal eine erwachsene Frau spielen zu dürfen – und hofft, dass ihre Fans ihr dieses Alter auch glauben. «Ich war immer irgendwo in einer Highschool», sagte Zendaya, die vor ihrer Hauptrolle im Science-Fiction-Epos «Dune» vor allem für ihre Rollen in der Teenager-Drama-Serie «Euphoria» und in drei «Spider-Man»-Filmen bekannt war, der britischen «Vogue». Die Arbeit für ihren aktuellen Film «Challengers: Rivalen», der Ende April bei uns zu sehen ist, sei deshalb «erfrischend» gewesen. «Und es war



Foto: Getty Images

auch etwas beängstigend, weil ich dachte: Ich hoffe, die Leute kaufen mir mein Alter ab oder dass ich vielleicht ein bisschen älter bin, weil ich Freunde habe, die Kinder haben oder gerade welche bekommen.» Zendaya schauspielert bereits seit ihrem 13. Lebensjahr. Auf einer Highschool war sie selbst nie. (red)

Der unter anderem für seine langjährige harte Drogensucht bekannte Sänger der britischen Rockband The Libertines, **Pete Doherty**, sieht sich und seine Band rückblickend von einem starken Hang zur Selbsterstörung geprägt. «Es war, als würde man das Auto in einer Garage laufen lassen und sich darüber wundern, dass man langsam erstickt», sagte der 45-Jährige dem Magazin «Playboy» in einem Doppelinterview mit seinem Bandkollegen **Carl Barât**. (AFP)

Lotto Schweiz

6 17 23 31 34 40 Glückszahl 5
Replay 11 Jackpot: 11 Mio. Fr.
Joker 7 1 4 5 7 8
Angaben ohne Gewähr

ANZEIGE

Wenn Sie wissen wollen,
was vor der Haustür passiert.



100'000 Franken an Schockbetrüger

Chur Eine 87-jährige Frau hat nach einem sogenannten Schockanruf über 100'000 Franken an einen Betrüger übergeben. Das Geld sei nach einem Unfall notwendig als Kautions für ihre Tochter, hatte ihr zuvor eine Frau am Telefon erklärt, die sich als Staatsanwältin ausgegeben hatte, wie die Kantonspolizei gestern mitteilte. Die Tochter der Seniorin habe einen schweren Verkehrsunfall verursacht, bei dem eine Frau das Leben verloren habe. Die Kantonspolizei ermittelt. (SDA)

Vierfachmord: Verdächtiger gefasst

Deutschland Zwei Wochen nach dem verheerenden Feuer mit vier Toten in Solingen hat die Polizei einen Mann ermittelt. Er steht unter dem Verdacht des vierfachen Mordes, wie die Ermittler gestern mitteilten. Der 39-Jährige soll erneut versucht haben, einen Mann mit einer Machete umzubringen, und verletzte diesen lebensgefährlich. Beim Verdächtigen handelt es sich um einen ehemaligen Mieter im Hinterhaus des Brandhauses, dem wegen Mietschulden gekündigt worden war. (SDA)

Über eine Million schauen Play Suisse

Streaming Die kostenlose Plattform der SRG verzeichnet rund dreieinhalb Jahre nach der Lancierung über eine Million Abonnentinnen und Abonnenten. Damit sei Play Suisse nach Netflix die meistgenutzte Streamingplattform der Schweiz. Sie habe sich als Medium etabliert, das Schweizerinnen und Schweizer aus allen Regionen zusammenbringen könne, so die SRG gestern. Der Erfolg sei etwa auf beliebte Serien wie «Tschuggler» zurückzuführen. (SDA)

Auch das noch!

Was zum Bimmel ist da los?

Deutschland Nächtliches Dauergeläut einer Kirche hat in Lübeck die Polizei auf den Plan gerufen. Wie Beamte der schleswig-holsteinischen Stadt mitteilten, beschwerten sich in der Nacht zum Dienstag ab halb eins mehrere Anwohner über die Ruhestörung, deren Ursache mutmasslich ein technischer Defekt war. Einsatzkräfte kontaktierten die zuständige Pastorin, die das Geläut wieder abstellte. «Ein ungestörtes Weiter-schlafen» sei wieder möglich gewesen, so die Polizei. (AFP)